24. Jahrgang

3/97

DIE ALTE STADT

Vierteljahres-
zeitschrift für
Stadtgeschichte
Stadtsoziologie
und
Denkmalpflege

Berthold Grzywatz	Stadt, Verstädterung und Vorortbildung
Alena Janatková	Die Gegenwart des Baudenkmals. Stadterneuerung und Denkmalpflege in Prag
Carsten Seifert Harald Bodenschatz	Das Finowtal. Wiege der brandenburg-preußischen Industrie
Ildikó Szondi	Wohnen am Rande der Stadt. Zur Peripherie ungarischer Städte

Kohlhammer

Herausgegeben von Otto Borst

ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahreszeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege

Im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt und in Verbindung mit Helmut Böhme, Rudolf Hillebrecht, Eberhard Jäckel und Friedrich Mielke herausgegeben von Otto Borst

Redaktionskollegium: Professor em. Dr. Otto Borst, Historisches Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 70174 Stuttgart (Hauptschriftleiter) – Hans Schultheiß, Rotenbergstraße 5, 70190 Stuttgart (Schriftleitung) – Frauke Schwesig, Robertstraße 26, 30161 Hannover (Redaktionslektorat). Professor Dr. Harald Bodenschatz, Technische Universität Berlin, Institut für Sozialwissenschaften, Dovestraße 1–5, 10587 Berlin – Professor em. Dr. Burkhard Hofmeister, Institut für Geographie an der Technischen Universität Berlin, Budapester Straße 44/46, 10787 Berlin – Professor Dr. Rainer Jooß, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbettringer Straße 200, 73525 Schwäbisch Gmünd – Professor Dr. Hermann Korte, Universität Hamburg, Forschungsstelle Vergleichende Stadtforschung, Allendeplatz 1, 20146 Hamburg – Architekt Dipl.-Ing. Hellmut Richter, Ministerialrat a. D., Nadistraße 20, 80809 München.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Anschrift der Schriftleitung erbeten: 73726 Esslingen am Neckar, Postfach 10 03 55, Tel. (07 11) 35 12 - 32 42.

Die Zeitschrift Die alte Stadt ist eine Mitgliederzeitschrift der Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt und erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 420 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 155,–; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 118,– einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 42,60 einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 70549 Stuttgart, Tel. 07 11 / 7 86 30. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. *Die Zeitschrift* und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestraße 49, 80336 München, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln

INHALT

ABHANDLUNGEN

BERTHOLD GRZYWATZ, Stadt, Verstädterung und Vorortbildung.
Zur sozialräumlichen Entwicklung Berlins im 19. Jahrhundert 185

ALENA JANATKOVÁ, Die Gegenwart des Baudenkmals.
Denkmalpflegekonzeptionen am Beispiel der Stadterneuerung von Prag 222

CARSTEN SEIFERT / HARALD BODENSCHATZ, Das Finowtal.
Wiege der brandenburg-preußischen Industrie 237

ILDIKÓ SZONDI, Wohnen am Rande der Stadt. Wohnungen an der Peripherie
ungarischer Städte 254

DIE AUTOREN 272

Berthold Grzywatz

Stadt, Verstädterung und Vorortbildung

Zur sozialräumlichen Entwicklung Berlins im 19. Jahrhundert

I

Die Stadt als Symbol für die Existenz einer sozialen Ordnung und damit für Verwaltung und Regierung[1] ist untrennbar mit dem Phänomen der Verstädterung verbunden, insofern sie keine unabhängige Existenz besitzt, sondern als Kern und Schnittpunkt sozialer Ressourcen wie investiver und kommunikativer Tätigkeiten in einem Geflecht von Austauschbeziehungen lebt, ebenso nah wie weitreichend durch Umland und Region beeinflußt. Die stadtgeschichtliche Reflexion kann die Stadt daher nicht ausschließlich als Rechtskörper isolieren,[2] vielmehr muß sie über Recht und Verfassung hinaus den Blick auf die Gesamtheit der Siedlung und ihre innere Struktur richten. Die stadtgeographische Forschung hat die Wesensmerkmale der Stadt einerseits ökonomisch und sozial definiert: Neben dem anautarken Wirtschaftscharakter, dem Überwiegen von Gewerbe, Handel und Dienstleistungen vor landwirtschaftlicher Produktion gehörte eine ausgesprochene soziale und berufliche Vielschichtigkeit zum Erscheinungsbild der Stadt. Siedlungsgeographisch wird die Stadt andererseits durch eine Differenzierung der Funktionen charakterisiert, die sich in einer entsprechenden baulichen Infrastruktur und Physiognomie niederschlägt.[3] Darüber hinaus nimmt die Stadt auf Grund ihrer komplexen Daseinsform Funktionen wahr, die über ihren eigenen Bereich und ihre eigenen Bedürfnisse hinausgehen. Städtische Raumgebilde werden zu Mittelpunkten in begrenzten Gebieten, ihre »Zentralität« wird dabei sowohl durch Verwaltungs-, Gewerbe- und Dienstleistungseinrichtungen als auch durch das Angebot sozialer Dienste belegt,[4] welche für das Umland,[5] dem kulturell und wirt-

[1] *Ph. Pinchemel,* Erscheinung und Wesen der Stadt, in: Allgemeine Stadtgeographie, hrsg. von *P. Schöller,* Darmstadt 1969, S. 239.
[2] Vgl. *C. Haase,* Stadtbegriff und Stadtentstehungsgeschichten in Westfalen, in: Die Stadt des Mittelalters, Bd. 1, Begriff, Entstehung und Ausbreitung, Darmstadt 1969, S. 66.
[3] Vgl. *H. Bobek,* Über einige funktionelle Stadttypen und ihre Beziehungen zum Lande, in: *P. Schöller* (s. A 1). S. 270; *B. von der Dollen,* Vorortbilddung und Residenzfunktion. Eine Studie zu den vorindustriellen Stadt-Umland-Beziehungen. Dargestellt am Beispiel Bonn-Poppelsdorf, Bonn 1978, S. 20 f.
[4] Vgl. *W. Christaller,* Die zentralen Orte in Süddeutschland, Jena 1933. Neudruck Darmstadt 1968.
[5] Vgl. *H. Hollmann,* Umland, in: Handwörter der Raumforschung und Raumordnung, hrsg. von der *Akademie für Raumforschung und Landesplanung,* 2. Aufl., Hannover 1970, Bd. 3, Sp. 3440 ff.

schaftlich auf die Stadt ausgerichteten Raum, unentbehrlich sind.[6] Zentralität gehört zum Wesen der Stadt, ihre Elemente, anautarker Wirtschaftscharakter, soziale und funktionelle Differenziertheit, geschlossene Ortsform, gewisse Größe, kulturelles Leben und Formen der Selbstverwaltung, vermögen, einzeln auftretend, noch nicht ausreichend städtischen Charakter begründen. Hierzu muß »eine bestimmte Kombination von Schlüsselfunktionen und eine qualitativ und quantitativ höhere Abstufung der Funktionseinheiten«[7] vorhanden sein.

Der in Anlehnung an die Stadtgeographie, vornehmlich auf funktionale Kriterien bezugnehmende Stadtbegriff ist einer idealtypischen Modellbildung und Klassifikation verpflichtet, welche die historische Dimension von Städten völlig ausblendet. Im Bewußtsein dieser Problematik unterscheidet die Stadtgeographie zwischen »historischem Stadtbegriff« und »aktuell geographischem Stadtbegriff«.[8] Der historische Stadtbegriff basiert auf dem politisch-rechtlichen und gesellschaftlichen Gegensatz von Stadt und Land. Seine wesentlichen Kriterien sind die räumliche Geschlossenheit einer Gemeinschaft, die einen Wirtschafts- und Wehrverband darstellt, die Orientierung um einen Mittelpunkt im Schnittpunkt von Handel und Verkehr, die administrative Gliederung der Stadt in Viertel und ihre rechtliche Sonderstellung durch überkommene oder verliehene Hoheitsrechte. Die räumlichen Elemente des historischen Stadtbegriffs gehen in den typologisierenden aktuellen Begriff der Stadt auf, erfahren dabei jedoch insoweit Einschränkungen, als das Merkmal der Geschlossenheit auf den inneren städtischen Kern reduziert wird.

Die Erfahrung der in der Industrialisierung ausgreifenden Stadterweiterung, ein durch die Errichtung der Massenverkehrsmittel beförderter Prozeß der Suburbanisierung, läßt das Bild der geschlossenen Stadt verblassen und an seine Stelle die Agglomeration treten, so daß einerseits »im allgemeinen nur mehr Kleinstädte als Städte im engeren Wortsinn bezeichnet werden können«,[9] während andererseits die Agglomeration sich als komplexes Organisationssystem aus Kernstädten und Suburbs zur Region entfaltet.

[6] Vgl. *P. Schöller,* Aufgaben und Probleme der Stadtgeographie, in: *P. Schöller* (s. A 1), S. 64 ff.; *ders.,* Stadt und Einzugsgebiet. Ein geographisches Forschungsproblem und seine Bedeutung für Landeskunde, Geschichte und Kulturraumforschung, in: *P. Schöller* (Hrsg.), Zentralitätsforschung, Darmstadt 1972, S. 268 ff.

[7] *B. von der Dollen* (s. A 3), S. 21.

[8] Vgl. *E. Lichtenberger,* Stadtgeographie, Bd. 1, Begriffe, Konzepte, Modelle, Prozesse, 2. Aufl., Stuttgart 1991, S. 35 ff.

[9] Ebda., S. 47. Die Akademie für Raumforschung und Landesplanung unterscheidet, die beschriebene Entwicklung aufnehmend, zwischen der Stadt »als geographischer Begriff« und der Stadt »als Rechtsgebilde«, wobei die historische Dimension der Stadt unter ihrer rechtlichen Entwicklung subsumiert wird. Im Anschluß an die grundlegenden Definitionen wird zwischen der inneren Gliederung des Stadtgebiets und regionalen Stadttypen differenziert. Vgl.: »Stadt«, in: Handwörterbuch (s. A 5), Sp. 3079 ff.

Die mittelalterliche Bürgerstadt des Territorialstaats entwickelte sich aus der Verbindung von politisch-herrschaftlicher Funktion sowie Markt- und Gewerbefunktion. Der Flächenstaat des Absolutismus schuf neue Stadttypen, darunter die Residenzstadt, die nicht ökonomisch fundiert waren und von neuen sozialen Schichten wie dem Beamtentum, dem Adel und Offiziersstand getragen wurden. Bereits die Bürgerstadt des Mittelalters zeigt ein allgemeines Standortprinzip, welches die Ballung und Streuung von Handel und Gewerbe als wesentliche Merkmale einschließt. Mit diesem Standortprinzip geht die Entstehung von Vorstädten und die Bildung von Subzentren einher. Der Absolutismus subordiniert die Bürgerstädte und delegiert, da der Bedarf an gewerblicher Produktion für den eigenen Konsum und den Handel nicht mehr durch die Großstadt selbst erzeugt werden kann, die gewerbliche Fertigung an die ländlichen Siedlungen. Es entstehen »bipolare Stadtstrukturen«,[10] etwa indem neben die Bürgerstadt die Fürstenstadt mit einem höfischen Stadtsektor tritt und mit ihr zur Residenz verschmilzt. Dieser Prozeß wird von einem Transfer des Grundbesitzes begleitet, der aber nicht nur einen Verdrängungsprozeß zugunsten höfischer Schichten beinhaltet, sondern auch eine Differenzierung des Bürgertums einschließt und insbesondere eine Auflösung des gemeinen kommunalen Grund und Bodens in die Wege leitet. Die Hauptstädte werden im Absolutismus zu »Primatstädten«[11] herangebildet mit komplexen multipolaren Strukturen.

Die mit dem Übergreifen städtischer Lebensformen auf den ländlichen Raum verbundene Entstehung von Vorstädten wird als echte Erweiterung einer rechtlich, wirtschaftlich, sozial und topographisch vollentwickelten Altstadt verstanden.[12] Weder der vorstädtische Siedlungskern noch die bei ihm entstandenen Siedlungen können selbst als Stadt gelten; vorstädtischer »praeurbaner Siedlungskern und Suburbium« wachsen zur »Frühstadt« zusammen. Die vollentwickelte Stadt des Mittelalters, die Altstadt ist zu unterscheiden vom vorstädtischen Siedlungskern und den in ihrem Einzugsbereich entstandenen frühstädtischen Siedlungen sowie den siedlerischen Neubildungen an der Peripherie. Die Vorstadtbildung des hochmittelalterlichen Städtewesens beruht auf »einer endogenen Wirksamkeit der Stadt«,[13] während die frühmittelalterliche Suburbienbildung vornehmlich als exogener Prozeß erfolgte. Im Absolutismus kommt es erneut zu exogenen Vorstadtbildungen, die nun von der Altstadt im Zusammenhang mit ihrer Residenzfunktion ausgehen und durch einen hoheitlichen Akt mit stadtplanendem Charakter begründet werden. Diese Entwicklung wird im Industriezeitalter durch eine endogene Vorort- und Vorstadtbildung abgelöst. Das ra-

[10] *E. Lichtenberger* (s. A 8), S. 67.

[11] Ebda., S. 64.

[12] *W. Schlesinger,* Stadt- und Vorstadt, in: Stadterweiterung und Vorstadt. Protokoll über die VI. Arbeitstagung des AK für südwestdt. Stadtgeschichtsforschung, Konstanz 1967, Stuttgart 1969, S. 13 f.

[13] *B. von der Dollen* (s. A 3), S. 26.

sche Bevölkerungswachstum und die Industrialisierung führen zu umfangreichen Stadterweiterungen, bei denen Vorstadt- und Vorortbildung nicht mehr streng voneinander zu trennen sind.

Rechtlich, nicht strukturell, muß die mittelalterliche Vorstadt von der Neustadt unterschieden werden, da diese eine selbständige Stadt ist.[14] Besonders im Absolutismus sind die Neustädte »Kennzeichen landesherrlicher Aktivität im Städtebau«,[15] die sich insbesondere auf den Ausbau der Haupt- und Residenzstädte richtet. Die selbständigen, meistens auf einem einheitlichen Plan beruhenden Neustadtgründungen können ihre Stellung gegenüber der ausgebildeten Altstadt in den meisten Fällen nicht bewahren.

Die Herausbildung von Vororten steht in einem engen Zusammenhang mit der Urbanisierung des städtischen Umlandes. Hermann Josef Stübben hat diesen Umstand frühzeitig zur Kenntnis gebracht, indem er eine regelhafte viergliedrige Aufteilung der Großstadt entwickelte, die neben der Innen- oder Altstadt und den neueren, auch Neustadt genannten Stadtvierteln, die äußeren Stadtteile und die Vororte einschloß.[16] Als äußere Stadtteile bezeichnete Stübben die an die Neustädte sich anschließenden, im Bau begriffenen Stadtviertel, während die Vororte sich einerseits aus alten Dörfern, andererseits aus neuen industriellen Ansiedlungen und Wohnsiedlungen, seien es nun Arbeiterkolonien oder Landhausviertel, bilden. Gegenüber der morphologischen Definition Stübbens gibt es Versuche, den Vorortbegriff ökonomisch und siedlungsgeographisch zu fundieren. Nach Paul Voigt sind Vororte »Ortschaften mit gesonderter politscher Verwaltung«, »die in einem engen wirtschaftlichen Verhältnis zur benachbarten Stadt stehen, ohne mit ihr vollständig zu einer baulichen Einheit verschmolzen zu sein«.[17] Diese begriffliche Bestimmung findet sich in der heutigen amerikanischen Siedlungsgeographie und Stadtsoziologie wieder, die den Suburb, hier der Vorort, als ein verstädtertes oder teilweise verstädtertes Gebiet in der Nachbarschaft bzw. näheren Umgebung einer großen Stadt definiert, mit der enge soziale und wirtschaftliche Verbindungen bestehen, ohne daß der Vorort seine politisch-administrative Unabhängigkeit aufgegeben hat. Der Vorort kann bereits in die Umgebung der Großstadt eingegliedert sein oder sich noch in größerer räumlicher Entfernung entwickeln.[18] Voigt, der das Beispiel der Metropole Berlin vor Augen hat, differenziert den Vorortbegriff noch durch die Unterscheidung zwischen äußeren und inneren Vororten. Die letzteren stehen bereits in einem engen baulichen Zusammenhang zur zentralen Großstadt und müßten deshalb eigentlich schon als Vorstädte bezeichnet werden, während die äußeren Vororte durch mehr oder minder große Zwischenräume zu benachbarten Großstädten gekennzeichnet sind und in ihrem Erscheinungsbild, ihrer baulichen Entwicklung und sozialen Schichtung gänzlich von den Strukturen der Nachbarstadt abweichen.[19] Ähnlich sieht Martha Reichert das Ende eines Vorortes da, wo er seine räumliche Selbständigkeit aufgibt und zur Vorstadt wird. Den Beginn der siedlungsgeographischen Vorortsumbildung setzt sie mit dem Zeitpunkt an, an welchem eine Ortschaft ihre eigenständige Entwicklung verläßt. Auch hier wird die Vorortbildung als Gründungs- oder als Verdrängungsprozeß gedeutet, der von einer benachbarten größeren Stadt ausgeht.[20]

Da es im Vororts- wie im Agglomerationsbereich keine absoluten Grenzen, sondern nur fließende Übergänge geben kann, fehlen zwangsläufig Abgrenzungskriterien. Hans Carol rät aus diesem Grund zu einer stärkeren Vereinfachung des Vorortsbegriffs. Er bezeichnet Vororte nur noch als jene Siedlungen, »die in enger personaler Beziehung zur Stadt stehen«.[21] Er geht von der Erfahrung aus, daß die Vororte ihre Entfaltung der ökonomischen Wirkung der Zentralstadt verdanken, die Erwerbspersonen ihren Arbeitsplatz überwiegend im städtischen Kernbereich finden, ihren Wohnsitz jedoch in der stadtnahen Gemeinde oder im Vorort behalten bzw. nach dort verlegen. Personelle Abhängigkeit äußert sich demnach in einer engen Beziehung von Wohn- und Arbeitsort, statistisch ist sie als Pendelwanderung erfaßbar. Die Pendelstatistik kann anhand der Entfernungen unter jeweiligen Anteilswerten der Berufstätigen als Grundlage zur Kategorisierung einzelner Vorortgruppen oder -zonen dienen. Für die engere Vorortzone legt Carol eine untere Auspendlerquote der Berufstätigen von 25% fest, ein Wert, der in etwa mit dem Wert für die verstädterte Zone im Modell der Stadtregion korrespondiert.[22] Vorortzonen und Agglomerationen stehen in enger Beziehung zu den Verkehrslinien des zentralörtlichen Bereichs, während jene jedoch von der verkehrsgünstigen Lage zur Stadt abhängig sind, folgt die Agglomeration in starkem Maße den günstigsten Verkehrslinien.[23]

[14] *W. Schlesinger* (s. A 15), S. 14. Vgl. auch *H. Planitz,* Die deutsche Stadt im Mittelalter. Von der Römerzeit bis zu den Zunftkämpfen, Graz – Köln 1954, S. 210ff.
[15] *B. von der Dollen* (s. A 3), S. 31.
[16] *H. J. Stübben,* Der Städtebau, 2. Aufl., Stuttgart 1907, S. 314.
[17] *P. Voigt,* Grundrente und Wohnungsfrage in Berlin und seinen Vororten, T. 1, Jena 1901, S. 150. Entsprechend die Definition von *E. Jäger:* »Wir können Vororte als jene von der Stadt getrennte, politisch selbständige oder unselbständige Siedlungen bezeichnen, die in engster wirtschaftlicher Abhängigkeit von der Stadt stehen und deren äußere Erscheinungsformen typisch städtische Züge abzuzeichnen beginnen«; Der Personenverkehr der Stadt Zürich, Diss. Zürich 1946, zit. n.: *H. Carol,* Sozialräumliche Gliederung und planerische Gestaltung des Großstadtbereiches, in: *P. Schöller,* Zentralitätsforschung (s. A 6), S. 407.
[18] Vgl. Stichwort »Suburb«, in: Enzyclopedia Americana, Bd. 25, New York 1966, S. 785.
[19] Vgl. *P. Voigt* (s. A 17), S. 152.
[20] Vgl. *M. Reichert,* Die Vorortbildung der süd- und mitteldeutschen Großstädte, Stuttgart 1936, S. 125.
[21] *H. Carol* (s. A 17), S. 407.
[22] Boustedt nimmt für die nach den Volkszählungsergebnissen von 1950 und 1960 vorgenommene Abgrenzung der Stadtregionen in der Bundesrepublik Deutschland eine Auspendlerquote der Erwerbspersonen an, die über 30% liegt. Vgl. *O. Boustedt,* Stadtregionen, in: Handwörterbuch (s. A 5), Sp. 3209 f.
[23] *H. Carol* (s. A 17), S. 409f.

Ausgangspunkt einer Vorortbildung kann eine ländliche Siedlung sein. Unter dem Einfluß der Nachbarstadt, der Entwicklung von Verkehrsverbindungen vollzieht sich ein Strukturwandel, der den agrarischen Charakter der Siedlung langfristig aufhebt, Handwerk und Industrie neben eine stärker spezialisierte Agrarproduktion treten läßt und die Bevölkerung der Ortschaft zum Arbeitskräftereservoir für städtische Bedürfnisse macht. Mit dem wirtschaftlichen Wandel geht eine Änderung des Ortsbildes einher, das zunehmend urbane Züge annimmt, städtische Bauformen variierend. Gleichzeitig geht die wenig differenzierte, agrarisch geprägte Sozialstruktur in eine deutlich stärker geschichtete Form über.[24] In einer späteren Phase, nachdem die Massenverkehrsmittel für eine unmittelbare Anbindung des Umlandes gesorgt haben, vollzieht sich in der Agglomeration eine stärkere Trennung zwischen Wohn- und Arbeitsstätte, was das schnellere Wachstum der Vororte veranlaßt. Neben einer ländlichen Siedlung kann aber auch eine anders geartete Ortschaft, die im Laufe ihrer eigenständigen Entwicklung bereits ihren ländlichen Charakter verloren hat, der Vorortbildung unterworfen werden.

II

Die flächenhafte Expansion der Großstadt und ihre Entwicklung zur Agglomeration läßt ehemals selbständige Städte in ihren Einflußbereich geraten und deren inneres Gefüge auf die Kernstadt ausrichten, wobei sich Abhängigkeiten und Umformungen einstellen, die als Funktion der Vorortbildung zu bewerten sind. Der als »Suburbanisierung« oder »Metropolitanisierung«[25] bezeichnete Prozeß der Bildung von Agglomerationen, welche ebenso durch die Bebauung über die Stadtgrenze hinaus sowie die »Stadtflucht von Bevölkerung, Wohnungen und Betriebsstätten«[26] veranlaßt war, wurde von der Stadtgeographie, der Sozialökologie und Raumforschung aufgegriffen. Durch die Vermittlung von theoretischen Überlegungen und explorativer Forschung entstanden verallgemeinernde Raummodelle, die sich sowohl auf die Entwicklung der Stadt überhaupt als auch die Agglomeration bezogen.

Erinnert sei an die idealtypischen Stadtmodelle der nordamerikanischen Sozialökologie.[27] Sie bemühen sich, Organisationsprinzipien der städtischen Gesellschaften,

[24] Vgl. *B. von der Dollen* (s. A 3), S. 35 ff.
[25] *E. Lichtenberger* (s. A 8), S. 46 f.
[26] Ebda., S. 46. Vgl. auch *O. Boustedt,* Die Stadtregion als ein Instrument der vergleichenden Stadtforschung, in: Die Entwicklung der Bevölkerung in den Stadtregionen, Hannover 1963, S. 13 ff.; *R. Hillebrecht,* Städtebau und Stadtentwicklung, in: *Archiv für Kommunalwissenschaften,* 1 (1962), S. 62.
[27] Vgl. *E. W. Burgess,* The Growth of the City, in: *R. E. Park / E. W. Burgess / R. D. Mackenzie,* The City, Chicao 1925, S. 47–62; *H. Hoyt,* The Structure and Growth of Residential Neighborhoods in American Cities, Washington 1939; *Ch. D. Harris / E. L. Ullmann,* The Nature of Cities, in: *H. Mayer / C. Cohn* (Hrsg.), Readings in Urban Geography, Chicago 1969, S. 277 ff.

insbesondere funktionale Gliederungen des Stadtraums, Differenzierungen der Arbeitsstätten und Sozialstrukturen oder Segregationsprozesse aufzuzeigen. In der Bundesrepbublik Deutschland wurde das Modell der Stadtregion entwickelt. Der Begriff der Stadtregion schließt sich an die ökonomische Fundierung des älteren Vorortbegriffs an. Danach umfaßt sie ein Gebiet, das »durch eine gleichartige Sozialstruktur und enge wirtschaftliche Verflechtung zusammengefügt wird und in dem eine bedeutende Kernstadt die maßgebliche Existenzgrundlage für die Bevölkerung des Gesamtraumes bildet«.[28] Räumlich gliedert sich der einheitliche Wirtschaftskörper, unter Voraussetzung des konzentrischen Aufbaus der Stadtregion und ihrer zentrifugalen Expansionsrichtung, in einzelne Zonen auf, die nach den Merkmalen der Bevölkerungsdichte, des Anteils der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen und der Anteile der Ein- und Auspendler voneinander abgegrenzt werden. Die Bevölkerungsdichte gibt Auskunft über die bauliche Verstädterung der betroffenen Gemeinden, die soziale Verstädterung läßt sich am Umfang der landwirtschaftlichen Beschäftigten ablesen. Die Verflechtungsintensität des Umlandes mit dem städtischen Kerngebiet wird durch den Anteil der Auspendler in Richtung Kerngebiet an der Summe der Erwerbspersonen und Auspendler gemessen, während die einzelnen Gravitationszentren der Stadtregion durch die absolute Zahl der Einpendler ermittelt wird.[29] Die eingeführten Indikatoren und Schwellenwerte bedürfen bei Beobachtung langfristiger Trends der Wirtschaftsgesellschaft, wie beispielsweise die Abnahme der Agrarbevölkerung, des Wachstums von Pendlerbewegungen etc., in gewissen Zeiträumen einer Aktualisierung. Einzelne Indikatoren, die sich in ihrer Aussagekraft als unzulänglich erweisen, müssen neu definiert oder durch andere Indikatoren ersetzt werden. Das Kennzeichen der Bevölkerungsdichte löste die Akademie für Raumforschung durch das Merkmal der Einwohner- und Arbeitsplatzdichte ab.[30]

Die Stadtregion ist in zwei Hauptbereiche untergliedert: »das Kerngebiet« und das in Zonen eingeteilte Umland. Das Verwaltungsgebiet der zentralen Stadtgemeinde, »der Kernstadt«, und das sich unmittelbar anschließende Ergänzungsgebiet machen das Kerngebiet aus. Die äußeren Gebiete werden in die verstädterte Zone sowie die engeren und weiteren Randzonen gegliedert.[31] Für die Ausweisung des Kerngebiets ist das Merkmal der unmittelbar außerhalb der Stadtgrenze erfolgenden Ansiedlung von Betriebsstätten maßgebend. Nach dem Grad der Abhängigkeit von der Kernstadt werden für die äußeren Zonen vier Stadttypen unterschieden, auf die noch einzuge-

[28] *O. Boustedt* (s. A 26), S. 14.
[29] Vgl. *O. Boustedt* (s. A 22), Sp. 3208. *W. Nellner,* Der Weg zum neuen Agglomerationsraum-Modell, in: Agglomerationsräume in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von der Ak. für Raumforschung und Landesplanung, Hannover 1982, S. 4 ff.
[30] *W. Nellner* (s. A 29), S. 5 f.
[31] *O. Boustedt* (s. A 22), Sp. 3209 f.

hen sein wird. Der Begriff der Stadtregion ist weiter differenziert bzw. ergänzt worden, um die verschiedenen Formen der Agglomeration zu kennzeichnen. Polyzentrische Verstädterungsformen werden nach Einwohnerzahl und Fläche als »Ballungsräume« definiert,[32] kommt es zu einer Kombination von Stadtregion und Ballungsraum spricht die Stadtgeographie von »Verdichtungsräumen«.[33] Indikatoren für die zonale Differenzierung sind die Arbeitsplatz- und Einwohnerdichte sowie die Dichte der Wohn- und Arbeitsbevölkerung. Die relative Bevölkerungszunahme dient als Maßzahl zur Kennzeichnung der Belastung des Ballungsgebietes.[34]

Für die Analyse von Städten und städtischen Systemen hat die Stadt- und Kulturgeographie allgemeine Kategorien entwickelt, die in drei Gruppen zusammengefaßt werden: die »Grundkategorien«, »räumliche Basiskonzepte« und »sachspezifische Determinanten«.[35] Die mittels Faktorenanalysen gewonnenen Grundkategorien beziehen sich auf Größe, Dichte, Mobilität und Komplexität der Muster, auf Verflechtung von einzelnen Elementen sowie deren Veränderung. Die räumlichen Basiskonzepte sind erforderlich, um die allgemeinen Kategorien »in den Stadtraum zu transferieren«. Unterschieden wird zwischen der Stadt als zentriertem System, der Zugänglichkeit oder Erreichbarkeit, dem Kern-Rand-Gefälle oder zentral-peripheren Gradienten und der räumlichen Organisationsstruktur, das heißt der hierarchischen bzw. komplementären Verknüpfung von Elementen. Die sachspezifischen Determinanten beinhalten grundlegende Prozesse und Strukturen im Stadtraum, welche aus der politischen, sozialökonomischen und kulturellen Verfaßtheit von Staat und Gesellschaft resultieren. Es geht um die Übertragung des politischen Systems in die räumliche Organisation der Stadt, den aus dem wirtschaftlichen Entwicklungsstand des Landes abgeleiteten Prozeß der Arbeitsteilung und des effizienten Einsatzes von Kapital und Arbeitskraft, den technologischen Entwicklungsstand, vornehmlich auf dem Gebiete des Verkehrs, der Information und Kommunikation und schließlich die kulturelle Tradition, die sich, administrativ beeinflußt, in Bauformen und städtebaulichen Leitbildern niedergeschlagen hat.

Begriff und Modelle der Stadtregion werden durch die Theorie der regionalen Stadttypen ergänzt. Einen Begriff des Vorortes kennt diese Theorie nicht. Analog zum Begriff der Stadtregion geht sie von Raumgliederungen aus, in denen die verschiedenen Stadttypen miteinander verschmolzen sind. Hierbei wird die Stadtregion wiederum als ein aus dem Kerngebiet und der Umlandzone zusammengesetzes Raumgebilde definiert. Kernstadt und Ergänzungsgebiet bilden das Kerngebiet, die ver-

[32] *G. Isenberg,* Die Ballungsgebiete in der Bundesrepublik, Bad Godesberg 1957, S. 2 ff.
[33] Vgl. *G. Tönnies,* Abgrenzung und innere Gliederung belasteter Agglomerationsräume, in: *Ak. für Raumforschung und Landesplanung* (s. A 29), S. 102 ff.
[34] Vgl. *Chr. Borcherdt,* Das Land Baden-Württemberg – Ein Überblick, in: *Chr. Borcherdt* (Hrsg.), Geographische Landeskunde von Baden-Württemberg, Stuttgart 1983, S. 72 f.
[35] *E. Lichtenberger* (s. A 8), S. 82 f.

städterte Zone und Randzone machen die Umlandzone aus. An die Umlandzone schließt sich der Zentralortsbereich an, der in einen inneren Teil, die Satellitenzone, einen mittleren Teil, die Trabantenzone, und einen äußeren Teil, die Nachbarstadtzone, zerfällt. Die innere Satellitenzone gehört noch zur eigentlichen Stadtregion und zum städtischen Einzugsbereich, die Trabantenzone zum städtischen Wirtschaftsraum und die Nachbarstadtzone zum städtischen Einflußgebiet.[36] Bei der Definition der Trabantenstadt unterscheidet man nach zwei Merkmalsgruppen: einerseits Formen der Selbständigkeit in politischer, wirtschaftlicher, kultureller und städtebaulicher Hinsicht, einen eigenen Pendlereinzugsbereich und Wirtschaftsraum sowie eine ausreichende Entfernung von der Kernstadt, zwischen zwanzig und fünfzig Kilometern und einer ausreichenden Einwohnerzahl, die zwischen 10–20 000 Einwohnern liegen sollte. Zu den bindenden Elementen gehört andererseits die Lage im kernstädtischen Einflußbereich, resultierend aus einer arbeitsteiligen Verflechtung mit der Kernstadt, die sowohl übergeordnete zentrale Funktionen als auch die Befriedigung speziellen Bedarfs erfüllt. Es müssen leistungsfähige verkehrsmäßige Verbindungen zur Kernstadt bestehen, während der Trabant selbst einen subzentralen Verkehrsknotenpunkt bildet. Die wirtschaftliche Verflechtung stellt ein weiteres Moment der Bindung dar, allerdings nur in einer untergeordneten Form, da der überwiegende Teil der Erwerbspersonen am Wohnort arbeitet. Nur bis zu einem Fünftel sind Auspendler, von denen die Mehrzahl einer Beschäftigung im Kerngebiet nachgeht.[37]

Die neben den Trabantenstädten definierten Nebenstädte und Satellitenorte liegen innerhalb der Stadtregion. Wurde durch besondere Wachstumsvorgänge eine unmittelbare Nähe und Abhängigkeit zur Kernstadt hergestellt, spricht man von einer Nebenstadt, die fast den Charakter eines peripheren Stadtteils annimmt, wenn auch noch mit räumlich eng begrenzten zentralen Funktionen. Die Satellitenstädte besitzen eine geringe Selbständigkeit und unterliegen einer starken Bindung an die Kernstadt. Ihre Einwohnerzahl liegt unter der der Trabantenstädte, der Anteil der Auspendler an den Erwerbspersonen liegt über 20 oder gar 30%, von denen der überwiegende Teil in der Kernstadt arbeitet. Die selbständige Nachbarstadt verfügt nur über lockere Bindungen an die Kernstadt der Agglomeration, ihre ausgeprägte städtische Struktur unterscheidet sie in der Regel von den Trabanten.[38] Die Grenzen zwischen den einzelnen regionalen Stadttypen sind, entsprechend dem ständigen Wandlungsprozeß in Agglomerationen, durchaus fließend. Auch durch planerischen Eingriff kann der Status einer einzelnen Ortschaft beeinflußt werden.

Die Kernstadt einer Stadtregion, das städtische Zentrum unterschiedlich strukturierter Vorortszonen, ist in den überwiegenden Fällen eine Großstadt oder größere

[36] *O. Boustedt,* Regionale Stadttypen, in: Handwörterbuch (s. A 5), Sp. 3111 f.
[37] Ebda., Sp. 3113 f.
[38] Ebda., Sp. 3115.

Stadt. Mit dem Wort selbst wird schon auf die Quantität als Wesensmerkmal urbaner Zentren hingewiesen. Das war und ist nicht unumstritten. Sombart, dessen ökonomische Theorie der Städtebildung zwischen Konsumtions- und Produktionsstädten sowie einer Mischform aus beiden Grundtypen unterscheidet,[39] hat einen statistischen Begriff der Großstadt abgelehnt und ihn im wesentlichen ökonomisch fundiert. Eine große Stadt war somit zwangsläufig eine Großstadt. Neben dem Typ der Großstadt definiert Sombart die Handels- und Verkehrsstadt, welche vornehmlich vom Handelsprofit lebt und eine Erwerbstätigenquote im Handels- und Verkehrssektor von über 30% hat.[40] Schließlich die Industriestadt, die einen überproportionalen Anteil industriell Beschäftigter besitzt und die tendenziell, bedingt durch das Entstehen von Supplementär- und Komplementärindustrien sowie für den örtlichen Markt produzierenden Gewerben, den Weg zur Großstadt beschreitet.[41] Diese ist als mehrgliedriger Typus entwickelt: sowohl Industrie- als auch Handels- und Verkehrsstadt, daneben kapitalistisches Dispositionslager, vor allem aber Konsumtionsstadt.[42] Die Industrie, abgesehen von der für den lokalen Markt produzierenden, spielt in der Großstadt nur noch eine untergeordnete Rolle, der Anteil der Erwerbstätigen in den Ausfuhrindustrien liegt etwa bei 25%. Die Berufstätigenquote im Handels- und Verkehrssektor einschließlich des Bank- und Kreditwesens sowie der Dienstleistungen liegt in den meisten Fällen höher.[43] Sombart spricht davon, daß die Großstadt in erster Linie Konsumtionsstadt ist, die Vielschichtigkeit ihres Aufbaus sieht er vornehmlich in den Hauptstädten eines Landes verwirklicht. Die Zahl solcher Städte hängt im wesentlichen von der Höhe der wirtschaftlichen und kulturellen Zentralisierung eines Landes ab.

III

Sombarts ökonomisch bestimmter Großstadtbegriff bleibt sowohl durch seine inhaltliche Differenzierung als auch durch seine Beschränkung auf die Hauptstädte für die operationalisierende Forschung zu schwerfällig und unbestimmt. Er konnte deshalb auch nicht den in den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts eingeführten statistischen Begriff der Großstadt ablösen. Dieser bezeichnet Städte mit mehr als

[39] *W. Sombart,* Der moderne Kapitalismus, Bd. 1, Die vorkapitalistische Wirtschaft, Halbbd. 1, 2. Aufl., München – Leipzig 1916, S. 129ff.
[40] Ebda., Bd. 3, Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus, Halbbd. 1, S. 400 f.; vgl. auch *B. Grzywatz,* Arbeit und Bevölkerung im Berlin der Weimarer Zeit. Eine historisch-statistische Untersuchung, Berlin 1988, S. 117f.
[41] *W. Sombart* (s. A 39), Bd. 3,1, S. 403 ff.
[42] Ebda., S. 408.
[43] Ebda., S. 412 ff.

100 000 Einwohner als Großstädte.[44] Die willkürliche statistische Festsetzung wird gemeinhin als Grenze für »die Unübersichtlichkeit eines Gemeinwesens«[45] angenommen. Städte von dieser Größenordnung verlieren die unmittelbare Überschaubarkeit, bedürfen der Statistik zur Unterstützung der Administration, in ihnen konzentrieren sich die Handelseinrichtungen, die industriellen Verwaltungen, die Finanzinstitute, das wissenschaftliche und kulturelle Leben sowie die Informations- und Kommunikationssysteme. Insofern ist der moderne Großstadtbegriff mit dem allgemeinen Verstädterungsprozeß des industriellen Zeitalters verbunden, er läßt sich schwer auf die großen Städte früherer Epochen übertragen.

Diesem Mangel an einer allgemeinen historischen Anwendbarkeit begegnet die Stadthistoriographie mit relativierenden Verfahren, der Großstadtbegriff wird an eine gleitende Skala mit epochal bestimmten Einwohnergrößen gebunden. So werden für die Zeit um 1600 schon Städte mit 15 000 Einwohnern als Großstädte bezeichnet, am Ausgang des 18. Jahrhunderts jene mit 20 000 Einwohnern, um 1840 erscheint eine durchschnittliche Einwohnerzahl von 40 000 als angemessen, für die Zeit um 1870 wird die Ziffer von 50 000 zur unteren Grenze erhoben, während für das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts die Ziffer von 85 000, für die dreißiger Jahre die von 100 000 Einwohner unerläßliches Merkmal ist.[46] Obwohl die frühneuzeitliche oder absolutistische große Stadt nicht mit dem Typus der Großstadt des Industriezeitalters vergleichbar ist, ergibt sich ihr Charakter nicht allein aus dem quantitativen Merkmal, vielmehr kann davon ausgegangen werden, daß bereits zu dieser Zeit die Größe in einem unmittelbaren Zusammenhang mit einem mehr oder weniger vielfältigen Komplex von Funktionen steht. Das gilt insbesondere für die Landeshauptstadt eines aufstrebenden Territorialstaates, wie sie von Berlin verkörpert wird. Mit der Funktion des Verwaltungsmittelpunkts, der zentralen Garnisonsstadt sowie der im Zuge staatlicher Gewerbeförderung und Ansiedlungspolitik expandierenden ökonomischen Bedeutung konnte bereits in merkantiler Zeit der klein- bzw. mittelstädtische Status überwunden werden. Berlin überschritt um 1750 die Zahl von 100 000 Einwohnern, am Ende des 18. Jahrhunderts lebten zirka 170 000 Personen in der preußischen Landeshauptstadt,[47] das heißt die Bevölkerung Berlins erreichte nahezu die sämtlicher anderen brandenburgischen Städte, welche im Jahre 1797 etwa 180 000 Einwohner zählten.[48] Die sozialräumliche Entwicklung der Stadt mochte zunächst

[44] Vgl. *E. Pfeil,* Großstadtforschung. Entwicklung und gegenwärtiger Stand, 2. Aufl., Hannover 1972, S. 4f.; *F. Metz,* Die Hauptstädte, Berlin 1930, S. 7.
[45] Ebda., S. 6.
[46] *K. Olbricht,* Die Bevölkerungsentwicklung der Groß- und Mittelstädte der Ostmark, Berlin 1936, S. 22f.
[47] *R. Böckh,* Die Bevölkerungs-, Gewerbe- und Wohnungsaufnahme vom 1. Dezember 1875 in der Stadt Berlin, H. 1, Berlin 1878, S. 24f.
[48] *H. Schultz,* Berlin 1650–1800. Sozialgeschichte einer Residenz, 2. Aufl., Berlin 1992, S. 296.

noch unter der gegenüber den Verhältnissen des 19. Jahrhunderts umgekehrten Stellung von Zentrum und Außenbezirken stehen, der Stadtkern mithin als ausgesuchtester Wohnbezirk gelten,[49] das eigentliche Bevölkerungswachstum konzentrierte sich schon gegen Ende des 17. Jahrhunderts auf die neuen Vorstädte. Um 1680 umfaßten die beiden neuen Städte, Friedrichswerder und Dorotheenstadt, ein Fünftel der Residenzbewohner. Im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts verlagerte sich das Bevölkerungswachstum vollständig in die Vorstädte.[50] Eine Tendenz, die sich im 19. Jahrhundert verschärft fortsetzte. Gleichzeitig machte sich ein stärkeres Bevölkerungswachstum in der städtischen Randzone bemerkbar. 1820 wohnten zirka 7700 Personen außerhalb der Ringmauern, 1843 waren es bereits über 29 000, 1875 schon rund 233 000 Einwohner, rechnet man die Eingemeindungsgebiete von 1861 hinzu gar 386 000. Damit lebten etwa zwei Fünftel der Bevölkerung im äußeren Stadtgebiet. Im Bereich des weiteren Polizeibezirks, der bereits weite Teile der späteren Einheitsgemeinde Berlin einschloß, war 1843 ein Bevölkerungsumfang vorhanden, der fast exakt dem der äußeren städtischen Zone Berlins entsprach.[51] Im Jahre 1875 wiesen dann die Vororte eine höhere Bevölkerung auf: während hier ca. 256 000 Einwohner lebten, waren es in der städtischen Zone außerhalb der Ringmauern lediglich 233 000 Personen. Dieses Bild bedarf jedoch insofern der Korrektur, als der überwiegende Teil der Vorortsbevölkerung, nämlich 153 000 Personen, im Bereich des neuen Weichbildes, das heißt des 1861 eingemeindeten Vorortsgebietes wohnten. Das Wachstumstempo hatte sich am Ende der Periode von 1843 bis 1875 zugunsten der Vororte verändert. Nahm zwischen 1822 und 1843 im äußeren Ringmauerngürtel die Bevölkerung um 277% gegenüber 81% in den Vororten zu, wandelte sich das Verhältnis bis 1875 auf 700 : 780%, in beiden Perioden lag das Wachstum des inneren Stadtgebiets Berlins bei 66 bzw. 92%.[52] Die Zahlenverhältnisse werden an dieser Stelle etwas ausführlicher dargelegt, um zu zeigen, daß die städtische Entwicklung der Landeshauptstadt, wenngleich bis Mitte der fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts die absolute Zunahme im Gebiet innerhalb der Ringmauern die größte blieb, frühzeitig mit einem peripheren Wachstumsprozeß verbunden war, der durch die landesherrliche Ansiedlungspolitik wesentlich gefördert wurde. Das von Rudolf Eberstadt und neueren For-

[49] Vgl. *R. Eberstadt,* Handbuch des Wohnungswesens und der Wohnungsfrage, 4. erw. Aufl., Jena 1920, S. 222.

[50] *F. Nicolai,* Beschreibung der Residenzstädte Berlin und Potsdam, aller daselbst befindlichen Merkwürdigkeiten und der umliegenden Gegend, 3. völlig umgearb. Aufl., Berlin 1786 (Neudruck Berlin 1967), Bd. 1, S. 221 ff.; *H. Schultz* (s. A 48), S. 32 u. 324 f.

[51] Siehe hierzu Abb. 2.

[52] Alle Zahlen und Berechnungen (abgerundet) nach *R. Böckh* (s. A 47), S. 30 f. Die vorörtliche Wachstumsziffer für die Zeit von 1843 bis 1875 schließt die eingemeindeten Gebiete ein; werden diese Areale zum äußeren Ringmauerngürtel hinzugerechnet, ergibt sich ein Verhältnis von 1230 : 25%.

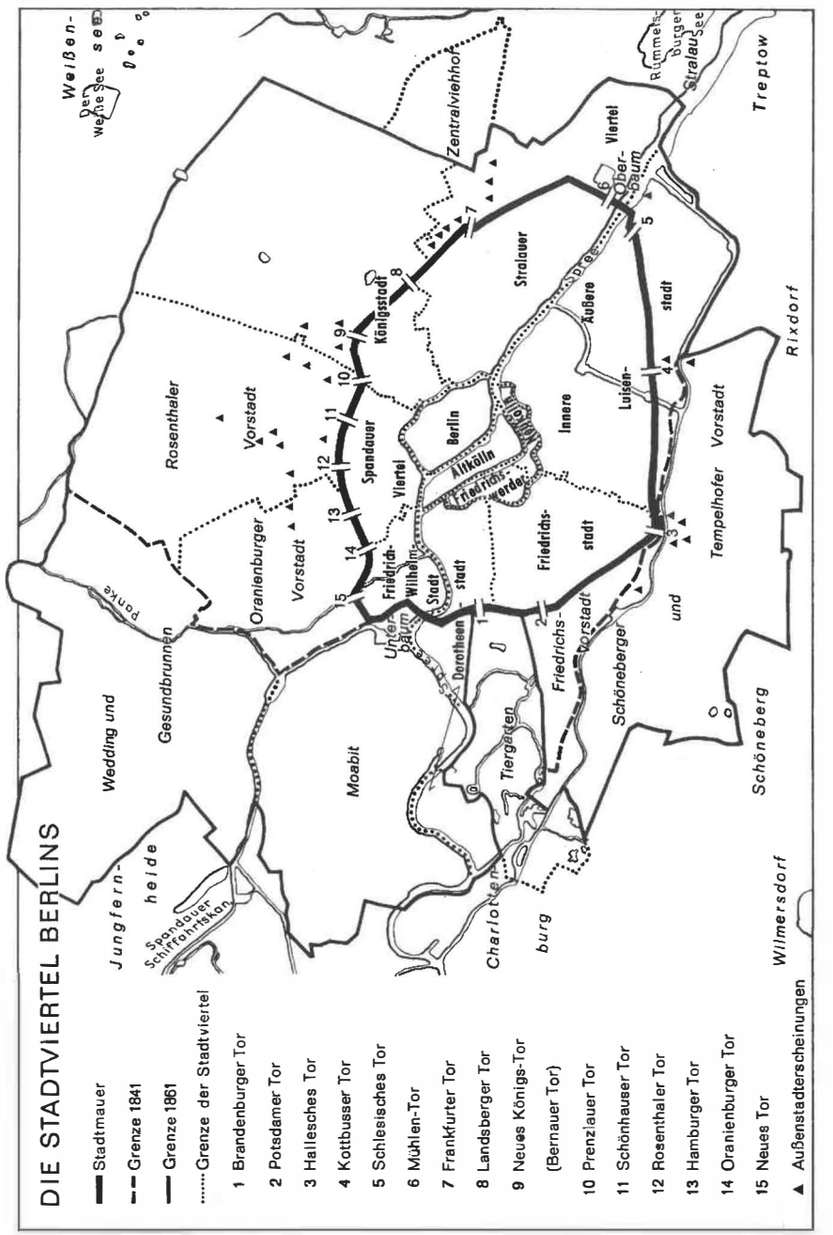


Abb. 1: Die Stadtviertel Berlins.

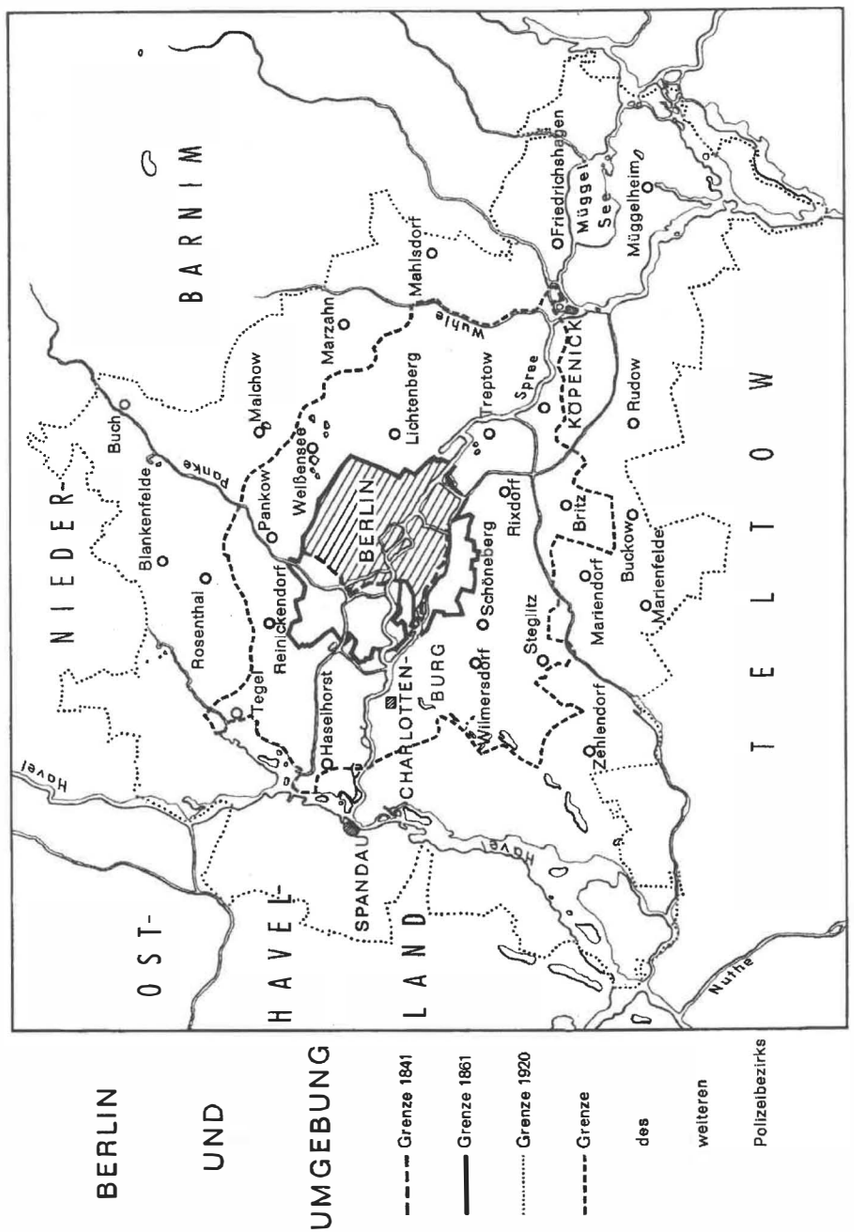


Abb. 2: Berlin und Umgebung.

schern[53] postulierte Modell eines von innen nach außen absteigenden Sozialgradienten, trifft bereits nicht mehr für den Raum des merkantilen oder frühindustriellen Berlins zu. Zwar läßt sich nachweisen, daß um 1770 die Lohnarbeiter und übrigen minderbemittelten Schichten überwiegend in den Vorstädten wohnten, diese waren jedoch nicht mit der gesamten äußeren Zone der Stadt gleichzusetzen. Die Vorstädte lagen auf dem rechten Spreeufer halbkreisförmig um die Residenz Berlin, auf der linken Seite des Flusses waren die Neustädte gegründet. Sie schlossen sich westlich an die Residenz Cölln an, lediglich im Süden lagen Neu-Cölln und die Köpenicker Vorstadt. Das alte Stadtzentrum war der bevorzugte Wohnort der Handwerksmeister, Kaufleute und Manufakturunternehmer, der Adel, die Hofleute und Beamten sowie die Intelligenz zog es dagegen in die westlichen Neustädte, insbesondere die vornehme Dorotheenstadt.[54] Um 1800 hatten sich diese Schichten weiter in den ehemaligen Neustädten konzentriert, selbst die Friedrichstadt wandelte sich in ihren zentralen Teilen vom Zentrum der Manufakturarbeiter zum Nobelviertel.[55] Die Dorotheenstadt wies von allen Gegenden Berlins die höchste Dienstbotenquote aus. Kaufmannschaft, Unternehmertum und wohlhabendes Handwerk wohnten weiterhin überwiegend in der Innenstadt, größere Anteile dieser Schichten hatten sich aber auch in den Neustädten niedergelassen. Die Arbeiterbevölkerung bevorzugte überwiegend die Vorstädte, insbesondere die Spandauer und Stralauer Vorstadt. Bedeutende Teile der Arbeiterschaft lebten noch in den inneren Stadtteilen und der Köpenicker Vorstadt, wenn auch prozentual gesehen in geringerem Umfang.[56] Die Vorstädte waren ebenso der Wohnort für kleine Gewerbetreibende, Gärtner, Gastwirte und Fuhrleute.

An diesem sozialtopographischen Muster ändertete sich im 19. Jahrhundert im Grunde genommen wenig. Die sozialräumliche Entwicklung Berlins wird unter dem Einfluß der Industrialisierung zunächst weniger durch qualitative, die soziale Raumstruktur verändernde, als durch quantitative Prozesse geprägt; die Zunahme der Bevölkerung an der Peripherie läßt die vorhandene Segregationsstruktur unberührt. Diese wird praktisch nur, etwas vereinfacht gesagt und von örtlichen Besonderheiten abgesehen, ringförmig auf die städtische Randzone und später auf das Umland übertragen. Die Arbeiterbevölkerung konzentriert sich in den nördlichen, östlichen und südöstlichen Vorstädten und Vororten, während der Westen und Südwesten weiter bevorzugtes Wohngebiet begüterter Schichten bleibt. Nimmt man nur den Dienstbotenfaktor als Merkmal für den Sozialstatus eines Stadtbezirks, zeigt sich, daß im Jahre

[53] Vgl. *H. J. Schwippe / Chr. Zeidler,* Die Dimension der sozialräumlichen Differenzierung in Berlin und Hamburg im Industrialisierungsprozeß des 19. Jahrhunderts, in: *H. Matzerath* (Hrsg.), Städtewachstum und innerstädtische Strukturveränderungen. Probleme des Urbanisierungsprozesses im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1984, S. 200.
[54] Vgl. *H. Schultz* (s. A 48), S. 183 ff.
[55] Ebda., S. 304 f.
[56] Ebda., S. 305.

1871 in der äußeren Friedrichstadt die höchsten Dienstbotenzahlen auftraten. Hier entfiel ein Dienstbote auf 3,3 Familienmitglieder, es folgte die Dorotheenstadt (3,4), Friedrichswerder (5,3), die innere Friedrichstadt (5,7), Berlin (6,6), doch dann kam schon die Schöneberger Vorstadt (7,0).[57] Das wohlhabende Bürgertum hatte sich im Anschluß an die ehemaligen Neustädte neue Wohnsitze am Rande des Tiergartens und am Landwehrkanal erschlossen. Es war nur noch eine Frage der Zeit, bis unter dem anhaltenden Bevölkerungswachstum die sich westlich und südwestlich anschließenden Dörfer Schöneberg, Steglitz, Wilmersdorf und Schmargendorf, aber auch die Stadt Charlottenburg zu vornehmen Vororten Berlins herausbilden sollten, begleitet von Koloniegründungen, die ausschließlich dem Wohnbedürfnis begüterter Schichten dienten.

In den östlichen und nördlichen Vorstädten lag der Dienstbotenfaktor nach 1871 ungleich höher. Während in Berlin durchschnittlich etwa 11 Familienmitglieder auf einen Dienstboten kamen, waren es in der Stralauer Vorstadt 32. In der Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt sowie der äußeren Louisenstadt (jenseits des Luisenstädtischen Kanals) schwankte die Ziffer zwischen 26,6 und 31,3, in den nördlichen bzw. nordwestlichen eingemeindeten Vorortsiedlungen lag die Ziffer bei 28,1 in Moabit und 46,3 im Wedding. In der inneren Louisenstadt, Neu-Cölln und der Spandauer Vorstadt blieb die Dienstbotenquote unter dem Berliner Durchschnitt, während sie in der Königsstadt mit 14,4 schon deutlich höher ausfiel.[58] Die sozialräumliche Struktur hatte sich demnach dem vorgefundenen Muster angepaßt; später sollten sich der Wedding, Friedrichshain und Prenzlauer Berg, daneben die östlichen Vororte Lichtenberg, Weißensee und Treptow sowie Reinickendorf und Rixdorf (Neukölln) zu Stadtbezirken mit überdurchschnittlicher Arbeiterbevölkerung entwickeln.[59]

[57] Alle Zahlen nach *H. Schwabe,* Die königliche Haupt- und Residenzstadt Berlin in ihren Bevölkerungs-, Berufs- und Wohnungsverhältnissen. Resultate der Volkszählung und Volksbeschreibung vom 1. Dezember 1871, Berlin 1874, S. 28.

[58] Ebda. Beim Dienstbotenfaktor ist die Abhängigkeit von der Bevölkerungsziffer zu beachten. Er fällt in bevölkerungsdichteren Bezirken zwangsläufig höher aus. Es besteht die Möglichkeit, daß die Zahl der Dienstboten absolut noch zunimmt, infolge des starken Bevölkerungswachstums dagegen relativ zurückfällt. Der Charakter des Dienstbotenfaktors als Sozialgradient wird dadurch jedoch nur mittelbar berührt.

[59] Vgl. dazu *B. Grzywatz* (s. A 40), S. 354 ff. Problematisch erscheint es, die Vorstädte, wie Ingrid Thienel es versucht, als »natural areas« zu definieren, das heißt als »natürliche Raumeinheiten innerhalb einer Stadt«, die soziologisch »relativ homogen« sind und in denen »die sozialen Gruppen innerhalb der Wohngebiete streng voneinander getrennt leben« oder sich durch »gleiche Nutzung« als »Funktionskreise« qualifizieren; vgl. *I. Thienel,* Städtewachstum im Industrialisierungsprozeß des 19. Jahrhunderts. Das Berliner Beispiel, Berlin – New York 1973, S. 9 f. Der von der nordamerikanischen Sozialökologie entwickelte Begriff diente dem Versuch, innerhalb der Städte zur Abgrenzung sinnvoller Gebietseinheiten zu kommen. Zorbaugh definiert natural areas als »unplanned, natural products of the cities growth ... characterized both by physical individuality and by the cultural characteristics of the people, who lived in it«; vgl. *H. W. Zorbaugh,* The Natural Areas of the City, in: Studies in Human Ecology, hrsg. von *G. A. Theodorson,* New York 1961, S. 47. Diese Definition ist jedoch zu unbestimmt, als daß sie Anleitungen für empirische Gebietsabgrenzungen zuließe. Die Forschungspraxis hat sich deshalb an der amtlichen Statistik als räumlichen Bezugsrahmen orientiert; vgl. *H. J. Schwippe / Ch. Zeidler* (s. A 53), S. 218; *P. Hatt,* The Concept of Natural Area, in: *G. A. Theodorson* (Hrsg.), Studies of Human Ecology, New York 1961, S. 104 ff.

Die Ansiedlung von Industriebetrieben führte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu keiner einschneidenden Änderung der aus dem 18. Jahrhundert überlieferten engen sozialräumlichen Verknüpfung von Wohngebieten und gewerblichen Betriebsstätten. Allenfalls kam es in den vierziger Jahren zu einer örtlichen Verdichtung einzelner Betriebsstätten, insbesondere der Maschinenbauindustrie, von der sich die beschäftigungsintensiven Großbetriebe vor dem Oranienburger Tor niederließen. Als sich in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre der industrielle Großbetrieb durchsetzte, konzentrierten sich die Arbeitnehmer der Maschinenbauindustrie in einer relativ geringen Zahl von Großbetrieben.[60] Die Gründe für die Ballung der Metallindustrie im Bereich der Chausseestraße sind in der Forschung umstritten. I. Thienel hat nachgewiesen, daß weder die produktionstechnisch gesuchte Nachbarschaft zur königlichen Eisengießerei noch die Arbeitskräfte-Orientierung, das heißt die Nähe zu den Arbeitervierteln, die allein ausschlaggebenden Standortfaktoren waren.[61] Ein Zusammenhang zwischen der Produktpalette der Metallbetriebe (Lokomotiven, Eisenbahnzubehör) und dem Anschluß an die im Norden Berlins vorhandene Stettiner Bahn ist ebenso in Zweifel zu ziehen, da die ersten beiden Bahnlinien Berlins südlich gelagert waren und der Lokomotivbau nicht unbedingt in Abhängigkeit von einem Gleisanschluß stand.[62] Wichtig war für die gewerbliche Aktivität im Nordwesten Berlins sicherlich die frühe Ablösung der alten, auf dem Boden ruhenden Rechte und seine vollständige Privatisierung. Die Separation vor dem Hamburger, Rosenthaler und Oranienburger Tor fand im Jahre 1828 ihren Abschluß, damit ergab sich die Möglichkeit zum Kauf größerer Landflächen. Die niedrigen Bodenpreise dürften zudem für flächenbedürftige Produktionsbetriebe eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt haben. Abgesehen von den einzelnen Gründen persönlicher Entscheidung seitens der Fabrikanten läßt sich aus der Vielzahl der Standortfaktoren ein miteinander verwobenes Bündel einzelner Motive bei der innerstädtischen Standortwahl feststellen. Unternehmensstrategisch stand mit Sicherheit der Kosten- und Flächengesichts-

[60] Vgl. *L. Baar,* Die Berliner Industrie in der industriellen Revolution, Berlin 1974, S. 94 ff.; *B. Grzywatz* (s. A 40), S. 99 ff. Nicht unumstritten ist der Versuch *I. Thienels* (s. A 59), S. 67 f., die Konzentration der Maschinenbaubetriebe im Areal der Oranienburger Vorstadt anhand der im Berliner Adreßbuch angegebenen Maschinenbauer zu ermitteln. In ähnlicher Weise bereits *K. Doogs,* Die Berliner Maschinenbau-Industrie und ihre Produktionsbedingungen seit ihrer Entstehung, Berlin 1928, S. 18.

[61] *I. Thienel* (s. A 59), S. 78 ff.; *B. Grzywatz* (s. A 40), S. 101 ff.

[62] Vgl. *J.-M. Kreße,* Die Industriestandorte in mitteleuropäischen Großstädten. Ein entwicklungsgeschichtlicher Überblick anhand der Beispiele Berlin sowie Bremen, Frankfurt, Hamburg, München, Nürnberg und Wien, Berlin 1977, S. 42.

punkt an oberster Stelle, die bereits bestehende königliche Eisengießerei als »industrieller Entwicklungskern« mochte von agglomerisierender Wirkung gewesen sein. Die Aussicht auf einen Bahnanschluß war bei metallverarbeitenden Produktionsbetrieben, die für eine reibungslose Zufuhr von Roh- und Brennstoffen Sorge tragen mußten, ebenso ein gewichtiges Moment unternehmerischer Standortentscheidung wie die Möglichkeit, auf ein ausreichendes Arbeitskräftereservoir zurückgreifen zu können, da die Metallbranche als beschäftigungsintensiver Produktionszweig galt. Allgemein ist jedoch nicht außer Acht zu lassen, daß die innerstädtische Standortwahl nur eine untergeordnete Rolle spielt, wichtiger sind die generellen Niederlassungserwägungen der Unternehmen bei Ansiedlungsprojekten. Für die eisenverarbeitende Industrie erwies sich die Lage Berlins als erheblicher Standortnachteil, da der Ort über keine Rohstoffbasis verfügte. Auf die Dauer gesehen konnte die verkehrsgünstige Lage Berlins diesen Nachteil nicht ausgleichen, insbesondere nicht nach dem allgemeinen Ausbau des Eisenbahnnetzes. Einzelne metallverarbeitende Großunternehmen gingen deshalb frühzeitig dazu über, sich eine eigene Rohstoffbasis zu schaffen und schließlich verlagerte man die materialintensiven Produktionszweige und band sie an die Urproduktion und Stahlerzeugung an.[63]

Die innerstädtische Situierung der Industrie ist vermutlich dafür verantwortlich, daß es, ohne die nach sozialen und demographischen Ausstattungsmerkmalen vorhandene »Rangordnung« der Berliner Stadtteile zu berühren, zu Segregationen kam. Nichtsdestotrotz zeigte die Bevölkerungsstruktur der einzelnen Stadtteile weiterhin eine erhebliche soziale Durchmischung. Die durch die Statistik ermittelte Rangordnung der Berliner Stadtteile, erläuterte die Städtische Central-Commission für die Volkszählung von 1861, gab in keinem Fall die sozialen Unterschiede der Bevölkerung wieder. Diese Unterschiede werden wenigstens »zu einem großen Teil, durch die Hofgebäude zwischen allen Stadtteilen mehr oder weniger ausgeglichen. Ist die Ausgleichung auch keine vollständige, ... so kann andererseits auf den, auch in den Stadtteilen der untersten Rangstufe nicht fehlenden Gegensatz zwischen Vorderhäusern und Hofgebäuden hingewiesen werden, zum Beweise, daß auch diese von verschiedenen Bevölkerungsklassen in nachbarschaftlicher Gemeinschaft bewohnten Stadtteile streng genommen eigentliche sogenannte Arbeiterviertel nicht repräsentieren«.[64] Die durch die Industrialisierung ausgelöste quantitative Dynamik sorgte für ein erhebliches Wachstum der Bevölkerung in der städtischen Randzone. Die Bevölkerung Moabits nahm zwischen 1840 und 1858 um 475, die des Weddings um 190% zu.[65]

[63] Vgl. *L. Baar* (s. A 60), S. 30 ff.; *B. Grzywatz* (s. A 40), S. 99 ff.
[64] Die Berliner Volkszählung vom 3. December 1861. Bericht der städtischen Central-Commission für die Volkszählung über die Mitwirkung der Commune an der Zählungs-Ausführung und deren Resultate, T. 1, Berlin 1863, S. 43.
[65] Berechnet nach: *R. Böckh* (s. A 47), S. 30 f.

Vor der Eingemeindung von 1861 wies Moabit eine Bevölkerung von etwa 8600 Personen auf, während den Wedding rund 13 600 Einwohner bevölkerten.[66]

Die These, daß sich Moabit in der Mitte des 19. Jahrhunderts zu einer typischen Industriearbeitergemeinde und zum ersten Vorort dieses Typs im Umland Berlins entwickelte,[67] muß schon deshalb bezweifelt werden, weil Moabit ebenso wie der Wedding nie den Charakter eines selbständigen Vorortes besaß, sondern in administrativer Hinsicht, zumindest in einigen Teilbereichen kommunaler Aufgaben, von Berlin aus verwaltet wurde. So unterlagen Teile der angrenzenden Landkreise der Berliner Gerichtsbarkeit oder deren Anwohner waren verpflichtet, Beiträge zur städtischen Armenkasse zu entrichten. Die Regulierung der Weichbildgrenze, die nach der Einführung der preußischen Städteordnung notwendig geworden war, fand erst 1841 ihren Abschluß.[68] Die nördlichen und nordwestlichen Randgemeinden wie der Wedding und Moabit blieben Bestandteil des angrenzenden Landkreises, obwohl diese Ortschaften bzw. einzelne Ortsteile bis in die dreißiger Jahre hinein in den Zuständigkeitsbereich der Berliner Armenverwaltung fielen. Bereits 1803 hatte der Magistrat die Abholzung der Berliner Kämmereiheide zwischen Berlin und Reinickendorf in die Wege geleitet. Nach der Einebnung, Urbarmachung und teilweisen Erschließung durch Straßen ließ die Stadt auf den Ländereien die Erbpachtkolonien Wedding, Neu-Moabit und Gesundbrunnen anlegen. 1817 erwarb der Magistrat das Vorwerk Wedding und ordnete nach 1827 die Aufteilung in kleinere Parzellen an. Die zwei bis drei Morgen großen Grundstücke wurden zumeist an Bauhandwerker, Gärtner, an kleine Kaufleute, aber auch an Arbeitsmänner veräußert.[69] Der Magistrat übte zwar die Grundherrschaft über das Vorwerk Wedding und Teile der ehemaligen Kämmereiheide aus, er bestand jedoch darauf, daß diese Gebiete nicht zum »unstreitigen Weichbilde der Stadt« gehörten.[70]

Der Magistrat hoffte, daß durch Zusammenfassung der Kolonien eine für sich bestehende Gemeinde gebildet wurde, die dann auch die Organisierung der Armenpflege übernahm. In diesem Fall erklärte sich die städtische Exekutive bereit, die bisherigen Unterstützungen weiterhin aus eigenen Mitteln zu bestreiten, während alle neuen Unterstützungsbedürftigen der zukünftigen Gemeinde zur Last fallen sollten.[71] Die administrativen Bindungen der Umlandortschaften an die Landeshauptstadt wirkten ohne Zweifel als siedlungsförderndes Moment. Für eine weitere Ausübung

[66] Berechnet nach ebda.
[67] *I. Thienel* (s. A 59), S. 202.
[68] Vgl. dazu *E. Kaeber*, Das Weichbild der Stadt Berlin seit der Stein'schen Städteordnung, in: *ders.*, Beiträge zur Berliner Geschichte, Berlin 1964, S. 239 ff.
[69] Vgl. Bericht über die Verwaltung der Stadt Berlin in den Jahren 1829 bis incl. 1839, Berlin 1842, S. 103 f.
[70] *Landesarchiv Berlin (LAB)*, StA Rep. 03-01, Nr. 365, Bl. 50.
[71] Schreiben des Magistrats an die Armendirektion, 15. Juni 1833, *LAB* Bl. 95–97.

der Armenpflege unter Rechtsvorbehalt sprach nach einem Bericht der städtischen Forst- und Ökonomiedeputation, daß der Aufbau der vorhandenen Etablissements und der Zweck der Kultivierung der Ländereien nicht so leicht erreicht worden wäre, »wenn die Stadtkommune nicht in der Voraussetzung, daß dieselben zum Weichbilde der Stadt gehör(t)en, die Armenpflege übernommen hätte«.[72] Durch die Übernahme hatte die Berliner Kommunalverwaltung die Erwartung eines bleibenden Verhältnisses geschaffen und nur unter dieser Bedingung war die Ansiedlung in eine rasche Entwicklung getreten. Bei einem Entzug der Armenpflege mußte mit einer rückläufigen Siedlung gerechnet werden. Die Deputation gab zu bedenken, daß sich der Siedlungsbeginn immer schwierig gestaltete. Zu anderer Zeit hatte man nur Kolonien gegründet, wenn den Kolonisten die Gebäude geschenkt und sie für einen längeren Zeitraum von allen Abgaben befreit worden waren. Die ganze Rosenthaler Vorstadt, so die Ansicht der Deputation, war unter bedeutenden Opfern entstanden. Vor über dreißig Jahren galt sie als ein Aufenthaltsort »von größtenteils armen und selbst moralisch schlechten Personen«, was sich nunmehr bedeutend geändert hatte. Auch der Wedding und Neu-Moabit wären »nur als ein Entrepot der Berliner Armen«[73] zu betrachten, weshalb eine Fortführung der Armenpflege seitens der Stadt Berlin sinnvoll war.

Haushaltspolitische Erwägungen hielten die Kommunaladministration jedoch davon ab, die Wirkungen der städtischen Bevölkerungs- und Wohnverhältnisse auf die urbanen Randzonen zur Kenntnis zu nehmen. Insbesondere aber anzuerkennen, daß die Kommune nicht eigentliche Ortsarme, vielmehr aus der Landeshauptstadt oder aus anderen Orten zugezogene Arme unterstützte.[74] Nicht nur in der nord- und nordwestlichen Randzone Berlins, sondern auch in einer südöstlichen Umlandgemeinde wie Rixdorf, dem späteren Berliner Verwaltungsbezirk Neukölln, machten sich die von der Landeshauptstadt ausgehenden Agglomerationseffekte in einer Zunahme des vorörtlichen Bevölkerungswachstums bemerkbar.[75] Gleichwohl sah sich die zentrale Stadt der urbanen Region, nachdem in der Folge steigende Sozialkosten dem vorörtlichen Haushalt zur Last fielen, nicht zu finanziellen Hilfeleistungen verpflichtet. Es war zwar richtig, gab der Magistrat zu, daß das Bevölkerungswachstum Rixdorfs aus der Nähe zu Berlin resultierte und daß eine Verpflichtung zur Unterstützung der aus Berlin zuwandernden Personen bestand, diese konnte jedoch nicht auf Personen aus-

[72] *LAB,* Bl. 77.

[73] *LAB,* Bl. 78.

[74] Gutachten der kommunalen Forst- und Ökonomiedeputation, 12. September 1832, *LAB,* Bl. 75–78. 1831 betrugen die Unterstützungsleistungen in Neu-Moabit und auf dem Wedding einschließlich der Holz- und Medizingelder 4752 Taler, davon entfielen 2145 Taler auf Personen, die aus Berlin zugezogen waren.

[75] Zur räumlichen Expansion Rixdorfs und der Entwicklung städtischer Bauformen vgl. *I. Thienel* (s. A 59), S. 316ff.

gedehnt werden, die als ortsansässige Einwohner in Armut versanken. In diesen Fällen mußte es der zuständigen Kommune überlassen bleiben, »in der gesetzlich vorgeschriebenen Art für die Verpflegung der Armen zu sorgen«.[76] Auch den Hinweis auf die vorhandenen drückenden Lohnverhältnisse mochte der Magistrat nicht gelten lassen. Er sah nur den »Übelstand«, der sich aus der Überfüllung Rixdorfs und der umliegenden Gegend mit armen und dürftigen Personen für die Landeshauptstadt ergab, zumal es sich häufig um »liederliche Personen« handelte, deren Lebenswandel man »durch Unterstützungen nicht noch Vorschub leisten« durfte.[77]

Die Hoffnung des Magistrats auf die Etablierung eines eigenen Kommunalarmenverbandes im Norden Berlins zerschlug sich durch eine gegenteilige Entscheidung des Ministers des Innern, die allgemein davon ausging, daß die vormalige Grundherrschaft oder die zuständige Polizeiobrigkeit für die Armenpflege in veräußerten Gebieten in Anspruch genommen werden konnte. Die Regierung empfahl dem Berliner Magistrat, mit den Bewohnern Neu-Moabits und des Weddings Verhandlungen über die Bildung einer Landgemeinde für alle Polizei- und Kommunalverhältnisse aufzunehmen.[78] Unter Hinweis auf Anfang der dreißiger Jahre erlassene Ministerialreskripte[79] weigerten sich die kommunalen Behörden indessen erfolgreich gegen die fernere Übernahme der Armenpflege im Bereich der endgültig veräußerter Besitzungen. Der Landrat des Kreises Niederbarnim wurde daher von städtischer Seite aufgefordert, hierzu die neuen Grundbesitzer in Anspruch zu nehmen.[80] Nur als Eigentümer des

[76] Verfügung des Magistrats, 12. Dezember 1829, *LAB,* StA Rep. 03-01, Nr. 479, Bl. 21; vgl. auch Nr. 366.

[77] Verfügung des Magistrats an die Armendirektion, 24. Januar 1831, *LAB,* StA Rep. 03-01, Nr. 479, Bl. 29f.

[78] Verfügung der Regierung zu Potsdam, 30. August 1834, *LAB,* StA Rep. 03-01, Nr. 365.

[79] Es handelt sich um das Reskript des Ministeriums des Innern und der Polizei an die Königliche Regierung zu Potsdam vom 21. Februar 1831, »das polizeiliche Verfahren gegen Wohnungslose und die Heranziehung einzelner Etablissements zur Armenpflege betreffend«, und das Reskript an die Regierung zu Arnsberg vom 29. Dezember 1834 über »die Armenpflege in standesherrlichen Gebieten«. Abdruck in: *AdPriStVerw,* Bd. 15 (1831), S. 140f. u. Bd. 18 (1834), S. 1115f. Im Reskript von 1831 hob das Ministerium des Innern die Verpflichtung von Eigentümern oder Erbpächtern zur Armenpflege hervor, soweit ihre Etablissements nicht mit einer Kommune verbunden waren. Da Einzelpersonen sich hierzu meistens nicht in der Lage befanden, wurde der Potsdamer Regierung empfohlen, »die auf der Feldmark befindlichen, ähnlichen, einzelnen Etablissements in einer Kommune zu vereinigen, für diese einen Schulzen zu ernennen und in der Folge wegen der Armenpflege sich an die Gesamtheit zu halten«. Das Reskript von 1834 wiederholte diese Position und erläuterte, daß überhaupt dort, »wo keine Sozialität oder solidarische Verpflichtung eintritt, nur eine solitarische, als Gegensatz der solidarischen, gedacht werden« kann. Eine Verpflichtung des Staates kam, insbesondere bei langjährig am betroffenen Ort ansässigen Armen nicht in Frage, selbst wenn ein Mangel an Armenmittel vorlag. Das Allgemeine Landrecht (§ 27, T. II, Tit. 19, Ausgabe Berlin 1825, Bd. 2.2, S. 480) sah für diesen Fall eben eine Besteuerung der am Ort lebenden wohlhabenden Einwohner vor.

[80] Bericht des Oberbürgermeisters an die Potsdamer Regierung, 19. Mai 1837, *LAB,* StA Rep. 03, Nr. 365.

Vorwerks Wedding und desjenigen Teils der Kämmereiheide, welchen die Stadt als Entschädigung für Hütungsservitute erhalten hatte, übte der Magistrat weiterhin die Polizei und folglich auch die Armenpflege aus.

Die Unterstützungsleistungen für die im Norden und Nordwesten Berlins gelegene städtische Randzone waren nach Darstellung des Magistrats »enorm hoch«. Das Gesetz über die Verpflichtung zur Armenpflege[81] erlegte der Stadt die fürsorgende Verwaltung definitiv nicht nur in den angesprochenen Ortschaften des Umlandes, sondern daneben auch in den Magistratsdörfern und ehemaligen Kolonien Boxhagen, Rummelsburg, Lichtenberger Kietz, Stralau und Treptow auf, deren Siedlungskerne allesamt Ausgangspunkt der späteren Vorortbildung wurden. Das Armenpflegegesetz bestimmte die Gemeinden grundsätzlich zum Träger der Unterstützungen. Soweit Gutsherrschaften bestanden, deren Güter zu keinem Gemeindeverband gehörten, waren diese in gleicher Weise wie die Gemeinden zur Unterstützung der ansässigen Armen aufgerufen.[82] Aus Anlaß des Armenpflegegesetzes regte die Potsdamer Regierung schon im März 1843 die Eingemeindung der nord- und nordwestlichen außerstädtischen Randzone an.[83] Das Gesetz über die Landgemeindeverfassungen forderte 1856 im Falle fehlender kommunaler Anbindung einzelner Grundstücke die Vereinigung mit einem Guts- oder Gemeindebezirk.[84] Danach mußten auch die kommunalen Verhältnisse von Moabit und Wedding neu geordnet werden, wobei nur eine Vereinigung mit der Landeshauptstadt in Frage kam. 1861 wurde die Eingemeindung gegen den anhaltenden Widerstand der städtischen Repräsentanten durch eine Kabinetts-Ordre angeordnet.[85] Damit waren die seit Jahrzehnten eng mit der Stadt verbundenen Gebiete auch rechtlich dem Gemeindebezirk inkorporiert. Die administrativen Bindungen zwischen dem urbanen Zentrum und den im städtischen Umland gelegenen Siedlungen müssen demnach ebenso als maßgeblicher Integrationsfaktor gewertet werden[86] wie die Einflußnahme der übergeordneten Regierungs- und Ministerialbürokratie. Das staatliche Handeln wurde dabei sowohl durch die räumlich-rechtlichen Ordnungszielsetzungen der Gemeindeverfassungsgesetze als auch durch die Regelung der gesetzlich an die Kommunen überwiesenen Aufgaben der Sozialfürsorge angetrieben.

[81] Gesetz über die Verpflichtung der Armenpflege vom 31. Dezember 1842, *GS* 1843, S. 8–14.

[82] §§ 1 u. 5, Armenpflegegesetz, 1842, S. 8 f. Der Magistrat sorgte in den folgenden Jahren nur unzureichend für die kommunalen Bedürfnisse der Gutsbezirke, was Anlaß zu Beschwerden über die vernachlässigten Patronatsverpflichtungen bei der Potsdamer Regierung gab. Vgl. *F. Escher,* Berlin und sein Umland. Zur Genese der Berliner Stadtlandschaft bis zum Beginn des 20. Jh., Berlin 1985, S. 201 ff.

[83] *E. Kaeber* (s. A 68), S. 271.

[84] Vgl. insbesondere § 1, Abs. 2, Gesetz, betreffend die Landgemeinde-Verfassungen in den sechs östlichen Provinzen der Preußischen Monarchie vom 14. April 1856, *GS* 1856, S. 359.

[85] Die Kabinetts-Ordre wurde am 28. Januar 1860 erlassen. Siehe die Bekanntmachung des Königlichen Oberpräsidiums der Provinz Brandenburg vom 27. März 1860, in: *ABlRegPdmuStBln,* Jg. 1860, Stck. 14, S. 120.

[86] Die an neueren Beispielen orientierte Forschung zur Vorortbildung hebt häufiger den ungeplanten Verlauf des vorörtlichen und städtischen Wachstums hervor und dementsprechend die untergeordnete Bedeutung der integrierenden Funktion der Verwaltung. Vgl. *J. Kaltenhäuser,* Taunusrandstädte im Frankfurter Raum. Funktion, Struktur und Bild der Städte Bad Homburg, Oberursel, Kronberg und Königstein, Frankfurt 1955, S. 222. Doch auch in diesem Fall müßte berücksichtigt werden, daß Planungsprozesse nicht den Bedürfnissen vorauseilen, sondern in den meisten Fällen auf bereits vorhandene entwicklungsbedingte Bedürfnisse reagieren. Siehe dazu weiter unten.

Die Ausbildung eines Vorortes lag weder im Fall Moabits noch des Weddings vor. Die fehlende politische Selbständigkeit belegt das, soweit unserer Definition zu folgen ist, nur allzu deutlich. Es kann darüber hinaus nur mit erheblichen Einschränkungen von der Ausbildung einer typischen Industriegemeinde gesprochen werden. Die Volkszählungsergebnisse lassen zwar Ende der sechziger Jahre eine Erwerbstätigenquote der im Gewerbe Beschäftigten von knapp über 50% erkennen, bis 1875 stieg sie noch auf über 55% an, doch damit war der Höhepunkt dieser Quote erreicht. 1885, also noch über ein Jahrzehnt vor der eigentlichen Randwanderung der Berliner Industrie, war die gewerbliche Erwerbstätigenquote bereits auf 47,4% zurückgefallen, während in Berlin zu diesem Zeitpunkt noch durchschnittlich 52,2% der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe arbeiteten. Im Jahre 1875 waren lediglich 10,3% der Erwerbstätigen Moabits im Bereich der Metallverarbeitung sowie des Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbaus beschäftigt; in der Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt lag die Quote im selben Jahr bei 16,0, in der Luisenstadt bei 13,8, im Stralauer Viertel bei 10,3 und in Berlin überhaupt bei 13,2%. Fast drei Fünftel (58,8%) der im produzierenden Metallgewerbe beschäftigten Erwerbspersonen wohnten in den obengenannten drei Berliner Stadtteilen, auf Moabit entfielen nicht einmal 3%. Insgesamt lag der Anteil der in Industrie und Handwerk Beschäftigten 1875 durchschnittlich mit 59,8% in den Vorstädten höher als in Moabit, in der Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt lag der Wert gar bei 61,3%, so daß diese Teile des Berliner Stadtgebietes als das eigentliche örtliche Arbeitskräftereservoir der Industrie angesehen werden mußte, zumindest für die beiden hier näher betrachteten Gewerbegruppen der Metallbranche.[87]

Die begrenzte Verlagerung einiger weniger Betriebe nach Moabit ist keinesfalls auslösendes Moment einer neuen sozialräumlichen Dynamik. Dies wird auch durch neuere sozialökologische Untersuchungen bestätigt, nach denen die Standortverlagerung der späten siebziger und frühen achtziger Jahre keinen entscheidenden räumlichen Wandel von Wohnen und Arbeiten bewirkte. Es kam allerdings zu einem

[87] Alle vorgenannten Zahlen nach: *H. Schwabe,* Die Resultate der Berliner Volkszählung vom 3. *December* 1867, Berlin 1869, S. 44–47. *R. Böckh* (s. A 47), H. 3/4, S. 1–30, 46–52; *ders.,* Bevölkerungs- und Wohnungsaufnahme vom 1. Dezember 1885 in der Stadt Berlin, H. 1, Berlin 1890–1891, S. 60–65; *ders.,* Bevölkerungs- und Wohnungsaufnahme vom 2. Dezember 1895 in der Stadt Berlin, T. 1, Berlin 1900–1901, S. 72–77.

Zusammenwachsen des Berliner Siedlungsgebietes mit der städtischen Randzone, vor allem Moabits und des Weddings, sowie einer Ausdehnung des Luisenstädtischen Bereichs bis an die Weichbildgrenze. Zugleich begann ein Verschmelzungsprozeß mit den Siedlungskernen und Ortschaften im Umland; hier wäre ebenso an Charlottenburg wie an Friedrichsberg, Lichtenberg und Rummelsburg zu denken.[88] Erst die in den neunziger Jahren einsetzende bedeutende Peripheriewanderung der Industrie, in deren Folge in einer Entfernung von 12 bis 30 Kilometern vom Berliner Stadtzentrum neue Industriestandorte entstanden, erzeugte einen räumlichen Wandel, der durch eine zunehmende Trennung der Wohn- und Industriegebiete gekennzeichnet war, aber keineswegs zu einer nennenswerten Neuverteilung der Bevölkerung führte. Die Arbeiter verblieben in ihren angestammten Wohnquartieren, in denen auch weiterhin ein enges Nebeneinander von Wohnen und Arbeiten bestand, da die kleinen und mittleren Industriebetriebe ihre ererbten Standorte beibehielten.[89] Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrssystems ermöglichte, ohne daß die optimale Verkehrsanbindung allein eine hinreichende Bedingung für die Industrieansiedlung war,[90] nicht nur Standortverlagerungen in die Umlandzone, sondern auch tägliche Pendelwanderungen der Beschäftigten. Die Verlagerung von Industriebetrieben ging mit einem innerstädtischen Verdrängungsprozeß einher, bei dem die Wohnbevölkerung zugunsten einer kommerziell geprägten Citybildung die zentralen Stadtbezirke nach und nach verlassen mußte. Schon Mitte der siebziger Jahre trat eine Spezialisierung des inneren Stadtgebiets ein, die neben den zentralen Stadtteilen bereits die Friedrich- und Dorotheenstadt sowie die innere Luisenstadt, die Spandauer Vorstadt und die Friedrich-Wilhelm-Stadt erfaßte.[91] Nach 1890 sank die Bevölkerungszahl innerhalb des gesamten Bereichs der Ringmauer, bis 1910 stellte sich im historischen Berlin und Neukölln der höchste Rückgang der Wohnbevölkerung mit jeweils 54% ein, es folgten Friedrichswerder, Kölln und die Friedrichstadt mit Werten zwischen 45 und 39%. In der Dorotheenstadt, dem Spandauer Viertel, der Friedrichvorstadt, dem Königsviertel, der Luisen- sowie der Friedrich-Wilhelm-Stadt schwankte die Abnahme zwischen 29 und 18%. Selbst im Stralauer Viertel sowie den außerhalb der Ringmauer gelegenen histo-

[88] *H. J. Schwippe / Ch. Zeidler* (s. A 53), S. 226; *A. Zimm,* Die Entwicklung des Industriestandortes Berlin. Tendenzen der geographischen Lokalisation bei den Berliner Industriezweigen von überörtlicher Bedeutung sowie die territoriale Stadtentwicklung bis 1945, Berlin 1959, S. 75 ff.

[89] Ebda., S. 104 ff. u. 121.

[90] *J.-M. Kreße* (s. A 62), S. 61 f.; vgl. auch *R. Heiligenthal,* Entwicklungslinien der Berliner Industriesiedlung, in: Berliner Wirtschaftsberichte, 2. Jg. (1925), Nr. 5, S. 51; *B. Grzywatz* (s. A 40), S. 99 ff.

[91] *H. J. Schwippe / Ch. Zeidler* (s. A 53), S. 223 f. Die Grunddimension der Spezialisierung wird durch einen Variablenkanon dargestellt, der sich auf die Anteile der Selbständigen und der in Handel und Versicherungen Beschäftigten sowie die Quoten der Einpersonenhaushalte, der gewerblich genutzten Wohnungen und der Ladengeschäfte mit guter Ausstattung bezieht. Inhaltliche Ergänzungen finden durch die Anteile der älteren Personen an der Wohnbevölkerung und der Untermieter sowie die Höhe der allgemeinen Erwerbsquote statt.

rischen Stadtteilen nahm die Wohnbevölkerung ab, jedoch in wesentlich geringerem Umfang.[92]

Die Industriesuburbanisierung erschütterte nicht die dominante Stellung der Kernstadt innerhalb des Agglomerationsraumes. Berlin blieb weiterhin, obwohl sich nach 1895 eine Abwanderungstendenz, vor allem der metallverarbeitenden Industrien, in die Vororte abzeichnete,[93] Standort bedeutender Arbeitsstätten. Das Berlin in den Grenzen vor 1920 zeigte zwischen 1882 und 1907 noch ein erhebliches Wachstum der in Industrie und Handwerk Beschäftigten: In der Periode von 1882 bis 1895 nahm die Zahl der Beschäftigten im sekundären Sektor um 40,9 und bis 1907 nochmals um 49,4% zu. Absolut lag das Beschäftigungswachstum noch deutlich über dem des Handelsgewerbes, erst in den nachfolgenden Perioden überflügelte der tertiäre Sektor die Beschäftigung im produzierenden Gewerbe, während gleichzeitig die Vororte als Standort industrieller Beschäftigung größere Bedeutung erhielten. Sie zeigten dann, soweit nicht konjunkturelle Krisen die Lage in Industrie und Handwerk beeinflußte, gegenüber der Stadt Berlin eine stärkere Zunahme der Arbeit im sekundären Sektor.[94]

Der unter dem Einfluß der Industrialisierung vorangetriebene städtische Wachstumsprozeß entwickelte sich nicht allein aus einer zentrifugalen Bewegung, vielmehr offenbarte er sich als eine Form des Zusammenwachsens zwischen der Zentralstadt und den Entwicklungskernen im Umland sowie dieser Kerne untereinander, wobei die verbindenden Verkehrswege die Leitlinien schufen.[95] Zu den Entwicklungskernen gehörten die äußeren Siedlungsformen, die Dörfer, Kolonien, Schloßanlagen, aber auch eine städtische Gründung wie Charlottenburg. Daneben traten wirtschaftlich bestimmte Entwicklungskerne auf, unter denen die Verkehrsanlagen an erster Stelle genannt werden mußten, auch solche, die erst in industrieller Zeit geschaffen wurden. Selbst natürliche Gegebenheiten wie Bodenerhebungen, Seen, Flüsse etc. konnten ihrer Funktion gemäß den Charakter eines Entwicklungskerns annehmen. Formal besteht der Wachstumsprozeß in einer Ausdehnung der städtischen Bausubstanz, funktional erweist er sich als »eine Abfolge städtischer Aktivitäten«,[96] das heißt, der Nutzung städtischen Raums auf der Grundlage einer Bewertung der vorgefundenen Raumsituation. Die Nutzungen selbst sind wiederum durch das Wechselspiel bestimmter Erscheinungsformen beeinflußt, die Kreße als »Permanenz« und »Dyna-

[92] Vgl. *A. Zimm* (s. A 88), S. 114 f.; vgl. auch *S. Schott,* Die Citybildung in deutschen Großstädten seit 1871, in: *SJbdSt,* 14. Jg. (1907), S. 33 ff.

[93] Vgl. *B. Grzywatz* (s. A 40), S. 102 ff.

[94] Vgl. Berlins wirtschaftliche Verflechtung. Im Auftrage des Magistrats bearbeitet im Statistischen Amt der Stadt Berlin, Berlin 1928, S. 26 f.; *B. Grzywatz* (s. A 40), S. 107 ff. u. 160 ff.

[95] *J.-M. Kreße* (s. A 62), S. 17 ff.

[96] Ebda., S. 19.

mik«[97] definiert. Permanenz meint den Fortbestand gewisser Erscheinungen in einer wachsenden Stadt, wie etwa die Bausubstanz oder die Verstärkung und Ballung von Nutzungen. Dynamik bezeichnet den Zusammenhang bestehender zu neuen Nutzungen, der durch Attraktivität, Kombination oder Verdrängung bestimmt wird. Als primäre Aktivität kann die Zentralstadt mit den Vorstädten und Entwicklungskernen verstanden werden, die andere, sekundäre Aktivitäten nach sich ziehen. Die vorindustrielle Zentralstadt mag in ihrer Ausdehnung, Dichte und Geschlossenheit, ihrer Bezogenheit auf mannigfaltige Entwicklungskerne und der ihr selbst immanenten sozialräumlichen Differenziertheit schon große Stadt, ja Groß-, wenn auch nicht industrielle Großstadt sein, zumal wenn sie, wie im Falle einer Landeshauptstadt, mit einem Komplex zentraler Funktionen betraut ist. Nicht ohne Grund spricht Elisabeth Pfeil von den Landeshauptstädten des Absolutismus als Großstädten.[98] Die Landeshauptstädte waren fast immer zentrale Orte erster Ordnung, ihre Funktion verlieh ihnen, ungeachtet ihrer Bevölkerungsdichte, überörtliche Bedeutung. Die Funktionen einer Landeshauptstadt des ausgehenden 18. oder beginnenden 19. Jahrhunderts konnten weitaus umfangreicher sein, als die einer Millionenstadt des 20. Jahrhunderts. Deshalb soll von der preußischen Landeshauptstadt des Spätabsolutismus als Großstadt gesprochen werden,[99] wohlwissend, daß erst im Industrialisierungs- und Urbanisierungsprozeß des 19. Jahrhunderts sich jene Form der Großstadt herausbildet, die allgemein durch eine besondere Komplexität demographischer, sozialer, räumlicher, baulicher, technischer, kommunikativer und administrativer Faktoren gekennzeichnet ist.

IV

Der quantitativen Differenzierung der Großstädte begegnete die Statistik nicht. Man sprach von Viertel-, Halb- und Millionenstädten oder Großstädten höherer Ordnung, denen in Abhängigkeit von ihrer Größe bestimmte Strukturmerkmale wie besondere Verkehrs- und Kommunikationssysteme oder Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen, Multifunktionalität und Komplexheit beigelegt wurden. Ein »Sonderfall« der großen Stadt ist die Millionenstadt, die Weltstadt, die Metropole, »die im jeweiligen nationalen Maßstab singuläre Zusammenballung menschlicher, kultureller und materieller Ressourcen und Potenzen an einem von der Geschichte ausgezeichneten Ort, einem Ort, der auf Grund dieser Zusammenballung und auf Grund seiner Geschichte zum Brennpunkt und zum Spiegelbild wird aller höheren Ambitionen des Gesellschaftssystems«.[100] Als Ort nationaler Identitätsfindung und internationaler Kommunikation ist die Metropole eine Einzelerscheinung, selbst gegenüber anderen Großstädten, deren Einwohnerzahl jenseits der Millionengrenze liegt.

Während man die Stadt herkömmlich als »ein in sich geschlossenes, in allen Einzelheiten aufeinander abgestimmtes funktionales Wirkungsgefüge höchst vielfältiger struktureller Teileinheiten«[101] ansieht, wird diese Einheit des Lebens- und Raumorganismus in der Metropole, bedingt durch die Bevölkerungsdichte und Flächenausdehnung, aufgelöst. Für die Mehrzahl der zentralen Bedürfnisse sind die Entfernungen zu groß geworden, sie können nicht mehr an einer Stelle befriedigt werden. Es bilden sich vorstädtische Nebenzentren, die nicht nur subordinierte Funktionen übernehmen, sondern sich auch zu Geschäftszentren gleichrangigen Güterangebots wie in der City entwickeln. Die dezentrale Gliederung tangiert jedoch nicht die Grundstruktur der Metropole, sie bleibt »monozentrisch«.[102] Die Vielfältigkeit der örtlich differenzierten Funktionen setzt eine adäquate Verkehrsstruktur voraus, die Einrichtung von besonderen Massenverkehrsmitteln werden zu einem äußeren Wesensmerkmal der Millionenstadt. Übereinstimmend heben Stadtgeographen, Stadtsoziologen und Historiker die Sonderfunktionen der Metropolen hervor, die über die normalen Umlandfunktionen hinausweisen. Eine solche Sonderfunktion kann ebenso in der administrativen Zentralität einer Hauptstadt wie in der internationalen verkehrswirtschaftlichen Bedeutung einer Hafenstadt bestehen. Entscheidend für die Entwicklung der Metropolen war, wie Ipsen sich ausdrückt, »die raffende öffentliche Gewalt und ihre Zentralverwaltung einerseits, Integration und Komplikation der vermarkteten Großwirtschaft andererseits,[103] die der Vermittlung bedurften. Vor allem die Sonder-

[97] Ebda., S. 20.

[98] *E. Pfeil* (s. A 44), S. 10 f. u. S. 120; *F. Metz* (s. A 44), S. 8 ff.

[99] Wenn *W. Hofmann,* Industrialisierung und Stadtausbau im Berliner Raum, in: *W. Ribbe / J. Schmädeke* (Hrsg.), Berlin im Europa der Neuzeit, Berlin 1990, S. 143, den Großstadtbegriff nur für das Berlin des späteren 19. Jhs. gelten lassen und das statistische Kennzeichen von über 100 000 Einwohner lediglich als »quantitatives Signal« gedeutet wissen will, das nicht ohne weiteres ablösbar und auf andere Epochen übertragbar sei, sieht er einerseits ebenso von den differenzierten Binnenstrukturen und den zentralen Funktionen der Stadt ab, wie er andererseits der Faktizität des Quantitativen aufliegt. Das gilt nicht zuletzt für den statistischen Großstadtbegriff selbst, der eine historisch bedingte, willkürliche, von Operationalisierungsbedürfnissen getragene Verabredung ist. Schon Ende des 19. Jahrhunderts reichte der statistische Großstadtbegriff, wie schon 1894 auf dem Hygieniker- und Demographenkongreß in Budapest festgestellt wurde, nicht mehr aus, den äußerlichen Größenverhältnissen der Großstädte gerecht zu werden.

[100] *K. Schwarz,* Die Metropolen wollen. Berlin als Metropole wollen, in: Die Zukunft der Metropolen: Paris – London – New York – Berlin. Ein Beitrag der Technischen Universität Berlin zur Internationalen Bauausstellung Berlin, Berichtsjahr 1984, hrsg. von *K. Schwarz,* Bd. 1, Aufsätze, Berlin 1984, S. 21. *J. G. Kohl* hatte, ohne auf den Begriff der Metropole einzugehen, die Hauptstädte als »Kristallisationspunkte der Staatsorganismen« bezeichnet, deren »Weltstellung« sich in ihrer geschichtlichen Rolle, den von ihr ausgehenden Unternehmungen, in der Zusammensetzung und dem Charakter ihrer Bevölkerung sowie in der Bedeutung, Richtung und Art ihres Handelsverkehrs spiegelte. *J. G. Kohl,* Die geographische Lage der Hauptstädte Europas, Leipzig 1874, S. IX.

[101] *E. Otremba,* Die Millionenstädte. Wesen und Entwicklung, in: *F. Vogler / E. Kühn* (Hrsg.), Medizin und Städtebau. Ein Handbuch, Bd. 1, München 1957, S. 255.

[102] *G. Ipsen,* Städtescharen, in: ebda., S. 269.

[103] Ebda.

funktion der Metropole für den Bereich der staatlichen Verwaltung läßt die Stadtgeschichte quasi von der Metropole als einem überzeitlichen Modell sprechen, das auf Grund politischer Faktoren für ein territorial weithin ausstrahlendes nationales oder imperiales Machtzentrum steht. Dabei müssen die Regierungsfunktionen nicht notwendig mit der Ausübung ökonomischer Funktionen verbunden sein; dies trifft insbesondere auf die industralisierte Metropole zu. Den Hauptunterschied zwischen der Metropole des Industriezeitalters und der vorindustriellen Zeit sieht Sutcliffe »in der Größenordnung«.[104] Die Metropole bleibt ein Ort der Koordination, jedoch einer Vielzahl von ökonomischen Aktivitäten, die eine höhere Produktivität aufweisen und in der Folge zu einem Anwachsen der Bevölkerung führen. Weitere Impulse erhält der Wachstumsprozeß durch die Expansion der verarbeitenden Industrien, die Ausdehnung der Märkte in einer Zeit verdichteter Verkehrs- und Kommunikationssysteme.

Die Konzentration wissenschaftlicher, publizistischer und kultureller Einrichtungen erschließt der Metropole weitere Funktionen überörtlicher Ausstrahlung, ja internationaler Wirkung. Die Metropole steht nicht mehr in einem Spannungs- und Konkurrenzverhältnis zu den einzelnen Großstädten eines Landes, ihr nationaler Einfluß läßt sie zusehends in ein Geflecht internationaler Beeinflussung und Rivalität geraten.

Für die Entwicklung Berlins spielte die bereits im Absolutismus begründete Bündelung zentraler Verwaltungsaufgaben in der Stadt eine herausragende Rolle. Nach 1815 wird diese Position durch die Reorganisation der deutschen Territorien und die substantiell veränderte Machtstellung Preußens verstärkt. Nach 1871 steigt die Stadt zum Zentrum des neu gegründeten deutschen Nationalstaats auf. Erst die politischen und administrativen Funktionen der Stadt schufen die Grundlage, auf der Berlin sich zur Geschäfts-, Finanz- und Wissenschaftsmetropole heranbilden konnte, zugleich gaben sie der industriellen und verkehrswirtschaftlichen Entwicklung entscheidende Impulse.

Wie wenig die Metropole als Sonderfall einer Großstadt oder überhaupt mit den herkömmlichen Großstädten zu vergleichen ist, dürften schon die Wachstumsziffern für die Bevölkerung zeigen, gerade wenn berücksichtigt wird, daß die Bevölkerungsstatistik schon in städtischen Ballungsräumen mit 100 000 Einwohner eine quantitative Veränderung der Lebenswelt gegeben sieht.[105] Im Jahre 1875 wurden in Deutschland lediglich zwölf Großstädte ermittelt. Ohne Berlin lag ihre durchschnittliche ortsanwesende Bevölkerung bei 162 075 Einwohnern, die Reichshauptstadt hatte zu diesem Zeitpunkt schon fast die Millionengrenze erreicht.[106] Zehn Jahre später, inzwischen hatte sich die Zahl der Großstädte auf 21 erhöht, war die durchschnittliche

[104] *A. Sutcliffe,* Die historischen Dimensionen des modernen Problems der Metropolen, in: *K. Schwarz* (s. A 100), S. 32.
[105] Vgl. *E. Pfeil* (s. A 44), S. 6.
[106] Vgl. Tab. 1 u. 2 in diesem Beitrag.

Tab. 1: Die ortsanwesende Bevölkerung ausgewählter deutscher Großstädte nach den Volkszählungsergebnissen 1875–1925.

Städte	*1875*	*1895*	*1910*	*1910*[1]	*1925*
Berlin	966 858	1 677 304	2 071 257	3 734 258	4 024 165
Hamburg	348 447[2]	625 552	931 035[4]	953 103	1 079 126
Breslau	239 050	373 347	512 105	514 979	557 139
München	193 024[3]	407 307	596 467	607 592	680 704
Dresden	197 295	336 440	548 308	608 841	619 157
Köln	135 371	321 548	516 527[4]	600 291	700 222
Leipzig	127 387	399 969	589 850[4]	644 644	679 159
Königsberg	122 636	172 796	245 994	245 994	279 926
Stuttgart	107 273	158 321	286 218[4]	298 462	341 769
Hannover	106 677	209 535	302 375[4]	381 571	422 745
Frankfurt/M.	103 136	229 279	414 576[4]	414 576	467 520
Bremen	102 532	141 894	247 437	257 248	294 966
Düsseldorf	–	175 985	358 728[4]	358 728	432 633
Nürnberg	–	162 386	333 142	343 142	392 494
Danzig	–	125 605	170 337	—	–
Magdeburg	–	214 424	279 629[4]	279 629	293 959
Straßburg	–	135 608	178 891	–	–
Chemnitz	–	161 017	287 807[4]	301 295	331 655
Elberfeld	–	139 337	170 195	170 195	167 577
Altona	–	148 944	172 628	172 628	185 653
Barmen	–	126 992	169 214	187 342	187 099
Stettin	–	140 724	236 113	237 402	254 466
Charlottenburg	–	132 400	305 978	–	345 139[5]
Berlin-Neukölln	–	–	237 298	–	290 327[5]
Berlin-Schöneberg	–	–	172 884	–	231 664
Berlin-Wilmersdorf	–	–	109 716	–	174 884

[1] Nach dem Gebietsstand vom 16. Juni 1925.
[2] Gesamtes städtisches Gebiet einschließlich der Vororte.
[3] Ohne Sendling.
[4] Einschließlich der Bevölkerungszunahme durch Eingemeindungen. Dadurch überdurchschnittliche Bevölkerungsgewinne in Düsseldorf, Leipzig, Köln, Frankfurt/M., Magdeburg und Hannover; niedrigere Bevölkerungsgewinne in Chemnitz.
[5] Nach dem Gesetz vom 27. April in die neue Stadtgemeinde Berlin eingegangen.

Quellen: SJbdSt 1 (1890), S. 23; 7 (1898), S. 254 f.; 19 (1913), S. 846 f.; 22 (1927), S. 347 f.; 19 (1913), S. 846 f.; 22 (1927), S. 347 f.; 23 (1928), S. 366 f.; *SJbdStBln* 3 (1927), S. 5.

Bevölkerungsziffer nur unwesentlich angestiegen. Erst 1895 zeigte die Zahl mit 211 128 ein deutliches Wachstum, zur gleichen Zeit machte die Bevölkerung Berlins über 1,3 bzw. fast 1,7 Millionen Einwohnern aus, das heißt in der ersten Dekade war die Bevölkerungszunahme in Berlin absolut und relativ höher, während sie im zweiten genannten Jahrzehnt relativ mit 27,5% bereits hinter der Ziffer der übrigen Großstädte (28,4%) zurückblieb. Während im Stadtgebiet Berlins bis zur Jahrhundertwende ein weiterer Rückgang des relativen Bevölkerungswachstums feststellbar war, stieg es in der gesamten Agglomeration weiter an, und zwar stärker als in den übrigen deutschen Großstädten. Die Bevölkerungszunahme der übrigen Großstädte war teilweise durch erhebliche Eingemeindungen beeinflußt, während Berlin auf diesem Wege nur geringfügige Bevölkerungsgewinne erhielt.[107]

Die Zunahme der städtischen Einwohnerschaft gibt nur ein unzulängliches Bild wieder, wenn die statistischen Ermittlungen auf die Gemeindegrenzen beschränkt werden. Die Entwicklung der Großstadt tendiert zur Agglomeration bzw. zur Region, so daß das Umland notwendig in die Berechnungen miteinbezogen werden muß. Wird beispielsweise der Gebietsstand vom Juni 1925 zur Grundlage gemacht, liegt das Bevölkerungswachstum Berlins wesentlich über dem Durchschnitt der deutschen Großstädte: In der Reichshauptstadt nahm die Bevölkerung zwischen 1871 und 1910 auf diese Weise relativ um 286,2% zu, in den deutschen Großstädten lediglich um 74%, wobei die durchschnittliche Bevölkerungsziffer bei 282 049 Einwohnern lag. Nun hat die Gründung der neuen Stadtgemeinde Berlin im Jahre 1920 auch äußere Gebiete der Reichshauptstadt inkorporiert, bei denen, wie etwa im Falle der Stadt Spandau, die Zugehörigkeit zur Agglomeration zumindest umstritten ist. Die grundsätzliche Tendenz eines größeren Bevölkerungswachstums im Metropolenraum ändert sich durch diese Einschränkung nicht. Die unterschiedlichen Größenverhältnisse zwischen der Metropole und den übrigen Großstädten kommt auch in der Entwicklung der Bevölkerungsdichte zum Ausdruck. Sowohl in Berlin, den bis 1900 eingemeindeten Teilen sowie in der übrigen und der gesamten Agglomeration entfiel eine deutlich höhere Zahl von Einwohnern auf den einzelnen Hektar als durchschnittlich in den übrigen Großstädten. Mit Berlin vergleichbare, teilweise sogar höhere Zahlen lassen sich für das innere Stadtgebiet nur noch in Köln im Gebietsumfang von 1871 finden, die Ziffern für die gesamte Agglomeration lagen aber auch hier deutlich unter den Berliner Werten.[108]

Während allgemein die Großstädte schneller wuchsen als die kleineren und mittleren Städte,[109] nahm die Bevölkerung der Metropolen relativ rascher zu als die der übrigen Großstädte. Diese Beobachtung wird als »Prozeß der Selbstverstärkung«[110]

[107] Vgl. Tab. 3 u. 4.
[108] Vgl. *S. Schott,* Das Wachstum der deutschen Großstädte seit 1871, in: *SJbdSt,* T. 1, S. 148.
[109] Vgl. Tab. 2.
[110] *E. Pfeil* (s. A 44), S. 127.

Tab. 2: Die Verteilung der Bevölkerung des Deutschen Reichs nach Städtegruppen 1871 bis 1925. Von 1000 Einwohnern des Deutschen Reiches lebten in:

Städtegruppe	*1871*	*1880*	*1890*	*1900*	*1910*	*1925*
Großstädten über 100 000 Einwohner	48	72	121	162	212	267
Mittelstädten 20 000 - 100 000 Einwohner	72	89	98	126	133	134
Kleinstädten 5000 - 20 000 Einwohner	112	126	131	135	141	134
Landstädten 2000 - 5000 Einwohner	124	127	120	121	112	109

Quelle: W. Sombart, Städtische Siedlung, Stadt, in: Handwörterbuch der Soziologie, hrsg. von *A. Vierkandt,* Stuttgart 1931, S. 532.

umschrieben, das heißt, »je größer die Städte bereits sind, desto stärker ist im allgemeinen ihre Tendenz zum Weiterwachsen«.[111] Ein Prozeß, der erst in den vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts einem vorsichtig einsetzenden Wandel unterliegen sollte, indem, zumindest was die Metropolen der westlichen Industrieländer angeht, sich eine Verlangsamung des Verstädterungsprozesses insgesamt bemerkbar macht, der nach dem Zweiten Weltkrieg durch eine neue Phase der Dezentralisation rapide zunimmt, um dann in den siebziger Jahren in einem tatsächlichen Rückgang des Wachstums zu münden.[112] Eine neue Suburbanisierung machte sich bemerkbar, die nun nicht mehr nur nach außen gerichtetes Wachstum der Metropole, sondern die Ausbildung einer mehrzentrischen Stadtregion beinhaltete. Zudem setzte eine Abwanderung der verarbeitenden Industrie ein, die selbst Teile des Handels- und Verkehrsgewerbes erfaßte. Neuere Untersuchungen zum industriellen Produktionsrückgang in den Metropolen zeigten, daß es sich nicht um eine neuerliche Peripheriewanderung arbeitsintensiver Produktionszweige handelte, wie sie etwa aus dem Berlin des späten 19. Jahrhunderts bekannt war, vielmehr traten branchenspezifische Verluste sowohl arbeits- als auch kapitalintensiver Industrien auf. Und selbst der weiterhin zunehmende Dienstleistungssektor wuchs außerhalb der größten europäischen Städte wesentlich schneller, allerdings vorwiegend im Hinblick auf die verbraucherorientierten

[111] *L. Mecking,* Die Entwicklung der Großstädte in Hauptländern der Industrie, Hamburg 1949, S. 89.
[112] *P. Hall,* Die Zukunft der Metropolen, in: *K. Schwarz* (s. A 100), S. 38.

Tab. 3: Stadtgebiet, Agglomeration und Bevölkerung Berlins sowie 25 deutscher Großstädte 1871-1900.

	Fläche (ha)	*Bevölkerung auf dem Stadtgebiet: 1871*		*1890*		*1900*		*der Agglomeration*[1]	
Berlin:									
1871	5 923	825 937	100,0	827 087	100,0	827 087	100,0	886 574	100,0
	100,0								
1880	6.061	1 119 360	135,5	1 122 498	135,7	1 122 498	135,7	1 250 615	144,1
	102,3								
1890	6 338	1 570 471	190,2	1 578 794	191,0	1 578 794	191,0	1 854 494	209,2
	107,0								
1900	6 333	1 865 121	226,0	1 888 848	228,4	1 888 848	228,4	2 534 021	285,8
	106,9								
Großstädte:									
1871	71 582	2 452 440	100,0	2 591 175	100,0	2 689 847	100,0	4 052 424	100,0
	100,0								
1880	74 605	3 153 313	128,6	3 384 854	130,6	3 551 194	132,0	5 313 970	131,1
	104,2								
1890	90 868	4 087 480	166,7	4 466 378	172,1	4 723 541	175,6	7 006 230	172,8
	126,9								
1900	116 898	5 168 539	210,8	5 712 192	220,4	6 158 459	229,0	9 390 530	231,7
	163,3								

Großstädte ohne Berlin. Aufgenommen sind für das Jahr 1900 folgende Großstädte: Aachen, Braunschweig, Bremen, Breslau, Chemnitz, Köln, Danzig, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Frankfurt a. Main, Hamburg, Hannover, Kiel, Königsberg, Leipzig, Magdeburg, Mannheim, München, Nürnberg, Posen, Straßburg, Stuttgart. Quelle: *S. Schott,* Das Wachstum der deutschen Großstädte seit 1871, in: *SJbdSt,* 11. Jg. (1903), S. 141–146.

[1] Gemeinden, die im Umkreis von 10 Kilometern vom Großstadtmittelpunkt entfernt liegen.

Dienstleistungsberufe.[113] Die Stadt- und Siedlungsgeographie sowie die Planungswissenschaften fassen diese Entwicklung im Begriff der »Stadt-Land-Verschiebung« zusammen, der theoretisch weitgehend ökonomisch fundiert wird, sei es nun als Produktionskosten- oder als »constraint-location«-Theorie, die von einem höheren Flächenbedarf der kapitalintensiven Industrien ausgeht, hervorgerufen durch das Bestreben, die menschliche Arbeitskraft fortwährend durch Maschinen zu ersetzen. Berlin, durch die politische Situation nach dem Zweiten Weltkrieg in einer extrem künstlichen Situation befangen, wird sich diesem langfristig durchsetzenden Prozeß nicht

[113] *D. Keeble,* Veränderungen in der Raumstruktur der Wirtschaft in Großbritannien und der Niedergang der Metropolen, in: *S. Schwarz* (s. A 100), S. 43 ff.

Tab. 4: Bevölkerungsgewinne deutscher Großstädte durch Eingemeindungen 1871–1900.

Stadt	*Einwohner im Jahre 1900 auf der Fläche von 1871*	*Gewinn durch Eingemeindungen*
Berlin	1 865 621	23 227
München	395 997	103 935
Dresden	328 877	67 269
		151 775 (1. 1. 1903)
Köln	242 857	129 672
Hannover	213 987	21 662
Frankfurt/M.	212 354	76 635
Nürnberg	211 277	49 804
Leipzig	191 834	264 292
		4 764 (1. 1. 1903)
Magdeburg	156 306	73 361
Chemnitz	145 767	61 146
Halle a. d. Saale	133 604	23 007
Bremen	127 038	36 259
		35 833 (1. 1. 1903)
Mannheim	120 080	21 067

Quelle: S. Schott (s. Tab. 3), S. 134.

entziehen können. Vermutlich werden die Strukturveränderungen in deutlich schnellerem Tempo als in den übrigen europäischen Metropolen Platz greifen, zumal die staatliche Standortförderung nach der Wiedervereinigung der Stadt nicht länger Medium einer die Wettbewerbsnachteile ausgleichenden Wirtschaftsförderung ist. Die Stadt-Landverschiebung hat in den westlichen Metropolen nicht die produktionsnahen Dienstleistungen berührt, ihre dominante Stellung als Zentren der ökonomischen und finanziellen Entscheidung blieb erhalten.[114] Das wiedervereinigte Berlin muß diese Funktion erst wiedergewinnen, so daß, trotz einer Bevölkerung von 3,5 Millionen Einwohnern, gegenwärtig kaum von einer Metropole gesprochen werden kann.

V

Die Modelle, Begriffe und Planungskategorien der Stadtgeographie, nicht minder die der systematischen Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, sind für die historiographische Forschung, soweit dürfte wohl Übereinstimmung herrschen, wichtige heuristische Mittel für die Untersuchung strukturgeschichtlicher Erscheinungen. Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß die Ansätze der Verhaltenswissenschaften, ins-

[114] Ebda., S. 45.

Tab. 3: Stadtgebiet, Agglomeration und Bevölkerung Berlins sowie 25 deutscher Großstädte 1871-1900.

	Fläche (ha)	*Bevölkerung auf dem Stadtgebiet: 1871*		*1890*		*1900*		*der Agglomeration*[1]	
Berlin:									
1871	5 923	825 937	100,0	827 087	100,0	827 087	100,0	886 574	100,0
	100,0								
1880	6.061	1 119 360	135,5	1 122 498	135,7	1 122 498	135,7	1 250 615	144,1
	102,3								
1890	6 338	1 570 471	190,2	1 578 794	191,0	1 578 794	191,0	1 854 494	209,2
	107,0								
1900	6 333	1 865 121	226,0	1 888 848	228,4	1 888 848	228,4	2 534 021	285,8
	106,9								
Großstädte:									
1871	71 582	2 452 440	100,0	2 591 175	100,0	2 689 847	100,0	4 052 424	100,0
	100,0								
1880	74 605	3 153 313	128,6	3 384 854	130,6	3 551 194	132,0	5 313 970	131,1
	104,2								
1890	90 868	4 087 480	166,7	4 466 378	172,1	4 723 541	175,6	7 006 230	172,8
	126,9								
1900	116 898	5 168 539	210,8	5 712 192	220,4	6 158 459	229,0	9 390 530	231,7
	163,3								

Großstädte ohne Berlin. Aufgenommen sind für das Jahr 1900 folgende Großstädte: Aachen, Braunschweig, Bremen, Breslau, Chemnitz, Köln, Danzig, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Frankfurt a. Main, Hamburg, Hannover, Kiel, Königsberg, Leipzig, Magdeburg, Mannheim, München, Nürnberg, Posen, Straßburg, Stuttgart. Quelle: *S. Schott,* Das Wachstum der deutschen Großstädte seit 1871, in: *SJbdSt,* 11. Jg. (1903), S. 141–146.

[1] Gemeinden, die im Umkreis von 10 Kilometern vom Großstadtmittelpunkt entfernt liegen.

Dienstleistungsberufe.[113] Die Stadt- und Siedlungsgeographie sowie die Planungswissenschaften fassen diese Entwicklung im Begriff der »Stadt-Land-Verschiebung« zusammen, der theoretisch weitgehend ökonomisch fundiert wird, sei es nun als Produktionskosten- oder als »constraint-location«-Theorie, die von einem höheren Flächenbedarf der kapitalintensiven Industrien ausgeht, hervorgerufen durch das Bestreben, die menschliche Arbeitskraft fortwährend durch Maschinen zu ersetzen. Berlin, durch die politische Situation nach dem Zweiten Weltkrieg in einer extrem künstlichen Situation befangen, wird sich diesem langfristig durchsetzenden Prozeß nicht

[113] *D. Keeble,* Veränderungen in der Raumstruktur der Wirtschaft in Großbritannien und der Niedergang der Metropolen, in: *S. Schwarz* (s. A 100), S. 43 ff.

Tab. 4: Bevölkerungsgewinne deutscher Großstädte durch Eingemeindungen 1871–1900.

Stadt	*Einwohner im Jahre 1900 auf der Fläche von 1871*	*Gewinn durch Eingemeindungen*
Berlin	1 865 621	23 227
München	395 997	103 935
Dresden	328 877	67 269
		151 775 (1. 1. 1903)
Köln	242 857	129 672
Hannover	213 987	21 662
Frankfurt/M.	212 354	76 635
Nürnberg	211 277	49 804
Leipzig	191 834	264 292
		4 764 (1. 1. 1903)
Magdeburg	156 306	73 361
Chemnitz	145 767	61 146
Halle a. d. Saale	133 604	23 007
Bremen	127 038	36 259
		35 833 (1. 1. 1903)
Mannheim	120 080	21 067

Quelle: S. Schott (s. Tab. 3), S. 134.

entziehen können. Vermutlich werden die Strukturveränderungen in deutlich schnellerem Tempo als in den übrigen europäischen Metropolen Platz greifen, zumal die staatliche Standortförderung nach der Wiedervereinigung der Stadt nicht länger Medium einer die Wettbewerbsnachteile ausgleichenden Wirtschaftsförderung ist. Die Stadt-Landverschiebung hat in den westlichen Metropolen nicht die produktionsnahen Dienstleistungen berührt, ihre dominante Stellung als Zentren der ökonomischen und finanziellen Entscheidung blieb erhalten.[114] Das wiedervereinigte Berlin muß diese Funktion erst wiedergewinnen, so daß, trotz einer Bevölkerung von 3,5 Millionen Einwohnern, gegenwärtig kaum von einer Metropole gesprochen werden kann.

V

Die Modelle, Begriffe und Planungskategorien der Stadtgeographie, nicht minder die der systematischen Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, sind für die historiographische Forschung, soweit dürfte wohl Übereinstimmung herrschen, wichtige heuristische Mittel für die Untersuchung strukturgeschichtlicher Erscheinungen. Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß die Ansätze der Verhaltenswissenschaften, ins-

[114] Ebda., S. 45.

besondere die Entwicklung von Typologien und Modellen, im Zusammenhang administrativer Bedürfnisse entstanden sind und als Instrumente zur Beobachtung von Wachstums- bzw. Agglomerationsprozessen auf die Planungsanliegen staatlicher Verwaltungen oder privatwirtschaftlicher Verbände eingehen. So haben die in den USA erarbeiteten »Standard Metropolitan Statistical Areas«, die in Deutschland als Vorbild für die Konzeption der Stadtregion diente, vornehmlich die Funktion, von seiten der amtlichen Statistik Informationen über die Bevölkerung, Industrie, Wohnverhältnisse etc. zu sammeln und sie für die staatliche Administration, aber auch für die Wirtschaft bereitzustellen. Die Indikatoren einzelner Merkmale und Kennzeichen werden von den empirischen Verhaltenswissenschaften nicht historisch abgeleitet, sondern in der Thematisierung gegenwärtiger Situationen »willkürlich« festgelegt. Da sie in der glücklichen Lage sind, sowohl ihre Theorien als auch ihre Faktoren und Indikatoren »experimentell« oder durch Beobachtung zu überprüfen, besteht weitgehend die Möglichkeit, empirisch fundierte Korrekturen vorzunehmen. Ein weiteres Problem, das vor allem die Historiographie ansprechen sollte, ist das der Verallgemeinerung von Modellen. Die sozialökologischen Paradigmen der zwanziger und dreißiger Jahre beziehen sich ausschließlich auf die Situation nordamerikanischer Städte in der Zwischenkriegszeit. Sie sind damit an ein bestimmtes Raum-Zeit-Kontinuum und an spezifisch politisch-administrative Gegebenheiten gebunden, die schon Vergleichen formale Schwierigkeiten bereiten, eine Übertragung der Aussagesysteme auf andere politische und kulturelle Systeme jedoch unmöglich machen.[115] Burgess' »Concentric Zone Theory« ist nicht viel mehr als eine am Beispiel Chicagos entwickelte »theoretische Abstraktion der funktionalen Stadtentwicklung«,[116] deren grundlegende Kategorie, die Zone, nicht in der Wirklichkeit besteht. Wie auch bei Hoyts »Sector Theory« ist es grundlegend problematisch, den formalen Siedlungsgrundriß zu eng mit der funktionalen Siedlungscharakteristik zu kombinieren. Harris und Ullmanns »polynuclear theory« geht von der Bindung des innerstädtischen Raumgefüges an die historische Entwicklung aus, womit der Stadt ihre historische Dimension zurückgegeben wird. Das Mehrkernmodell, das sich nicht wie bei Burgess und Hoyt »um die Verortung verschiedener Sozialschichten im Stadtraum, sondern um die räumliche Differenzierung des Arbeitsstättenfaktors«[117] bemüht, stellt weniger den Versuch dar, einen funktionalen Grundriß der Stadt aufzustellen, als einen formalen, zeitlich determinierten Querschnitt innerhalb der Stadtentwicklung zu erarbeiten. Im Anschluß an die idealtypischen Schemata der Sozialökologie wurde versucht, durch eine komplexere Aufnahme sozialer und ökonomischer Daten sowie umfassenderen empirischen Überprüfungen, ein differenzierteres Abbild städtischer Strukturen zu gewinnen. Die gewonnenen Daten unterzog man, um Merkmale der Stadtareale zu eruieren, einer Faktorenanalyse. Auf diese Weise konnten die Stadtstrukturen durch Faktoren wie ökonomischer Status, Lebenszyklen, soziokulturelle Verteilungsmuster oder ethnischer Status näher charakterisiert werden, teilweise war man bestrebt, durch die Verbindung von Faktorenanalyse und Stadtmodell zu differenzierteren idealtypischen Darstellungen zu kommen.[118] Kritische Vorbehalte gegenüber solchen Arbeiten sind im Hinblick auf die Datenaufnahme überhaupt angebracht, da einerseits ein umfassender Zugang zu allen Strukturdaten nicht möglich ist, andererseits die Beschränkung auf leicht zu quantifizierende und statistisch aufzubereitende städtische Gegebenheiten die Aussagekraft der Analysen von vornherein einschränkt.

Die Stadthistoriographie hat sich neben ihren Bemühungen um das »Typische und Strukturelle«[119] stets bewußt zu machen, daß das innere Gefüge einer Stadt Resultat menschlichen Verhaltens und damit einer Vielzahl von Handlungsmotiven verpflichtet ist, die nicht allein durch statistische Aufbereitungen und Analysen zu erfassen sind.[120] Die subjektiven Entscheidungsprozesse stehen wiederum in einem komplexen Zusammenhang mit der politischen Verfaßtheit, der administrativen Praxis, mit Interessen und Interessensbildungen sowie rechtlichen Gegebenheiten. Für die Entwicklung einer Stadt oder einer urbanen Agglomeration sind, insbesondere wenn die Verankerung der Gemeinde im Staatsaufbau verfassungsrechtlich gesichert ist, die politisch-administrativen Determinanten von außerordentlicher Bedeutung. Das Bau- und Bodennutzungsrecht, die Grundbesitzverhältnisse, die Bebauungspläne und Verkehrsplanung, die kommunale Boden- und Finanzpolitik, die Wohnungswirtschaft und Wohnungspolitik nehmen auf den Stadtausbau maßgeblichen Einfluß und machen ihn zu einem von administrativen Setzungen durchdrungenen Prozeß, der selbst dann noch sein Gesicht beibehält, wenn der Privatinitiative größere Handlungsräume überlassen werden. Bei der Stadterweiterung und Vorortbildung kann die Verwaltung eine integrierende Funktion übernehmen.

Am deutlichsten tritt der administrative Einfluß bei den planmäßigen Stadterweiterungen und der Anlage von Vorstädten hervor. Möglich ist auch die vorauseilende Stadterweiterung, bei welcher die Administration ausgedehnte Agrarflächen als Baulandreserve in das Stadtgebiet eingliedert. Die verfassungsrechtliche Schranke der Stadtgrenze erweist sich mitunter als desorganisierendes Element, welches das Wachs-

[115] Ohne jede kritische Eröterung die »sozialökologische« Untersuchung *I. Thienels* (s. A 59), S. 17 f.
[116] *J. M. Kreße* (s. A 62), S. 7; vgl. auch *D. Timms,* The Urban Mosaic, Cambridge 1971, S. 222 ff.; *J. Friedrichs,* Großstadtforschung in den USA, in: *E. Pfeil* (s. A 44), S. 101 ff.
[117] *E. Lichtenberger* (s. A 8), Bd. 1, S. 58.
[118] Vgl. *D. Rees,* Concepts of Social Space; Towards an Urban Social Geography, in: *B. Berry / F. Horton* (Hrsg.), Geographic Perspectives of Urban Systems, Englewood Cliffs 1970, S. 306–396; *R. Murdie,* Factorical Ecology of Metropolitan Toronto, Chicago 1969.
[119] *W. Conze,* Die Strukturgeschichte des technisch-industriellen Zeitalters als Aufgabe für Forschung und Unterricht, Köln – Opladen 1957, S. 18 f.
[120] *I. Thienel* (s. A 59), S. 15.

tum von Vorort und Stadt ungeplant verlaufen läßt und in Gemeinschaft mit einer restriktiven Eingemeindungspolitik zu einer »Versteinerung historischer Stadtgrenzen«[121] führt. Die Expansion städtischer Siedlungen wird in solchen Fällen nicht von einer kongruenten administrativen Inkorporation begleitet, so daß sich im Einflußbereich der Kernstadt selbständige städtische Gebilde entwickeln, die Bestandteil einer größeren Agglomeration sind. Die Zusammenfassung von Vororten und Kernstadt unter einer städtischen Verwaltung steht dann erst am Ende der Vorortentwicklung.[122]

Die Eingemeindung ist nun keineswegs als eine Funktion der Suburbanisierung zu betrachten, vielmehr treten in urbanen Agglomerationen die rechtlich-administrativen Regulative in Konkurrenz zu einem Verstädterungsprozeß, der verfassungsrechtlich vom Stadtbegriff geprägt ist. Mit der Absage an inkorporierende Verwaltungsakte können Ordnungsvorstellungen verbunden sein, welche für die urbanisierte Region nicht mehr auf das Leitbild »Stadt« als rechtlich-korporative Ganzheit abzielen, sondern, nicht zuletzt unter der Maßgabe politischer Zielsetzungen, von der Agglomeration ausgehen und sich unter der Wirkung ihrer Gegebenheiten um adäquatere Verwaltungsformen bemühen. Der Raum einer Metropole, insbesondere wenn sie historisch gewachsenes Entscheidungs- und Verwaltungszentrum eines Landes mit starker ökonomischer Wirkung ist, muß hierbei als hervorragendes Beispiel angesehen werden. Die Hauptstadt- und Residenzfunktion einer »Großstadt« hat im Zeitalter des Absolutismus administrative Einflußnahmen zum Zuge kommen lassen, die staatlich bzw. landesherrlich veranlaßt waren. Sie schufen ein mittelbares administratives Gerüst, das bereits über den bloßen Stadtraum hinausgriff, aber auch durch Hoheitsakte das Stadtgebiet neu definieren konnte. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die absolutistische Landeshauptstadt keineswegs vom Bild eines festumrissenen Stadtgebiets ausging, das den Raum einer Stadt rechtlich und verwaltungsmäßig genau festlegte. Es gab vielmehr einen offenen Übergang zum Umland und in einzelnen Bereichen verwaltungsmäßige Bindungen, die sich nicht an den Grenzen des engeren Stadtgebiets orientierten. Erst die Verwaltungsreformen zu Beginn des 19. Jahrhunderts führen zu einer exakten Definition der Weichbildgrenze und des Wirkungsbereiches der metropolitanen Verwaltung. Wie im Falle Berlins jedoch gezeigt werden kann, bleiben die früheren staatlich motivierten administrativen Bindungen an das Umland bestehen. In neuer Form, das heißt verfassungspolitisch fixiert, schaffen sie ein Geflecht mittelbarer administrativer Verknüpfung, welches auf die Agglomeration abzielt und unter verschiedenen, zeitlich und entwicklungsmäßig determinierten Gesichtspunkten, den metropolitanen Raum verwaltungsmäßig organisiert. Mit der urbanen Verdichtung des Raums im Zeitalter der Hochindustrialisierung und der Unerläßlichkeit interkommunaler Eingriffe auf Grund der sich aus der Größe des Verstädterungsprozesses ergebenden Ordnungs- und Versorgungsprobleme erweist sich die mittelbare Verwaltung der Stadtregion ebenso als wichtiges Instrument der Stadtentwicklung wie sie unter sachlichen Zielsetzungen das Gebiet der Agglomeration vereinigt, ohne daß hierzu eine auf den verfassungsrechtlich definierten Stadtraum bezogene Verwaltungsform etabliert wird. So ist zwar Busso von der Dollen zuzustimmen, daß Eingemeindungen häufig erst am Ende der Vorortbildung stehen, die administrative Praxis, einerlei, ob sie von kommunaler oder staatlicher Seite ausgeht, schafft jedoch in urbanen Verdichtungsräumen mehr oder weniger enge Verbindungen zwischen Kernstadt und Umland, mit denen Organisationsversuche einhergehen, welche die Eingemeindung selbst zur Disposition stellen. Sie erscheint nur als eine Form administrativer Integration, aber nicht als die einzig mögliche. Der Prozeß der Metropolanisierung mit seinen aus sachlichen Ursachen erwachsenden Ordnungs- und Regulierungsproblemen löst auf der verwaltungsmäßigen Ebene einen mehrschichtigen Konflikt aus. Die allgemeine Notwendigkeit einer räumlich-funktionalen Administration tritt nicht nur in Widerspruch zu den überkommenen Verwaltungsstrukturen städtischer Gemeinden, sondern durch die Konfrontation zwischen der mittelbaren staatlichen und der kommunalen Verwaltung einerseits, den verschiedenen örtlichen Verwaltungen andererseits bauen sich Barrieren für die Handhabung der Regelungsbedürfnisse auf, zu deren Beseitigung in langwierigen Auseinandersetzungen neue rechtliche Lösungen gefunden werden müssen. Besondere Berücksichtigung muß in diesem Zusammenhang noch die staatliche Einflußnahme auf die Entwicklung der Stadtregion finden: Die Bauordnungen und Bebauungspläne, die Begleitung von infrastrukturellen Projekten oder wasserwirtschaftlichen Maßnahmen, sind als Elemente der Stadtplanung und des Städtebaus oder als Kennzeichen raumordnender und landesplanerischer Aktivitäten, mithin als integrale Bestandteile der Stadtentwicklung zu deuten.

[121] *E. Lichtenberger* (s. A 8), S. 46; Vgl. auch *B. von der Dollen* (s. A 3), S. 38 f.
[122] Vgl. *M. Reichert* (s. A 20), S. 125.

Alena Janatková

Die Gegenwart des Baudenkmals

Denkmalpflegekonzeptionen am Beispiel der Stadterneuerung von Prag

> *Prag. Rauhe Königin, die den traurigen Flitter ihrer Vergangenheit ausziehen und sich aus ihrem Kern heraufarbeiten möge zu einer mächtigen Darstellerin von Demokratie und Arbeit. Die Burg würde sie unter dem kunstmusealen Aspekt lieben, wie wir die griechischen Tempel lieben und die ägyptischen Katzen aufbewahren, deren Geist entwichen ist... Die fünf sechs mittelalterlichen Höhlen, welche sie den Stolz ihrer Kirchenbaukunst nennt, würde sie zusammen mit den Palästen in ihrem weitläufigen Grundriß einfassen, in die mächtigen Blöcke ihrer Straßen, wie wir in einem modern eingerichteten Zimmer antiquarische Wunderwerke aufstellen...*[1]

»Bestia triumphans« lautete in Prag Ende des 19. Jahrhunderts jener Warnruf, den der Schriftsteller Vilém Mrštík stellvertretend für die Beschützer des alten Prag verbreitete. Denn trotz aller durch die Künstlervereinigung Umělecka Beseda und den Architekten- und Ingenieurverband Böhmens geäußerten Kritik am Sanierungsvorhaben insbesondere in der Prager Altstadt wurde 1896 mit dem Abriß der ersten Altbauten begonnen (Abb. 1).

Mit dem 1899 erfolgten Abbruch von drei barocken Häusern im nördlichen Bereich am Altstädter Marktplatz schließlich wurde, so kommentierte rückblickend der Architekt Pavel Janák, »die Erhaltung der altertümlichen Erscheinung von Prag zur Angelegenheit des öffentlichen Interesses«.[2]

1. Das Baudenkmal im Zeitalter der Moderne

Damals setzte ein Kampf um das alte Prag ein, der unter Rücksichtnahme auf die historische Stadt grundsätzliche Positionen der zeitgenössischen Architektur- und Denkmalpflegetheorie wiedergibt. Schien zunächst der Historismus die geeigneten Mittel bereitzuhalten, trotz erfolgtem Abriß das alte Prag durch historistische Kopie zu »erhalten«, so wurde um die Jahrhundertwende die Historismuskritik für die Beiträge der Architekten wegweisend. Letztlich war selbst für den Lehrmeister dieser Architekten, für den Wiener Verfechter der Moderne Otto Wagner, die Existenzbe-

[1] *J. Hilbert,* Praha minulá a budoucí (Das vergangene und zukünftige Prag), in: *Volné směry* 4 (1899–1900), S. 65 f.
[2] Vgl. *P. Janák,* »Praha XIX á. století (Prag des 19. Jahrhunderts), in: Jak rostla Praha, Bd. 2, Praha 1939, S. 57.

Abb. 1: Výstava architektůry a inženýrtsví jen v Praze (Architektur- und Ingenieurbauausstellung nur in Prag), aus: *Petrkliče* 1898, S. 15.

rechtigung der historischen Stadt unumstritten: die »pietätvolle Erhaltung der überlieferten Werke der Kunst, eine peinliche Erhaltung ihrer Umgebung mit Rücksicht auf die stets so wohlerwogene Sehdistanz«[3] war ihm ebenso wichtig wie sein denkmalpflegerischer Anspruch, »die überlieferten Werke, wie Juwelen in passende Fassung (zu) bringen, damit sie uns erhalten bleiben, als plastische Illustrationen der Geschichte der Kunst«.[4] Wagners Forderung aber nach einer der modernen Zeit gemäßen modernen Form von Architektur setzte gleichfalls – jenseits aller historisierenden Wiederherstellungsmaßnahmen – neue Maßstäbe im Umgang mit den Baudenkmälern.

[3] Vgl. *O. Wagner,* Moderne Architektur, Wien 1896, S. 96.
[4] Vgl. ebda., S. 101.

Das problematische Verhältnis von Neuschöpfen und Bewahren, beziehungsweise von »Neuheitswert« und »Alterswert« hatte der Wiener Kunsthistoriker und Denkmalpfleger Alois Riegl in seinem Aufsatz »Über den modernen Denkmalkultus« grundlegend thematisiert[5] und sollte sodann nachhaltig den Prager Denkmalschutz beeinflussen.[6] Riegl bestimmte den Denkmalwert eines Gebildes ausschließlich durch dessen Bedeutung für die Gegenwart. Ein historisches Objekt wurde nunmehr insbesondere aufgrund seines Alterswertes, von dem der »erlösende Eindruck des naturgesetzlichen Werdens und Vergehens« ausging, zum Denkmal erklärt.[7] Die Wertschätzung der in Auflösung befindlichen Form hatte ihren Gegenpart in dem Neuheitswert des neugewordenen Menschenwerkes. Alterswert und Neuheitswert wurden als die gegensätzlichen, einander gegenseitig bedingenden Qualitäten eines natürlichen Organismus aufgefaßt: »Das auf dem Alterswert beruhende ästhetische Grundgesetz unserer Zeit läßt sich sonach folgendermaßen formulieren: von der Menschenhand verlangen wir die Herstellung geschlossener Werke als Sinnbilder des notwendigen und gesetzlichen Werdens, von der in der Zeit wirkenden Natur hingegen die Auflösung des Geschlossenen als Sinnbild des ebenso notwendigen und gesetzlichen Vergehens.«[8] Die hier formulierte Entgegenstellung Neuheitswert – Alterswert wurde um 1910 den in Prag tätigen Architekten zur Herausforderung für das eigene Schaffen.

Die unterschiedlichen Denkmalschutzkonzeption für Prag im Zeitraum 1900–1970 finden sich bei Ivo Hlobil umfassend dargestellt.[9] Im folgenden gilt hingegen die Aufmerksamkeit nur einem speziellen Aspekt der Denkmalpflege in Prag, nämlich dem Stellenwert des Baudenkmals während der Stadterneuerung Anfang dieses Jahrhunderts und den differierenden Vorstellungen betreffend seiner Inszenierung.

2. *Stadterneuerung als Zerstörung nationaler Identität*

Um die Jahrhundertwende waren die Schriftsteller Vilém Mrštík und Jaroslav Hilbert als Fürsprecher eines alten beziehungsweise eines neuen Prag gegeneinander aufgetreten.

[5] Vgl. *A. Riegl,* Der moderne Denkmalkultus, sein Wesen, seine Entstehung (1903), in: *ders.,* Gesammelte Aufsätze, Augsburg 1929, S. 144–193.

[6] »Der Alterswert«, ein Ausschnitt aus Riegls Aufsatz »Über den modernen Denkmalkultus«, wurde gleich im ersten Jahrgang von *Styl* (1908/09) in Übersetzung vorgestellt, vgl. *ders.,* Cena stáří (Der Alterswert), in: *Styl* 1 (1908/09), S. 62–64. Der Riegl'sche Denkmalbegriff war jedoch bereits um 1905 zur Maxime der Prager Denkmalschutzvereinigung *Klub za Starou Prahu* erhoben worden; vgl. dazu *Z. Wirth,* Dvacetpět let Klubu za Starou Prahu (Fünfundzwanzig Jahre des Klub für das Alte Prag), in: *Za Starou Prahu* 11 (1926), S. 2.

[7] Vgl. *N. Huse,* Denkmalpflege. Deutsche Texte aus drei Jahrhunderten, München 1984, S. 126f.

[8] *A. Riegl,* (s. A 5), S. 162.

[9] Vgl. *I. Hlobil,* Teorie městských památkových rezervací (Die Theorie der städtischen Denkmalschutzreservate), Prag 1985.

In seiner empörten Streitschrift für das alte Prag suchte Mrštík 1897 seine Argumentation gegen die Sanierungsmaßnahmen vordergründig auf dem nationalen Stellenwert der historischen Stadt und ihrer Baudenkmäler zu begründen. Mrštíks Besinnung auf den nationalen Denkmalwert war in Übereinstimmung mit der Denkmalpflege des 19. Jahrhunderts geschehen. Von Georg Dehio wurde dieser Denkmalwert als Befreiung von ästhetischen Werturteilen vorausgehender Jahrhunderte 1905 nochmals bestärkt.[10] Gänzlich in seiner nationalen Sichtweise befangen deutete Mrštík die Abrisse im Bereich des historischen Prag vordergründig als den Endpunkt einer sukzessiven Zerstörung der nationalen Identität. Der Abriß von Bauwerken sollte gemäß Mrštík nur folgerichtig die Verdrängung von Trachten, Volksdichtung, Volkskunst und eines sich vermeintlich zuvor seit Jahrhunderten richtig entwickelnden nationalen Geschmacks überhaupt abschließen.[11] Diese nationale Vereinnahmung einer Stadt, die in Wirklichkeit aufgrund ihrer historischen Bedeutung als Metropole und in der sozialen Struktur wie der künstlerischen Gestalt weitgehend international geprägt war sowie Mrštíks Wettern gegen eine von ihm proklamierte Entnationalisierung durch fremde Einflüsse wie die deutschen »Wohnmaschinen«[12] brachten dem Schriftsteller den Vorwurf einer schreierischen, absolutistischen und unkritischen Vorgehensweise ein.[13]

3. *Der kunstmuseale Aspekt des Baudenkmals*

Jaroslav Hilbert sah sich durch Mrštík und seine Verbündeten zur Verteidigung des neuen, modernen Prag herausgefordert. Seine Stellungnahme präsentierte er 1900 in der sezessionistischen Zeitschrift Volné směry. Hilberts Vision der modernen Stadt war durch einen radikalen Bruch mit der Vergangenheit gekennzeichnet: Nicht als Gefangener von Verendeten wolle er das Leben in deren engen, kalten Zellen fristen. Statt dessen ersehnte Hilbert ein größzügiges, luftiges, reges und fortschrittliches Prag. Im Gegenzug zu Mrštík wurde hier nicht mehr das Klagen um die Zerstörung des mittelalterlichen Paris nachempfunden, als Vorbild galt das positiv gewertete Haussmann'sche Paris der großzügigen und freies Atmen gewährenden Straßenfluchten.

[10] Vgl. *G. Dehio,* Denkmalschutz und Denkmalpflege im neunzehnten Jahrhundert, in: *N. Huse* (s. A 7), S. 140f.

[11] Vgl. *V. Mrštík,* Bestia triumphans, Praha 1897, S. 14ff.

[12] Ebda., S. 11 und S. 14; Mrštík hat sich dabei auf K. Havliček berufen, einen tschechischen Journalisten, der Mitte des 19. Jahrhunderts gerade die Wohnbauten der tschechischen Städte gegenüber »der schönen architektonischen Formenvielfalt« russischer Städte als »Wohnmaschinen« bezeichnet hatte. Dagegen wurden von Mrštík wegen des »altertümlichen Charakters eines slawischen Prag« nunmehr »deutsche Wohnmaschinen« gefürchtet; ebda., S. 22.

[13] Vgl. *anonym,* Ve ›Slově‹ připisuje tedy p. Mrštík (In ›Slovo‹ macht Herr Mrstik also die Zuschreibung), in: *Volné směry* 6 (1901/02), S. 114.

Zweckmäßigkeit lautete für Hilbert – wie für Otto Wagner und Jan Kotêra[14] – die Grundforderung an die Architektur. Von einem modernen Prager Bewohner sollten »die Hausfassaden [...] dank ihres Zweckes als mächtig, und ihrer Liebe zum Zweck (wegen) als schön« aufgefaßt werden.[15] Dennoch hatte Otto Wagner auch den vergangenen Zeiten und deren Stilen ein Daseinsrecht zugebilligt und in historischen Stadtbereichen die Erhaltung der überlieferten Werke samt ihrer Umgebung befürwortet. Wagner hatte sich zudem auch als Theoretiker der Moderne für Tradition und gegen einen Bruch mit der Vergangenheit ausgesprochen.[16] Aufgrund von gesellschaftspolitischen Überlegungen wählte Hilbert hingegen eine radikalere Position, er wollte ausschließlich die hervorragenden Einzelwerke wie die Burg und ihre »vom Trödel befreite tote Architektonik« im kunstmusealen Sinne ausgestellt wissen. Gleich den antiquarischen Wunderwerken in einer modernen, geräumigen Wohnung sollten diese Baudenkmäler in die modernen Wohnblöcke eines demokratischen und von Arbeit beherrschten Prag eingefügt erscheinen.[17] Einer ästhetisch motivierten Liebhaberei und Sammelleidenschaft zuliebe wurden somit Zugeständnisse an die Vergangenheit gemacht, die in der gesellschaftlichen wie der politischen Gegenwart gemäß Hilbert doch eher kurios anmuteten.

4. *Die historisierende Stadterhaltung*

Die durch den Stadtrat beschlossenen Sanierungsmaßnahmen nötigten auch die am Ort tätigen Architekten zu Stellungnahmen. 1896 wurde eine vorwiegend aus Architekten bestehende Kunstkommission mit beratender Funktion bei der Sanierung ins Leben gerufen,[18] die bis zu ihrer Auflösung im Februar 1898 eine durch den historischen Ort unmittelbar bedingte historisierende Architektur befürwortete. Um bei Abrissen die altertümliche Erscheinung trotz Neubau sicherzustellen, wurde von der Kunstkommission die Kopie einzelner Motive des Vorgängerbaues zum Mittel einer »Erhaltung« des historischen Bauwerkes empfohlen. Nachdem der bis auf das Rathaus durch barocke Fassaden vereinheitlichte Altstädter Marktplatz[19] im nördlichen

[14] Vgl. *O. Wagner* (s. A 3), S. 55 und *J. Kotěra,* »O novém uměni« (Über die neue Kunst, in: *Volné směry* 4 (1899/1900), S. 189 ff.
[15] Vgl. *J. Hilbert* (s. A 1), S. 69.
[16] Vgl. *O. Wagner* (s. A 3), S. 39.
[17] *J. Hilbert* (s. A 1), S. 63 ff.
[18] Die Kunstkommission wurde auf die Initiative der Künstlervereinigung Umělecka Beseda und des Architekten- und Ingenieurverbandes hin eingerichtet. Beteiligt waren die Architekten Bělsky, Fanta, Koula, Polívka, Rozšlapil, Ohmann, Stibral, Schulz, Zítek, sowie der Bildhauer Klouček; vgl. *anonym,* Zprávy umělecke (Kunstnachrichten), in: *Volné směry* 1 (1896/97), S. 97.
[19] Die Barockisierung hatte nach 1684 mit dem Neubau des Paulanerkonventgebäudes eingesetzt. Diesem waren die Vereinheitlichung der Platzfassaden und schließlich das von Kilian Ignaz Dientzenhofer entworfene und nach dessen Tod 1765 vollende Palais Goltz-Kinsky gefolgt; vgl. *E. Poche,* O stavebním a historickém vývoji Staroměstského náměsti (Über die bauliche und historische Entwicklung des Altstädter Marktplatzes), in: *Umění* 36 (1988), S. 394 f.
[20] Ebda., S. 398.
[21] Vgl. ebda. Der für die Fassade des Neubauprojekts verantwortliche Architekt R. Kříženecký, damals ebenfalls die Restaurierungsarbeiten an der benachbarten Kirche St. Nikolaus leitend, wurde gleichzeitig mit dem Fassadenentwurf zum Neubau auf der gegenüberliegenden Seite der Nikolauskirche, an der Nordseite des Altstädter Rings / Ecke Mikulášská (jetzt Pařížská), betraut. Auch hier, wie bereits am Prälaturgebäude, wurden in Gipsabgüssen Details der Vorgängerbauten aufgenommen und an der neuen Fassade rezipiert; vgl. dazu *I. Gloc,* Architektur der Jahrhundertwende in Prag. Zur Geschichte der Architektur zwischen Eklektizismus und Moderne im Spiegel der Sanierung der Prager Altstadt, Alfter 1994, S. 40 ff.

KLÁŠTER SV. MIKULÁŠE S KOSTELEM — STARÝ STAV.

Abb. 2: Ansicht der Prälatur des St. Nikolaus-Klosters am Altstädter Markt, aus: *Volné směry* 2, 1898, S. 91.

III. NOVÝ TŘÍPATROVÝ DŮM S KOSTELEM SV. MIKULÁŠE. DLE NÁVRHU ARCH. R. KŘÍŽENECKÉHO.

Abb. 3: R. Kříženecký, Entwurf für ein Mietshaus an der Stelle der Prälatur des St. Nikolaus-Klosters am Altstädter Markt, aus: *Volné směry* 2, 1898, S. 95.

Bereich während der Sanierungmaßnahmen 1896–1900 beeinträchtigt worden war, wurde für die anschließend entstehenden Neubauten gemäß des Stadtratbeschlusses der »barocke Stil bei Wiederverwendung von Motiven der Vorgängerbauten« zur Verpflichtung, »damit der malerische Ortscharakter nicht leide und der nördliche Bereich dieser Platzanlage im Grunde erhalten bleibe«.[20]

Gerade diese Vorgabe bedeutete ein Zugeständnis hinsichtlich der seitens der Kunstkommission geäußerten Anforderungen. Als 1896 der Abriß der von Kilian Ignaz Dientzenhofer erbauten Prälatur des St. Nikolaus-Klosters am Altstädter Markt erfolgt war, holte die Kunstkommission beim Stadtrat das Einverständnis ein, für den geplanten Neubau eines Mietshauses die Motive der alten Prälatur wiederaufzunehmen (Abb. 2 u. 3).[21]

Und als allem Widerstand zum Trotz im Januar 1899 wiederum drei barocke Gebäude im nördlichen Bereich am Altstädter Markt zum Abriß freigegeben wurden, schlug der damalige Bürgermeister Podlipný als Zeichen guten Willens vor, eine Fassadenkopie des architektonisch wertvollsten der abzureißenden Häuser dem im Stil der Prager Sezession geplanten Versicherungspalast einzuverleiben.[22] So wurde allmählich die Nordfront des Altstädter Rings durch Neubauten mit historisierenden Fassadenrepliken beziehungsweise mit nachgebildeten Detailformen an sezessionistischen Fassaden wieder geschlossen.

5. Der Vorbildcharakter der alten Stadt für ein neues Prag

Die Erhaltung und weitere Pflege des altertümlichen Charakters von Prag war auch jene Zielsetzung, die den Prager Architekten Antonín Balšánek zur theoretischen Auseinandersetzung veranlaßte. In einer 1902 publizierten vergleichenden Architekturstudie über die »Giebel und Attikamotive in der tschechischen Renaissance«[23] suchte Balšánek entgegen einer angeblich »bedrohlichen Überflutung der lokalen Architekturtradition« insbesondere durch die Wiener Moderne Otto Wagners der heranwachsenden Architektengeneration hinreichende Muster aus der lokalen Architekturgeschichte und weiterführende Anregung für die Gestaltung eines neuen Prag zu geben.

Fünf Jahre später löste sich dann – wie in Prag bereits zuvor Friedrich Ohmann und Jan Kotêra – auch Balšánek von dem unmittelbaren Vorbildcharakter des historischen Beispiels. 1907 erschien sein Buch zur Dacharchitektur des barocken Prag, das »während der unmittelbar erlebten großzügigen Erneuerung unserer Metropole« eine Erkenntnis des »malerischen und altertümlichen Charakters von Prag« als Leitfaden für junge Architekten vermitteln sollte.[24] In seiner Anleitung zum Verständnis der Prager Barockarchitektur ist Balšánek von der ästhetischen, »malerischen« Wirkung der

[22] Vgl. *K. Bečková,* Asanace – zatracovaný a obdivovaný projekt obce Pražské« (Sanierung – das verdammte und bewunderte Projekt der Prager Gemeinde), in: *Pražska asanace,* Acta Musei Pragensis 93 (1993), S. 52. Abrißmaßnahmen aufgrund von Straßenerweiterungen wurden ebenfalls auf der gegenüberliegenden nördlichen Ostfront der Platzanlage / Ecke Dlouhá durchgeführt, die Fassade des Neubaues 609/1, der diese Stelle einnimmt, wurde 1905 von Jan Koula entworfen. Sie wiederholt die Pilastergliederung, segmentbogigen Fensterverdachungen und Dacherker des Vorgängerbaues. Seitlich dieses Eckhauses in Richtung Palais Goltz-Kinsky schließlich wurde durch Richard Klenka die Fassade des Neubaus 608/1 dem Vorgängerbau weitgehend nachgebildet; vgl. dazu *I. Gloc* (s. A 21), S. 40 ff.

[23] Vgl. *A. Balšánek:* Štíty a motivy attikové v české renesanci, Praha 1902; Balšánek hat dieses Buch dem (als Lehrer bezeichneten) Jan Koula und Antonin Wiehl gewidmet, die sich um die Traditionsbelebung von heimatlichen Denkmälern verdient gemacht und somit den Weg geebnet hätten zu einem eigenwilligen, heimischen Stil.

[24] Vgl. *A. Balšánek,* Architektůra střech doby barokové v Praze. Srovnávací studie architektonická (Die Dacharchitektur des Barockzeitalters in Prag. Eine vergleichende Architekturstudie), Prag 1907, S. 4.

Abb. 4: F. B. Werner, St. Nikolaus um 1740, aus: *Umělecké památky Prahy,* Staří Město – Josefov, Praha 1996, S. 97.

Einzelform ausgegangen, wobei er wie bereits Jacob Burckhardt[25] den »Eindruck des Malerischen« außer in der starken Schattenwirkung insbesondere an der »Abwechslung in den Linien« und der »Lebendigkeit« der (kurvierten Umriß-)Linien feststellte. Demselben ästhetischen Eindruck brachte nunmehr der Architekt Balšánek sein Interesse entgegen und machte sich die barocke Einzelform dienstbar. Sie verlor dabei ihre Bedeutung als Vorlage.

Der Stellenwert des alten Prag hatte sich damals bereits gründlich gewandelt: Die zeitgenössische Historismuskritik hatte inzwischen auch in Prag die Besinnung auf die architekturhistorischen Denkmäler neu bestimmt. Für die Architekten lautete die Zielsetzung nunmehr, den Charakter der historischen Stadt in moderner Form weiterzupflegen.

6. Stadterneuerung als adäquater Ersatz der historischen Situation

Die Beiträge zum dritten Wettbewerb für den Umbau des Altstädter Rathauses aus dem Jahre 1909 dokumentieren auf exemplarische Weise das neue Architekturverständnis in Zusammenhang des alten Prag. Als eine besondere Problemstellung galt dabei die durch die Sanierungsmaßnahmen bewirkte Loslösung von St. Nikolaus am Altstädter Markt aus der historischen Umbauung (Abb. 4).

Die wichtigsten Wettbewerbsteilnehmer Engel, Gočár, Hübschmann, Janák, Novotný und Sochor waren zu diesem Zeitpunkt Protagonisten der modernen Architektur Otto Wagners. Bezeichnenderweise setze daher ihr Projekt mit der inneren Disposition des zu entwerfenden Bauwerkes ein.[26] Zugleich wurde von den Wettbewerbs-

[25] Vgl. *J. Burckhardt,* Der Cicerone. Eine Anleitung zum Genuß der Kunstwerke Italiens, Neudruck der Urausgabe von 1855, Stuttgart 1978, S. 351.

[26] Dies wird insbesondere in dem Erläuterungsbericht von *A. Engel* deutlich, in: *Styl* 2 (1909/10), S. 35 f.

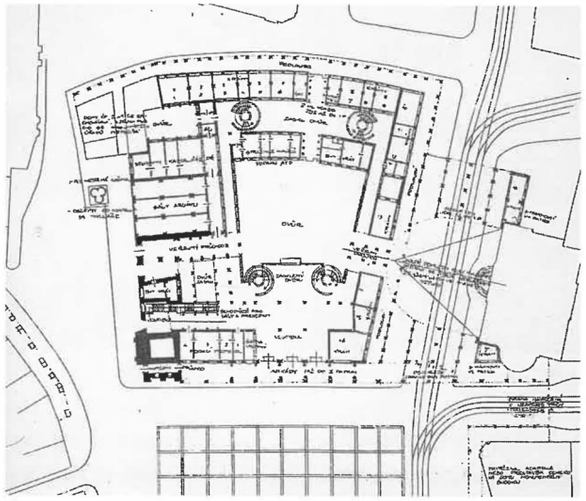


Abb. 5: P. Janák, Beitrag zum 3. Wettbewerb Altstädter, Grundriß Erdgeschoß, aus: *Styl* 2, 1909/10, S. 62.

teilnehmern für den modernen Erweiterungsbau die Eingliederung bzw. Unterordnung in den historischen Ort in Bauvolumen und Umriß, somit ein adäquater Ersatz der historischen Situation am St. Nikolaus gefordert.[27] Gemeinsam war den unterschiedlichen Vorschlägen die Bildung eines Platzes, welcher hinreichende Sehdistanz zur Kirchenfassade schaffen und auf diese Weise dem Baudenkmal entsprechende Wahrnehmungsbedingungen sichern sollte. Dieses Interesse wurde in Pavel Janáks Entwurf durch die Gestaltung einer nischenförmigen Platzanlage eingelöst, die seinem eigenen Kommentar zufolge die Bildung eines idealen Sehkegels zur Kirchenfassade bezweckte (Abb. 5). Die Respektierung der Disposition des Barockbauwerkes und seiner perspektivischen Fernwirkung fand hier einen entschiedenen Fürsprecher. In ihrer flachen und ungegliederten Fassadenform sollte die Platzarchitektur gemäß Janák zudem einen Gegensatz schaffen zu der scheinbar komplizierten Bewegung und Plastizität der Kirchenfassade. Der in Schatten gehüllte, umbaute Platz wurde damit zu einer Fassung für die nach Süden hin orientierte Kirchenfassade erklärt.

7. *Das kontrastierende Inszenieren des Baudenkmals im modernen Denkmalschutz*

Es war gerade Pavel Janák, der in Prag mit modernen Gestaltungsmitteln im Auftrag des Denkmalschutzes tätig wurde. Als 1910 die Prager Denkmalschutzvereinigung

[27] Nur Jože Gočár beabsichtigte die Silhouette der Prager Altstadt durch die Bildung einer neben der Teynskirche wirksamen, neuen vertikalen Dominante zu stören; vgl. ebda., S. 39. Die durch P. Nobile und P. Sprenger 1838–48 erbaute neogotische Ostfassade des Rathauses allerdings fand in keinem Entwurf eine Berücksichtigung, sie wurde stillschweigend aus den Entwürfen getilgt.

Klub Za Starou Prahu für die Erhaltung des barocken, ursprünglich von dem Bildhauer Matthias Braun von Braun erbauten und ihm auch gehörenden Wohnhauses eintrat, wurden von dem Klub die dort mitwirkenden Architekten mit der Ausarbeitung eines Umbauprojektes beauftragt. Unter Rücksichtnahme auf die Interessen der Hauseigentümer lautete dabei die Aufgabenstellung, den Fortbestand des barocken Fassadentorsos durch die Einverleibung eines modernen Mietshauses zu sichern. Hierzu legten Janák und Vlastislav Hofman Entwürfe vor, die noch im selben Jahr publiziert wurden (Abb. 6 und Abb. 7).

Die Präsentation des Neuheitswertes zeitgenössischer Architektur im ausdrücklichen Gegensatz zum Alterswert des historischen Denkmals dokumentiert in den genannten Projekten hervorragend die Wirksamkeit des Riegl'schen Denkmalkultus im Prager Denkmalschutzverein. »Wir verstehen also heute den Umbau und Weiterbau historischer Objekte derart, daß der Neubau im Fassadenentwurf, im Stil und der Proportion geradezu verpflichtet ist – ohne dabei seine künstlerische Eigenständigkeit einzubüßen – den alten künstlerischen Bauteil kontrastierend hervorzuheben« – dies wurde zu den publizierten Entwürfen kommentierend vermerkt.[28] Zum Ausdrucksmittel des Gegensatzes zwischen Alt und Neu wurde die architektonische Komposition erwählt. Gegenüber den akzentuierten Fassadenachsen des Barockhauses wurde beim Entwurf für den Neubau gänzlich auf eine achsiale Gliederung verzichtet; gegenüber der barocken Plastizität und ihrem Schmuckreichtum sollte die neue Architektur entmaterialisiert wirken, schmucklos sein.

8. *Von der modernen Architektur zur heimischen Tradition*

Janák wie Hofman hatten in ihren Entwürfen den barocken Bautorso durch eine moderne Architektur ergänzt, die diesem unvermittelt, dem Gebot von Zweckmäßigkeit folgend, aufgesetzt erschien. Noch im selben Jahr jedoch, 1910, begab sich Janák auf den Weg »Von der modernen Architektur zur Architektur« und bezog dabei erstmals Distanz zu der auf Otto Wagner zurückgehenden Moderne. Anstelle der Wagner'schen Utilität und Konstruktion sollte Janák zufolge die Poesie erneut als höchstes Element die Vorrangstellung einnehmen. Janák beanspruchte damit, eine vermeintliche – für Wagner keineswegs gegebene – Barriere zwischen der Moderne und den historischen Bauepochen aufzuheben.[29] Für die zukünftige Architektur stellte Janák in

[28] Vgl. *anonym,* Jak může býti Braunův dům zachován? (Wie kann das Braunhaus gerettet werden?), in: *Za Starou Prahu* 1 (1910), S. 61. Kaum im Sinne von Riegl dürfte jedoch der angestrebte Kompromiß gewesen sein, den angeblich »wertlosen Altbau« durch einen Neubau zu ersetzen und nur die »künstlerischen Teile« – gemeint ist das Fassadentorso – zu verschonen (vgl. ebda.). Letztlich hatte der Riegl'sche Alterswert gerade jenseits aller künstlerischen Werturteile den historischen Bauten ihr grundsätzliches Daseinsrecht zugesichert.

[29] *P. Janák,* Od moderní architektůry k architektůře (Von der modernen Architektur zur Architektur), in: *Styl* 2 (1909/10), S. 106 f.

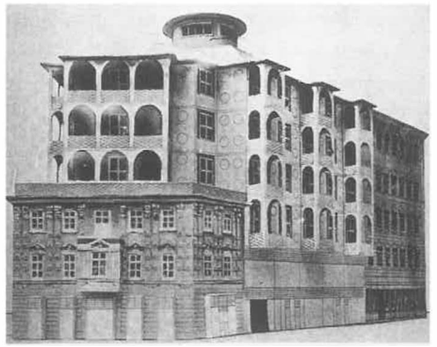


Abb. 6: P. Janák, Entwurf für den Umbau des Braun-Hauses, aus: *Za starou Prahu* 1, 1910, S. 61.

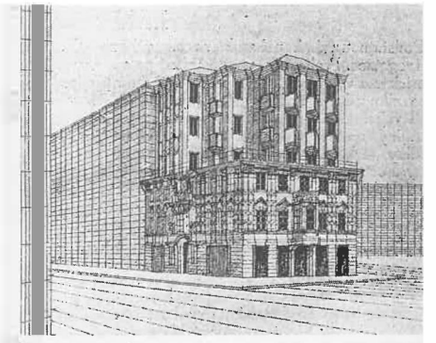


Abb. 7: Vl. Hofman, Entwurf für den Umbau des Braun-Hauses, 1910, aus: *Za starou Prahu* 1, 1910, S. 60.

Aussicht: »Ihre Werke werden sich nicht mehr so sehr stilistisch absetzen und sich nicht mehr so auffallend unterscheiden wie die ›modernen‹, sie werden dementgegen mit der alten Architektur im Charakter gleichartig sein und mit dieser mehr verschmelzen, und dabei dennoch Produkte des eigenen Jahrhunderts bleiben.«[30] Zusammen mit Janák haben sich in Prag einige junge Architekten der Aufgabe angenommen, den Konsens mit der lokalen Architekturtradition zur Grundlage der eigenen Entwurfsarbeit zu machen, und zugleich im Sinne einer Erneuerung der Kunst gestalterisch tätig zu sein. Ihr Traditionsbewußtsein in der Architekturgeschichte sahen sie der Gotik und dem Barock verpflichtet, dabei glaubend, »sich den Grenzen der Materie zu entziehen und sie zu überwinden«.[31] Mit dieser Charakterisierung wurden beide Stilepochen gemäß einem kunsthistorischen Deutungskonzept begriffen, für das unmittelbar Wilhelm Worringer – mittelbar dann Heinrich Wölfflin und Alois Riegl – verantwortlich zeichnete. Die in der kunsthistorischen Wissenschaft bestimmten, formalästhetischen Ausdruckscharakteristika waren es auch, welche die Architekten in eine moderne Architektursprache umzusetzen suchten. Frucht der Rückbesinnung auf eine lokale Architekturtradition war die sogenannte kubistische Architektur. Die Architekturideen des tschechischen Kubismus beruhen auf Bestrebungen um eine abstrakte Umformung der Materie im Sinne der gotisch-barocken Architekturtradition, sie stellten vornehmlich einen modernen Beitrag zu dieser Tradition dar (Abb. 8).[32]

[30] Ebda., S. 107. Zwar zählte die »Forderung des ästhetischen Einfügens in die Umgebung« auch zu Wagners Ansprüchen an die architektonische Komposition, vgl. *O. Wagner* (s. A 3), S. 43. Jedoch wurde von Wagner das »Streben nach ›malerischer Wirkung‹, nach Übereinstimmung mit dem Vorhandenen« abgelehnt; vgl. ebda., S. 36.

[31] *P. Janák,* Hranol a pyramida (Prisma und Pyramide), in: *Umělecký mesíčník* 1 (1911/12), S. 163.

[32] Vgl. dazu A. Janatková, »Der böhmische Architekturkubismus: Zwischen Avantgarde und Regionalismus«, in *architectura* 1997 (im Druck).

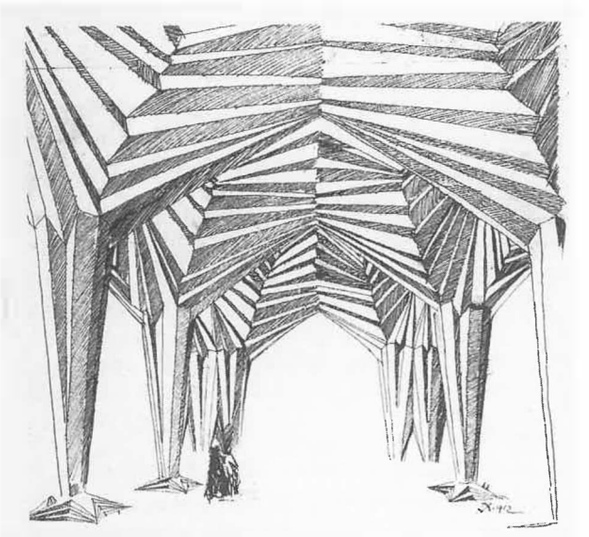


Abb. 8: P. Janák, Skizze eines monumentalen Interieurs, 1912, aus: *Umělecký mešíčník* 2, 1913, S. 94.

9. *Der Neubau in Übereinstimmung mit seiner historischen Umgebung*

1912 hatte der damalige künstlerische Mitstreiter Janáks – und wie dieser für den Denkmalschutz eintretende Architekt – Josef Chochol die Anforderungen an eine neue Architektur in ihrer historischen Umgebung ausführlich dargelegt. Anlaß war das von Osvald Polívka erbaute, neue Rathausgebäude am Mariánské náměstí in der Prager Altstadt, dessen Fassade Chochol im Verhältnis zu der gegenüberliegenden Fassade des Altstädter Jesuitenkollegs Klementinum betrachtete (Abb. 9 und Abb. 10). Ausgehend von der formalen Analyse des Klementinum machte Chochol das barocke Baudenkmal zum Maßstab für die Beurteilung des Neubaus in seiner historischen Umgebung. Die Fassade des Klementinum als plastischer Ausdruck der Innenraumdisposition, die Konzentration dieser Plastizität im zentralen Portal zu einem mächtigen Relief, die Fassadengliederung gemäß dem wahrhaft gestalterischen und tektonischen Prinzip der Säulenordnung, all das sah Chochol in der neuen Rathausfassade unzureichend aufgenommen. Die Forderung nach Übereinstimmung des Neubaus mit seiner altertümlichen Umgebung und darüber hinaus mit der Prager Altstadt sei hier keinesfalls erfüllt worden.

Die Baufunktion am Ort verlange, so ließ der Architekt Chochol als Denkmalpfleger verlauten, daß der Neubau ein geeignetes Gegenüber zum Klementinum bilde, nämlich dessen Höhe, Breite, Rhythmik der Öffnungen sowie Umriß recht genau aufnehme. Die Fassaden von Neubauten sollten in Einklang mit der Umgebung für ein

stimmiges Bild konzipiert sein, so daß sie den vorhandenen Kulissen des gemeinsamen Raumes rhythmisch folgten und die eine Wand sich als Resonanz zur anderen verhalte.[33]

10. Die Zwecklosigkeit des Baudenkmals

Die 1924 durch den Klub za Novou Prahu, dem Klub für ein neues Prag, geforderte Zweckmäßigkeit wurde dem seit 1925 als Mitglied dem Klub architektů und zugleich der Redaktion von Stavba angehörenden Josef Chochol 1929 auch für den Zweck von Denkmälern richtungsweisend.[34]

Bereits 1927 verurteilte Chochol in seinem Beitrag »Bestia triumphans«, einer Paraphrase auf Vilém Mrštíks Warnruf von 1897, das Aufwerten jedes alten Objektes zu einem Denkmal, er forderte statt dessen die Auferweckung der Prager Altstadt zum neuen Leben durch einen radikalen Umbau.[35] 1929 zielte Chochols Kritik sodann auf die grundsätzliche Zwecklosigkeit von Altbauten. Da der Zweck das grundlegende und einzige Motiv eines jeden Bauwerkes sei und »neu« in diesem Sinne gleiches bedeute wie »vollkommener als das Vorausgegangene«, münde die Erhaltung von nicht mehr funktionstüchtigen Altbauten notgedrungen in einen Konflikt. Denn ein dem Zweck entgegengesetztes, reaktionäres Verhalten sei gegen die Kultur gerichtet. Der kritiklosen Verehrung einer »geweihten Vergangenheit« wurden von Chochol die Tatsachen über den neugenutzten Altbau entgegengehalten: die Einverleibung eines modernen Zwecks, vom enormen finanziellen Aufwand begleitet, bedeute den Verlust an Originalzustand des Altbaus. Der neue Zweck sei gefunden, das Original tot, und das neue Objekt sei weder alt noch neu. Daher stellte auch Chochol die Forderung, den »Historikern und Liebhabern von Altertümlichkeit« sollten dort gesetzmäßig Grenzen gesetzt werden, wo die Stadtentwicklung gefährdet sei.[36]

[33] *J. Chochol,* »Nová radniční budova na Marianském námestí« (Das neue Rathausgebäude am Marianské nám.), in: *Umělecký mesíčník* 1 (1911/12), S. 109–110.

[34] In *Stavba* erschien 1924 eine Anzeige des neu gegründeten *Klub za Novou Prahu,* des Klubs für ein Neues Prag, der von dem damaligen Redakteur dieser Zeitschrift, Karel Teige, sowie dem Architekten Jaromír Krejcar ins Leben gerufen worden war. Präsentiert wurde das Programm des neuen Klub, dem antithetisch die negativ formulierten Ziele des alten *Klub za Starou Prahu* gegenübergestellt wurden; vgl. *anonym (J. Krejcar / K. Teige),* Klub za Novou Prahu (Der Klub für ein Neues Prag), in: *Stavba* 3 (1924/25), S. 43. Ende 1929 war Chochol, wie fast alle Beteiligten der Künstlervereinigung *Devetsil,* in die *Leva fronta* (Linke Front) eingetreten. Zu Chochols wechselnder Einstellung zum Denkmalschutz vgl. *R. Svácha,* Josef Chochol: Pokus o intimnější portrét (Josef Chochol: Versuch eines intimeren Portraits), in: *Umění* 42 (1994), S. 22.

[35] Vgl. *J. Chochol,* Bestia triumphans, in: Vestnik inzenyrske komory 6 (1927), S. 75–78.

[36] Vgl. *ders.,* O účelnosti památek (Über die Zweckmäßigkeit von Denkmälern), in: *Stavba* 8 (1929/30), S. 86–88.

Abb. 9: Neues Rathaus am Klementinum, aus: *Umělecký mešíčník* 1, 1912, S. 108.

Abb. 10: Klementinum, aus: *Umělecký meší čník* 1, 1912, S. 108.

Nachdem vom Architektenverein und dem Stavba-Herausgeber Klub architektů aus verkehrstechnischen Gründen sowie aufgrund der fehlenden Baufunktion am Ort der Abriß des Dientzenhofer-Pavillons von Kilian Ignaz Dientzenhofer beantragt und seine Versetzung wegen des finanziellen Aufwandes als unsozial abgelehnt worden war,[37] hat auch Chochols zynischer Blick auf die »tote Schale« des Pavillons als eines letzten, armseligen Restes der ehemals großzügigen barocken Disposition jeden »faulen Kompromiß« ablehnen lassen. Eine erneute Inszenierung des Baudenkmals stand nunmehr außer Debatte. Chochol war inzwischen überzeugt, daß »alles, was im Wege steht und der modernen Zeit nicht paßt, bedingungslos verschwinden muß«.[38]

Der auf dem gemeinsamen Nenner einer »öffentlichen Ästhetik«[39] gegründete Pakt zwischen Denkmalschutz, Denkmalpflege und zeitgenössischer Architektur war damit aufgekündigt worden. Stellvertretend für den Klub za Starou Prahu sah sich 1928 statt dessen der Kunsthistoriker und Denkmalpfleger Zdeněk Wirth zur Aufforderung an die modernen Architekten genötigt, ihre vergeblichen Mühen um die Ver-

[37] Vgl. *anonym* (gez. Klub architektů), Podání ve věci pavilónu (Antrag betreffend das Pavillon), in: *Stavba* 9 (1930/31), S. 15. Nachdem der Vorschlag einer Erstellung der Baukopie mit Wiederverwendung von ursprünglichen Details abgelehnt worden war, wurde das Pavillon auf Ratsbeschluß abgerissen; vgl. *A. Birnbaumova,* Dientzenhoferův pavilón a česká veřejnost (Das Dientzenhofer-Pavillon und die tschechische Öffentlichkeit), in: *Umění* 3 (1930), S. 376–378.

[38] Vgl. *J. Chochol,* Dientzenhoferův pavilón (Dientzenhoferpavillon), in: *Stavba* 9 (1930/31), S. 15.

[39] Vgl. *Z. Wirth,* Uvodem k vlastnímu časopisu (Einleitend zur eigenen Zeitschrift), in: *Za Starou Prahu* 1 (1910), S. 1.

wandlung einer alten in eine moderne Stadt aufzugeben. Präventivmaßnahmen sollten stattdessen störende Einwirkungen des modernen Lebens von der alten Stadt möglichst fernhalten.[40]

Ausgehend von den zum Ende des 19. Jahrhunderts hin einsetzenden Sanierungsmaßnahmen waren in Prag einige sich deutlich unterscheidende Denkmalpflegekonzeptionen ansatzweise zum Tragen gekommen. Ob nun aber das Baudenkmal wegen seines nationalen Gehalts geschätzt oder als Zeugnis der Architekturgeschichte geachtet wird, ob der Alterswert sein Existenzrecht garantiert oder ob ihm mangels Zweckmäßigkeit dieses Recht abgesprochen wird, damit sind zugleich grundsätzliche und über das Beispiel Prag hinausweisende Motive der Denkmalpflege genannt. Wie die Motive so haben auch die Realisierungsmodelle der Denkmalpflege nichts an Aktualität eingebüßt: Soll das Baudenkmal einem antiquarischen Wunderwerk gleich in der modernen Stadt inszeniert sein oder wird ein adäquater Ersatz für die historische Situation gesucht? Wird das Baudenkmal mittels einer kontrastierenden Hervorhebung oder mittels einer Entsprechung in der architektonischen Komposition eingefaßt?

[40] Vgl. *ders.*, Regulace starých měst (Regulierung von alten Städten), in: *Styl* 8/13 (1927/28), S. 115.

Carsten Seifert / Harald Bodenschatz

Das Finowtal

*Wiege der brandenburgisch-preußischen Industrie**

In der Geschichts- und Denkmallandschaft der Region Berlin/Brandenburg nimmt das Finowtal einen besonderen Platz ein. Seit Anfang des 17. Jahrhunderts begann sich der Eberswalder Raum zum frühesten industriell-gewerblichen Zentrum der Mark Brandenburg zu entwickeln. Noch heute erinnern die Namen der Stadtteile Kupferhammer, Eisenspalterei und Messingwerk an die drei ältesten Industriekerne. Später wurde das Tal zwischen Eberswalde und Schöpfurth (jetzt Finowfurt) zutreffend das »märkische Wuppertal« genannt. Heute ist hier ein einzigartiges Gemenge von Bauten und Anlagen einer gut 250jährigen Industriegeschichte zu besichtigen, an denen sich die wechselvolle Entwicklung mit Zeiten des Aufstiegs, der Blüte und des Niedergangs ablesen läßt.

1. Ansätze vor dem Dreißigjährigen Krieg

Es waren mehrere natürliche Voraussetzungen, die gerade diesem Gebiet im Norden Brandenburgs eine aufstrebende wirtschaftliche Entwicklung bescherten: erstens die guten Vorkommen an Raseneisenerzen, deren Abbau durch markgräfliche Edikte zum landesherrlichen »Bergregal« (also zu einem dem Landesherrn vorbehaltenen Hoheitsrecht) erklärt wurde; zweitens die Wasser- und Wasserkraftversorgung durch Finow und Schwärze; drittens die ausgedehnten Wälder zur Gewinnung von Brenn- und Baumaterial. Die Vorläufer der Industrie im Finowtal lassen sich bis zum Beginn des 16. Jahrhunderts zurückverfolgen. Die ersten Anlagen waren noch auf die Stadt Eberswalde (offizieller Name bis 1877: Neustadt-Eberswalde) und deren näheres Umfeld beschränkt. Zu den ältesten Gewerbebetrieben zählten eine für die Tuchmacher arbeitende Walkmühle (seit 1500) und eine Lohmühle für die Gerber (seit 1402, Neuanlage 1532). Ab 1532 entstand die erste märkische Papiermühle vor den Toren der Stadt auf dem Kienwerder (heute Ruhlaer Straße/Schicklerstraße) an einem mit der Schwärze verbundenen Teich.

1532 legte die Stadt Eberswalde in diesem Bereich zwei Kupferhämmer an. Sie wurden aber bereits 1603 unter Kurfürst Joachim Friedrich durch den Staat ange-

* Diesem Artikel liegen die Ergebnisse eines Forschungsprojektes der beiden Autoren im Rahmen der »Vertiefenden Entwicklungsplanung« für den Bereich Eisenspalterei/Wolfswinkel zugrunde, eines Gutachtens im Auftrag der Stadt Eberswalde (1996).

kauft und an die Finow verlegt, um deren größere Wasserkraft auszunutzen. Die Neuanlage des Kupferhammers war die Geburtsstunde des ersten der drei später bedeutenden Industriewerke im Finowtal. Damit war der Prototyp der selbständigen Industriesiedlungen entstanden, die mit Rücksicht auf die Energieversorgung und die Verkehrserschließung abseits der mittelalterlichen Stadt- und Dorfkerne gegründet wurden. Arbeiten und Wohnen lagen in Kupferhammer – wie auch später in Messingwerk und Eisenspalterei – räumlich eng beieinander, denn die Gründer der Industriewerke errichteten nicht nur Betriebsgebäude, sondern darüber hinaus Wohnungen für ihre Mitarbeiter.

Eine kurfürstliche Gründung war auch der Eisenhammer in Heegermühle (1613 erstmals erwähnt). Diese im Dreißigjährigen Krieg zerstörte Anlage wurde 1676 durch einen Blechhammer ersetzt, den Vorgänger des späteren Messingwerkes.

Der wirtschaftliche Aufschwung wurde indessen noch durch die mangelhaften Verkehrsverhältnisse erschwert. Die Gründung des Eisenhammers und die Verlegung des Kupferhammers erfolgten aber bereits im Hinblick auf den Bau des Finowkanals, den Joachim Friedrich am 21. Oktober 1603 anordnete, um eine schiffbare Verbindung zwischen Havel und Oder herzustellen. In den Jahren 1605–20 wurde das Projekt Wirklichkeit: Zwischen der Havel (bei Liebenwalde) und dem damaligen Möllensee (bei Finowfurt) wurde ein Verbindungsgraben angelegt; von dort bis zur Oder wurde die Finow – unter anderem durch die Anlage mehrerer Schleusen – kanalisiert. Infolge des Dreißigjährigen Krieges (1618–48) war dem neuen, 39,4 Kilometer langen Verkehrsweg allerdings kein langfristiger Erfolg beschieden. Der Kanal mit seinen elf Schleusen wurde größtenteils zerstört und verfiel. Um 1700 war die einstige Trasse kaum noch auffindbar.

2. *Neubegründung im Zeitalter des entfalteten Merkantilismus*

Trotzdem beschleunigte sich die wirtschaftliche Entwicklung im Finowtal in der zweiten Hälfte des 17. und im 18. Jahrhundert. Dies war nicht allein eine Folge der natürlichen Standortgunst, sondern auch Ergebnis des zielstrebigen Handelns der brandenburgischen Kurfürsten und späteren preußischen Könige. Im Sinne des Merkantilismus, der damals das wirtschaftspolitische Denken und Handeln bestimmte, forcierten die Landesherren den Wiederaufbau des im Kriege verwüsteten Landes. Planmäßig gründeten und förderten sie neue Industrieanlagen, unterstützten und schützten aber auch bestehende Betriebe.

»Durch die Tatkraft der preußischen Könige wurde so binnen weniger Menschenalter eine neue blühende Industrie aufgebaut«, konstatierte der Landesplaner Martin Pfannschmidt in seiner Studie über »Die Industriesiedlung in Berlin und in der Mark Brandenburg«. »Diese Industrie hat sich jedoch nicht wie im Mittelalter aus dem Gewerbefleiß grundherrschaftlicher Fronhöfe, städtischer Handwerker und ländlicher

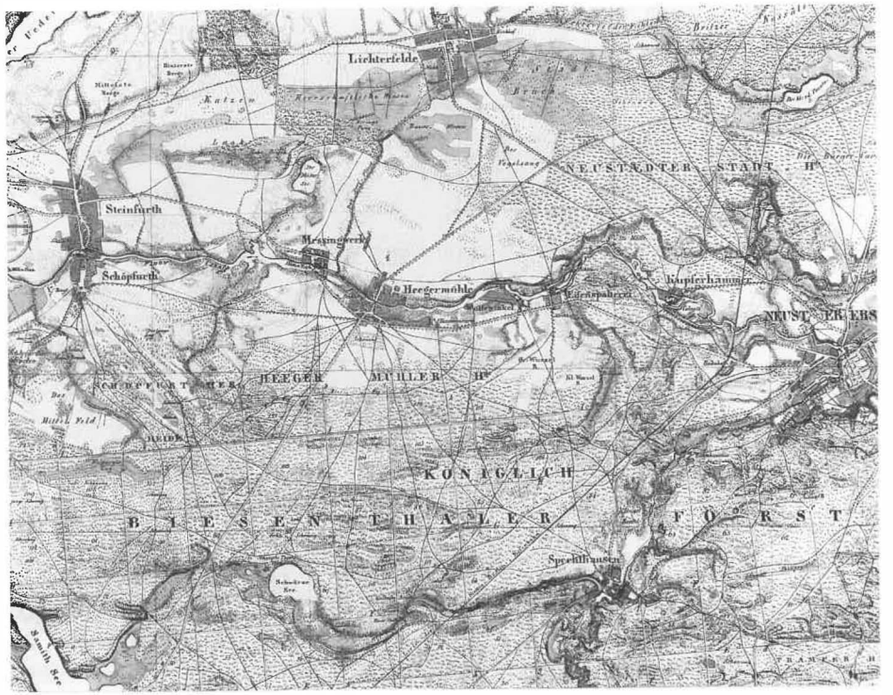


Abb. 1: Urmeßtischblatt 1840 (Ausschnitt). Messingwerk, Wolfswinkel, Eisenspalterei, Kupferhammer und Spechthausen bildeten selbständige Industriesiedlungen abseits der mittelalterlichen Städte und Dörfer (Eberswalde, Heegermühle, Schöpfurth, Steinfurth). Westlich der Eberswalder Altstadt sind die friderizianische Vorstadt und erste Ansätze der Bahnhofsvorstadt zu erkennen *(Staatsbibliothek Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Kartenabteilung)*.

Gewerbetreibender in ruhigem Wachstum entwickelt, sondern wurde nach dem allgemeinen Zusammenbruch des Dreißigjährigen Krieges mit Aufgebot aller politischen Machtmittel des absolutistischen Staates künstlich geschaffen, um Preußen von fremder Einfuhr unabhängig zu machen, um die preußische Handelsbilanz aktiv zu gestalten und um für eine möglichst große Bevölkerung außerhalb der Landwirtschaft Unterhalt schaffen zu können. Diese Leistung ist um so größer, als sie gegen den Wettbewerb überlegener westlicher Industrien durchgeführt werden mußte. Das konnte nur mit Hilfe ausländischer Unternehmer und Facharbeiter und eines weitgehenden Protektionismus geschehen. Am Ausgang der absolutistischen Wirtschaftsepoche ist die Wirtschaft jedoch so weit erstarkt, daß ein großer Teil der Industrien auch ohne Protektionismus voll wettbewerbsfähig ist und daß eine große Zahl selbständiger Unternehmer und Facharbeiter als Träger der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts

vorhanden ist.«[1] Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß die Förderung der industriellen Entwicklung keineswegs nur zivilen Zwecken diente. Auch das brandenburgisch-preußische Militär wurde aus dem Finowtal mit Rüstungsgütern beliefert.

Der »Protektionismus« war ein Wesensmerkmal der merkantilistischen Wirtschaftsordnung: Durch Edikte des Landesherrn wurden die einheimischen Betriebe bis zur Einführung der Gewerbefreiheit (1810) gegen die ausländische Konkurrenz geschützt. Während die erforderlichen Rohstoffe importiert werden durften, wurde die Einfuhr bestimmter Fertigwaren mit hohen Zöllen belastet oder ganz verboten. Beispielsweise befahl Kurfürst Georg Wilhelm in einem Edikt vom 15. August 1621 allen Kupferschmieden und Kesselführern Brandenburgs, daß sie fortan »bey verlust des Kupffers, auff keinem andern, alß auff unserm Hammer bey der Neustadt Eberßwalde gelegen, schmieden lassen, newe [neues] Zeug daselbst abholen, und jedesmalß so viel altes hinwieder dahin bringen, und nicht das geringste von altem Kupffer, weder heimblich noch öffentlich, ausser Landes verhandeln«.[2]

Eine weitere Grundforderung des Merkantilismus war die »Peuplierung« des Landes, also die Vermehrung der Bevölkerung, indem die Einwanderung aus anderen Staaten begünstigt wurde. Zahlreiche Neu-Brandenburger waren Hugenotten, die nach dem Beginn der »Dragonaden« in Frankreich (1679) ihre Heimat verließen. Bereits der »Große Kurfürst« Friedrich Wilhelm (Regierungszeit 1640–88) erkannte, daß die Flüchtlinge mit ihren Kenntnissen und Fähigkeiten den Wiederaufbau und die wirtschaftliche Belebung des Landes unterstützen könnten. Mit einer liberalen Einwanderungspolitik öffnete er die Grenzen Brandenburgs (1685 Edikt von Potsdam). Unter den »Refugiés«, die sich in Eberswalde ansiedelten, waren der Gründer der Eisenspalterei, Moise Aureillon, und sein Sohn gleichen Namens, der in den Jahren 1703–42 sogar das Amt des Bürgermeisters bekleidete: Beispiel einer offensichtlich gelungenen gesellschaftlichen Integration.

1698 erhielt Aureillon die kurfürstliche Konzession, »eine Eisenspalterei und Drahtzieherei, dergl. noch niemals hiesiger Orten gesehen worden, [...] auf eigene Kosten anzurichten«.[3] Die Anlagen wurden bis 1702 fertiggestellt. Die Bezeichnung »Eisenspalterei« verweist auf ein Schneidewerk, mit dem vermutlich das gewalzte Eisen zur Weiterverarbeitung geschnitten wurde. 1719 erwarb der preußische Staat den Betrieb. Die kurmärkische Amtskammer überließ die Eisenspalterei in den folgenden sechs Jahrzehnten wechselnden Pächtern, darunter dem Berliner Handels-

[1] *M. Pfannschmidt*, Die Industriesiedlung in Berlin und in der Mark Brandenburg. Ihre Entwicklung vom Absolutismus bis zur Gegenwart und ihre zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten, Stuttgart/Berlin 1937, S. 12.

[2] Zit. n. *Ch. O. Mylius*, Des Corporis Constitutionum Marchicarum Vierdter Theil, Berlin 1737, Abteilung II, Spalte 60.

[3] Zit. n. *H. Cramer*, Beiträge zur Geschichte des Bergbaues in der Provinz Brandenburg. Drittes Heft. Kreis Oberbarnim, Halle 1874, S. 265.

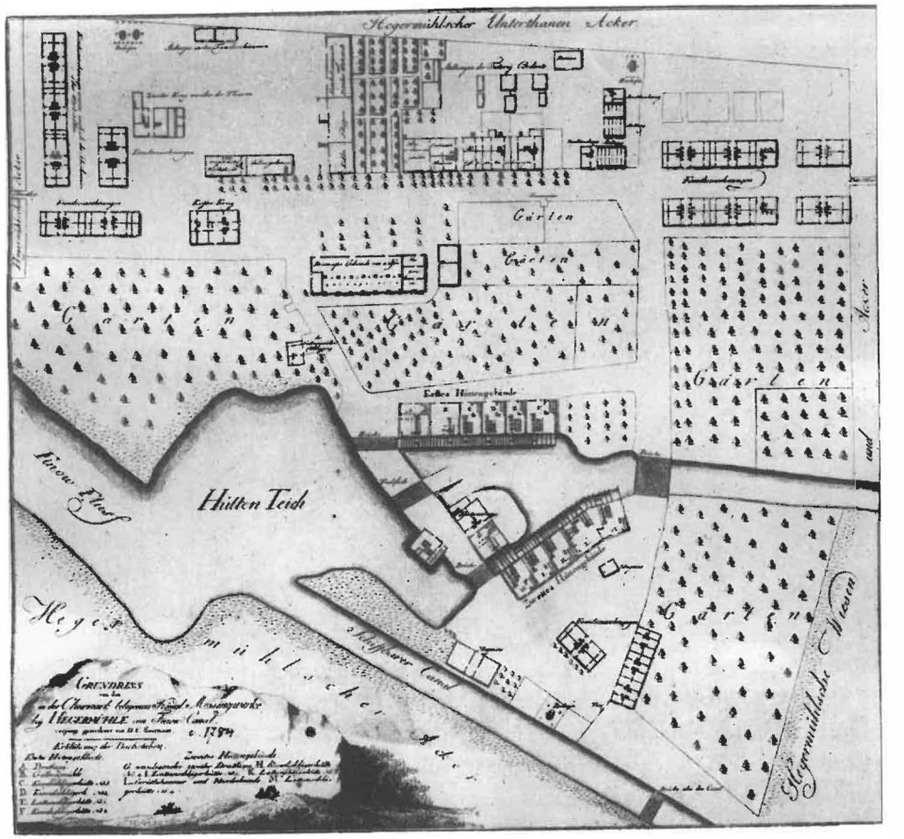


Abb. 2: »Grundriß der in der Churmark belegenen Königl. Messingwerke bey Hegermühle am Finow Canal«, Kupferstich nach einer Zeichnung von Daniel Friedrich Sotzmann um 1784. Wie in den anderen Industriesiedlungen im Finowtal lagen Arbeiten und Wohnen räumlich dicht beieinander: im Süden die Produktionsgebäude am Finowkanal, im Norden die Siedlung mit mehreren Wohnhäusern, zwei Krügen, einigen Werkstätten und dem Verwaltungsgebäude *(Staatsbibliothek Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Kartenabteilung)*.

und Bankhaus Splitgerber & Daum (1732–50 und 1767–80). Am Ende dieser Ära befand sich das Werk allerdings in einem desolaten Zustand.

In die Zeit des Aufbaus der Eisenspalterei fiel auch die Errichtung des Messingwerkes anstelle des aufgegebenen Heegermühler Blechhammers. Die Anregung für die Gründung dieses Betriebes gab der kurfürstliche Hofschauspieler Lorenz Gottlieb Schütz, ein gelernter Messingarbeiter. Unter seiner Leitung wurde 1698 mit den Bauarbeiten begonnen. Schütz »machte sich aber heimlich aus dem Staube, ehe der Bau

völlig geendiget war«.[4] Dennoch konnte das Werk bis 1700 auf kurfürstliche Rechnung fertiggestellt und in Betrieb genommen werden. Das Unternehmen ging schon neun Jahre später bankrott. Ab 1709 pachtete Moise Aurellion zusammen mit seinen Landsleuten Didelot und Lejeune neben dem Kupferhammer auch das Messingwerk.

1719, wenige Jahre nach dem Regierungsantritt des »Soldatenkönigs« Friedrich Wilhelm I., übernahm die Berliner Kriegs- und Domänenkammer, also der preußische Staat den Betrieb, der 1721–25 flußaufwärts an seinen endgültigen Standort verlegt wurde. Für die Arbeiter entstand eine Siedlung mit spartanischen Häusern in Fachwerkbauweise – typische Zeugnisse absolutistischer Kolonien in der Mark Brandenburg. 1736 wurde das repräsentative »Officiantenhaus« mit Beamtenwohnungen, Kontor und Magazin errichtet. Ab 1786 hatte dort das »Königliche Hüttenamt« seinen Sitz. Am ursprünglichen Standort des Messingwerkes entstand 1726–30 in Heegermühle eine Königliche Papiermühle, die Vorgängerin der Papierfabrik Wolfswinkel.

Damit waren während der Regierungszeit Friedrich Wilhelms I. (1713–40) die Grundlagen der Industrielandschaft im Finowtal gelegt. Nachteilig für die Industriebetriebe war indessen der nach wie vor hohe Transportaufwand für Rohstoffe und Fabrikate »durch schwerfällige und kostspielige Landfuhren«.[5] Denn der Finowkanal war ja seit dem Dreißigjährigen Krieg nicht mehr benutzbar. Eine wichtige Initiative zur Modernisierung der Infrastruktur war daher die 1743 ergangene Verfügung Friedrichs II. zum Bau des zweiten Finowkanals, der nach dreijähriger Bauzeit am 16. Juni 1746 eröffnet werden konnte. Damit war die wichtige Verbindung zwischen Havel und Oder – und mit ihr die Handelstrasse zwischen Berlin und Stettin – endlich wiederhergestellt. Nach weiteren Verbesserungen bis zum Jahre 1767 hatte der Kanal mit nunmehr 17 Schleusen eine Länge von 35,6 Kilometern. Der neue Verkehrsweg wurde zur Lebensader der Region, die auch die Entstehung neuer Industrieanlagen begünstigte und die Erschließung der bestehenden Standorte verbesserte.

Während der Regierungszeit Friedrichs II. (1740–86) entstanden im Finowtal weitere Industriebetriebe. Bereits am 27. Juni 1740 ordnete der König den Aufbau der Stahl- und Eisenwarenfabrik in Eberswalde an. »Doch da es an Arbeitern fehlte und ›geübte Meister‹ auch nicht sogleich herbeigeschafft werden konnten, so verzögerte sich die Anlage noch einige Jahre.«[6] Vor allem in Thüringen und im Rheinland wurden Facharbeiter, insbesondere Messerschmiede aus Ruhla, angeworben. Für sie ließ der König ab 1751 eigens eine neue Vorstadt bauen. Die Fabrik selbst wurde ab 1753 an die Firma Splitgerber & Daum verpachtet. Die Vorstadt bestand 1786 »ausser

[4] *F. L. J. Fischbach*, Statistisch-topographische Städte-Beschreibungen der Mark Brandenburg. Des ersten Theils, erster Band, enthaltend den Ober-Barnimschen Kreis, Berlin/Potsdam 1786, S. 80.
[5] *S. Ohm*, Beiträge zur Kultur- und Soziogeographie der Eberswalder Pforte, Stuttgart 1938, S. 37 f.
[6] *R. Schmidt*, Die Stahl- und Eisenwaren-Fabrik zu Eberswalde und ihre Schicksale, in: Aus der Heimat 70/1910, S. 553 f., hier S. 553; 71/1910, S. 566 f.

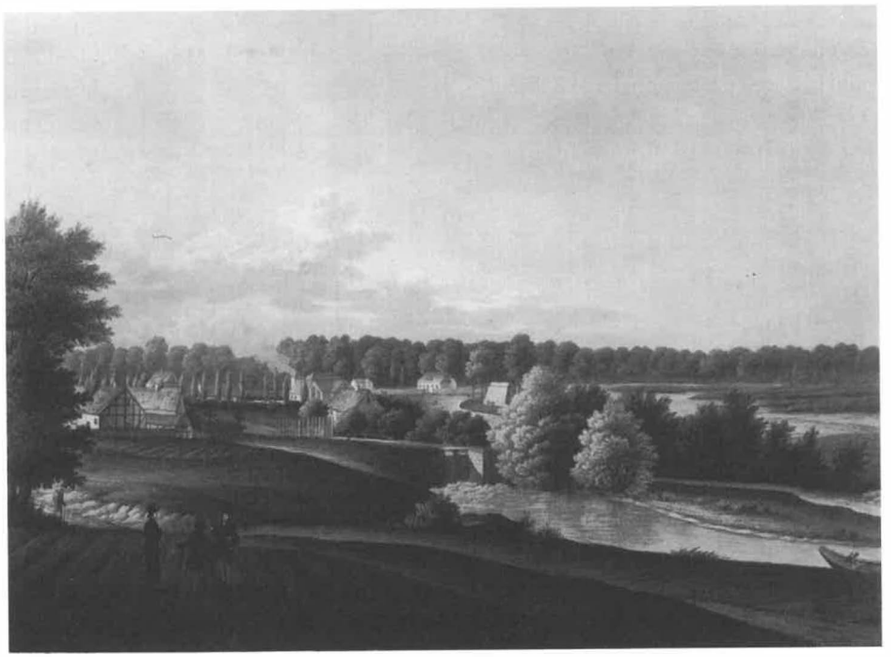


Abb. 3: ›Ansicht des Kupferhammers bei Neustadt-Eberswalde«, um 1836, Radierung von Friedrich August Schmidt nach einer Zeichnung von Florian Grospietsch *(Staatsbibliothek. Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Kartenabteilung)*.

dem großen Fabriken- und Comtoir-Hause, welches 2 Etagen hoch ist und 2 Neben-Flügel von einem Stockwerk hat, ausser einem andern in der Mitte gelegenen angekauften Hause von gleicher Beschaffenheit, worinn jetzt einige Comtoir-Herren wohnen, aus 35 Häusern von einer Etage, jedes aber zu 2, und einige auch zu mehreren Familien eingerichtet. Bey den allermeisten ist hinterwerts eine Schmiede-Esse auf dem Hofe angebauet, nebst einem ziemlichen Garten befindlich. Diese Vorstadt ist ansehnlich, und giebt bey Sommerszeit eine angenehme Promenade ab, indem die auf beiden Seiten der Häuser in gerader Linie gepflanzten Castanien-[,] Ebereschen- und andere Bäume sowohl, als die längs dem Mühlen-Teich angelegte Weiden-Allee dem Auge eine sehr schöne Aussicht verschaffet; hiernächst aber ertheilet das beständige Gehämmer, dieser Vorstadt ein lebhaftes Ansehen, und ihren Einwohnern ein lautes Lob der Industrie.«[7]

[7] *F. L. J. Fischbach* (s. A 4), S. 70.

Auch die Papierherstellung wurde in der friderizianischen Zeit ausgebaut. Neue Papiermanufakturen wurden – nach der Zerstörung der alten in Heegermühle 1760 während des Siebenjährigen Krieges – in Wolfswinkel (1762) und Spechthausen (1781) gegründet. Letztere entstand auf königliche Anordnung nach holländischen und französischen Vorbildern. 1787 wurde die Spechthausener Papiermühle an den Berliner Kaufmann Johann Gottlieb Ebart verkauft, »der sie zu einer der besten und größten Papierfabriken Europas ausbaute«.[8]

Die Eisenspalterei, der Kupferhammer und das Messingwerk wurden seit 1780 beziehungsweise 1786 als Staatsbetriebe weitergeführt und erneuert. Einen Hinweis auf die inzwischen erreichte Leistungsfähigkeit der Finowtal-Industrie gibt die Geschichte der ersten in Deutschland nach Wattscher Bauart hergestellten Dampfmaschine. Friedrich II. erkannte die Bedeutung der neuen Technik und veranlaßte den Bau einer solchen Maschine. An der Herstellung der Einzelteile waren einige der besten Betriebe Preußens beteiligt – der Auftrag für den Dampfkessel ging an den Eberswalder Kupferhammer. Die fertige »Feuermaschine« konnte am 23. August 1785 auf dem König-Friedrich-Schacht im Mansfelder Bergbaurevier (bei Hettstedt) in Betrieb genommen werden.

Die aufstrebende Industrie im Finowtal erfuhr während der Regierungszeit Friedrichs II. auch literarische Würdigung: Verschiedene Autoren beschrieben damals die Eisenspalterei, den Kupferhammer, das Messingwerk sowie die Stahl- und Eisenwarenfabrik: Otto Ludwig Hartwig (1769/70), Thomas Philipp von der Hagen (1785), Friederich Ludewig Joseph Fischbach (1786) und Friedrich Nicolai (1786). Der Finowfluß, so Thomas Philipp von der Hagen, »treibt bey seinem außerordentlichen Gefälle sehr viel Mühlen und Werke. Kein Fluß in der Mark Brandenburg von gleicher Größe und so kurzem Laufe kommt der Finow hierinn gleich, und gewähret soviel Einkünfte und Nutzen.«[9]

3. *Neuordnung in staatlicher Regie nach den Freiheitskriegen*

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts wandelten sich die Rahmenbedingungen für die industrielle Entwicklung, als die Politik des wirtschaftlichen Liberalismus den Merkantilismus abzulösen begann. Durch die 1810 erlassene Gewerbeordnung wurde die Gewerbefreiheit eingeführt und der Zunftzwang abgeschafft. Nach der 1813 erfolgten Aufhebung der »Kontinentalsperre« strömten die besseren und billigeren Industrieer-

[8] *A. Freiherr von Eckardstein,* Industrie im Kreise Oberbarnim-Eberswalde, in: *Heimatkreis Oberbarnim-Eberswalde* (Hrsg.), Heimatbuch Oberbarnim-Eberswalde, Bd. 1, Detmold 1972, S. 161.

[9] *Th. Ph. von der Hagen,* Beschreibung der Kalkbrüche bey Rüdersdorf, der Stadt Neustadt-Eberswalde, und des Finow-Kanals, wie auch der dasigen Stahl- und Eisen-Fabrik, des Meßingwerkes und Kupferhammers. Ein Beytrag zur Märkischen Geschichte aus Urkunden und sichern Nachrichten zusammengetragen, Berlin 1785, S. 94.

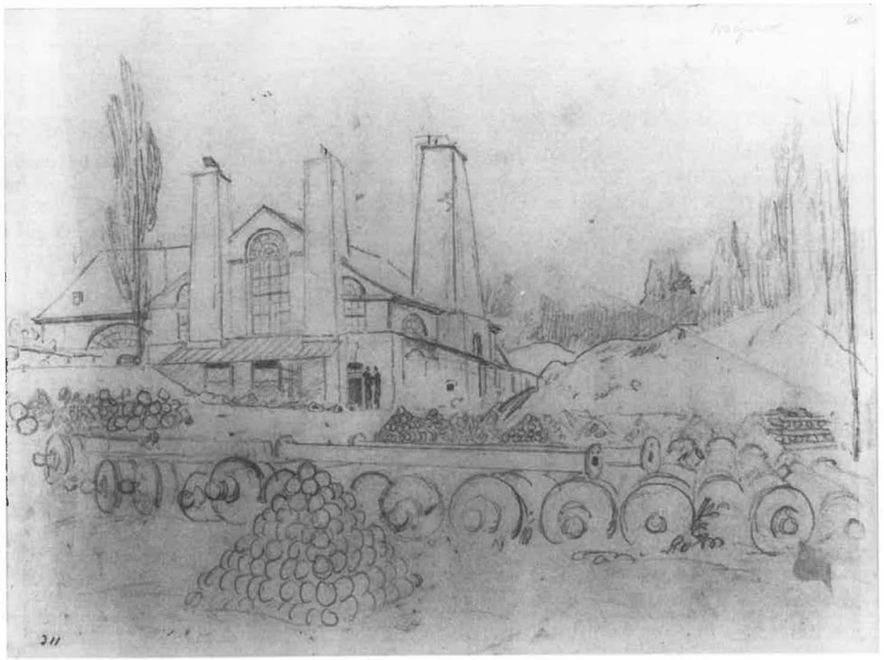


Abb. 4: »Walzwerk«, Bleistiftzeichnung von Carl Blechen, wohl 1830. Der 1816–18 in der Eisenspalterei errichtete klassizistische Bau hat sich bis heute erhalten, allerdings durch die Spuren jahrzehntelanger Vernachlässigung gezeichnet sowie durch Um- und Anbauten entstellt *(Staatliche Museen zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Kupferstichkabinett).*

zeugnisse Englands nach Preußen. Die Vereinheitlichung des preußischen Wirtschaftsgebiets durch das Zollgesetz von 1818 und die Gründung des Deutschen Zollvereins 1834 begünstigten den Freihandel.

Die Industrie im Finowtal verlor ihre früher durch die staatlichen Schutzedikte garantierte monopolartige Stellung. Ein scharfer Konkurrenzkampf setzte ein. Zudem waren große Teile der brandenburgischen Bevölkerung infolge der französischen Besetzung (1806) verarmt und die Kaufkraft dementsprechend reduziert. Nach 1815 erreichte das wirtschaftliche Tief seinen Höhepunkt. In dieser Zeit gerieten viele Betriebe in eine Krise; nicht wenige mußten stillgelegt werden, so auch die Eberswalder Stahl- und Eisenwarenfabrik, die der Konkurrenz vor allem aus Solingen unterlag und 1836 endgültig geschlossen wurde.

Die drei ältesten Industriezentren des Finowtals wurden allerdings nach den Freiheitskriegen (1813–15) in staatlicher Regie durchgreifend modernisiert. Die Eisenspalterei wurde 1816–22 komplett rekonstruiert. Zu den bedeutendsten Neubauten

jener Zeit zählt das bis heute erhaltene, nach englischem Vorbild errichtete neue Walzwerk: ein glänzendes architektonisches Zeugnis der reformorientierten Aufbruchsstimmung nach den Freiheitskriegen in Preußen. In Kupferhammer entstand 1816–18 ein neues Kupferwalzwerk, außerdem 1821 eine neue Hammerhütte und 1831–33 ein Zinkwalzwerk. Auch die Produktionsanlagen des Messingwerkes wurden zum Teil durch Neubauten ersetzt. Mit dem 1843 unternommenen Versuch zur Herstellung von Siederöhren für Lokomotiven wurde ein neuer Betriebszweig begründet, der in den folgenden Jahren ausgebaut wurde.

Der Finowkanal begünstigte die Modernisierung der Industrie, denn die Betriebe verarbeiteten mittlerweile hauptsächlich Rohstoffe, die aus anderen Regionen und Ländern bezogen wurden. Kohle und Erze konnten auf dem Wasserweg ebenso billig transportiert werden wie die aus Skandinavien importierte Zellulose, die in der Papierindustrie mehr und mehr die Lumpen als Grundstoff verdrängte. Im 19. Jahrhundert entstanden moderne Fabriken und lösten die Manufakturproduktion der Barockzeit ab. Die Einführung der Dampfmaschine machte die Industriebetriebe am Finowkanal unabhängig von dessen relativ geringer Wasserkraft und ermöglichte bedeutende Produktionssteigerungen. Einen weiteren Entwicklungsschub brachte die 1842/43 eröffnete Eisenbahnstrecke Berlin – Eberswalde – Stettin. Die im Westen von Eberswalde den Finowkanal überquerende Eisenbahntrasse bildet seither eine räumliche Barriere zwischen dem industriellen Siedlungsband und der ältesten Industriestadt der Mark.

Im Jahre 1829 publizierte Johann Joachim Bellermann einen Reiseführer, der gerade auch die »Fabriken« im Umkreis von Eberswalde als besondere Sehenswürdigkeiten vorstellt. Eberswalde war damals dank der Existenz heilsamer Quellen zu einem nicht unbedeutenden Kurort herangewachsen, der »in neuern Zeiten immer mehr besucht wird«,[10] und das Finowtal avancierte zu einem beliebten Ziel vieler Ausflügler, die im Rahmen von Führungen auch Gelegenheit zur Besichtigung der Industrieanlagen hatten. »Die Fabriken und Gewerke, welche in Neustadt-Eberswalde und deren Umgebungen liegen, machen den Badegästen den hiesigen Aufenthalt unterhaltend, und den Freunden der Industrie, des Maschinenwesens und der Erfindungen lehrreich und sehr anziehend.«[11] Dabei waren es neben den zum Teil modernen technischen Anlagen auch die schönen Spazierwege durch reizvolle Gärten und Landschaften zu den weiter entfernten Betrieben, die deren Besuch lohnend machten. Bellermanns noch heute faszinierende Ausflugsbeschreibungen können als Vorläufer eines künftigen industriegeschichtlichen Lehrpfades gelten, dessen Erwanderung lehrreich und erholsam zugleich sein sollte.

[10] *J. J. Bellermann,* Neustadt-Eberswalde mit seinen Fabriken, Alterthümern, Heilquellen, Umgebungen und seltnern Pflanzen, mit der Beschreibung des Klosters Chorin, des Cisterzienser-Ordens und der vorhandenen Urkunden, Berlin 1829, S. IV.

[11] Ebda., S. 21.

Abb. 5: Denkmalbereich Messingwerksiedlung mit der Villa Hirsch und dem ehemaligen Hüttenamt, 1996: Die Erneuerung der Erich-Steinfurth-Straße erfolgte im Sinne der städtebaulichen Denkmalpflege. Die kleinteilige Pflasterung und die neuen Leuchten fügen sich harmonisch in das Stadtbild ein. Durch die vielen angepflanzten Bäume wurde der weitgehend verlorengegangene Alleecharakter wiederhergestellt *(Foto: C. Seifert)*.

Der in künstlerischer Hinsicht folgenreichste Besuch war die Reise des Berliner Malers Carl Blechen nach Eberswalde im Jahre 1830. In dem Gemälde »Walzwerk Neustadt-Eberswalde« und zehn Zeichnungen hielt er seine Eindrücke von der Eisenspalterei, dem Kupferhammer und dem Messingwerk fest. Diese Werkgruppe zählt zu den frühesten Industriedarstellungen in der deutschen Kunstgeschichte.

4. Blütezeit seit den 1860er Jahren bis zum Zweiten Weltkrieg

Im Zeitalter des ungezügelten wirtschaftlichen Liberalismus zog sich der Staat allerdings aus der direkten Verantwortung selbst für die ältesten Industriekerne zurück, die jetzt nach und nach privatisiert wurden: 1863 das Messingwerk an die Firma Aron Hirsch & Sohn, »unter deren Verwaltung der Betrieb Weltruf erlangt hat«,[12] 1867 der Kupferhammer an die Mansfeldsche Kupferschieferbauende Gewerkschaft

[12] *H. Aurich,* Die Industrie am Finowkanal. Bilder aus dem Industrieleben am Finowkanal, 1. Bändchen, Eberswalde 1906, S. 118.

und im gleichen Jahr die Eisenspalterei an den Berliner Kaufmann Magnus Levy. Der Staat konzentrierte sich hauptsächlich auf die Entwicklung der Infrastruktur, beispielsweise durch den Ausbau des Eisenbahnnetzes.

Mit der Gründung zahlreicher Ziegeleien entwickelte sich im 19. Jahrhundert ein neuer bedeutender Wirtschaftszweig im Finowtal. Die dort vorhandenen Tongruben lieferten ein außerordentlich gutes Rohmaterial. Die ersten Ziegeleien entstanden in den vierziger Jahren am Kanal, über den die Steine in erster Linie auf den Berliner Markt transportiert wurden. Die Arbeitskräfte kamen zunächst noch aus der Region; im Zuge der Expansion der Ziegelindustrie nach dem Übergang zur maschinellen Produktion mußten jedoch in großer Zahl Arbeiter aus Polen angeworben werden.

Seit den 1860er Jahren entstanden im Finowtal wie in den anderen deutschen Industriezentren mehrere neue Betriebe: 1866 die Chemische Fabrik J. W. Stephan & Söhne, 1870 eine Hufnagelfabrik, um 1880 eine Zellulosefabrik, 1889 die Märkische Eisengießerei, 1898 die Firma Franz Seiffert & Co. A.-G. (»Maschinenfabrik, Stahl- und Eisengiesserei und Kesselschmiede, Spezialfabrikation von Rohrleitungen für Hochdruck«), 1902 die Ardeltwerke sowie 1912 die Metallwerke von Galkowsky & Kielbrock. Bedeutende Betriebe wurden auch in der Eberswalder Bahnhofsvorstadt angelegt, insbesondere eine Eisenbahnwerkstatt (1878) und eine Eisengießerei (1883).

1909 nahm das »Märkische Elekricitätswerk« die Stromproduktion in Heegermühle auf. Hier konnte der später berühmte Georg Klingenberg zum ersten Mal seine zukunftsweisenden Ideen verwirklichen. Das Werk am Finowkanal galt lange Zeit als Musteranlage und wurde zum Vorbild für viele andere Kraftwerke.

Auch die Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur wurde weiter ausgebaut. Die erste deutsche Fernsprechlinie verband seit 1877 Eberswalde mit Schöpfurth. 1907 nahm die Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft AG, Frankfurt (Main), die rund 11 km lange Kleinbahnstrecke von Eberswalde über Eisenspalterei und Heegermühle nach Schöpfurth für den Personen- und Güterverkehr in Betrieb. Damit bestand zumindest für den Warentransport endlich eine direkte Verbindung zum Netz der Staatsbahn. Im Jahre 1909 eröffnete das Berliner Unternehmen C. Lorenz AG in Eberswalde am Finowkanal eine »Versuchsfunkstelle für Telegraphenbau«.

Der Finowkanal konnte allerdings um die Jahrhundertwende trotz der Vertiefung des Kanalbetts und der Anlage neuer Schleusen das gewachsene Verkehrsaufkommen kaum noch bewältigen. Die preußische Regierung beschloß daher 1905 den Bau eines neuen »Großschiffahrtweges« zwischen Berlin und Stettin. In den Jahren 1906–14 wurde der Hohenzollernkanal (heute Oder-Havel-Kanal) angelegt, der seitdem nördlich des Finowkanals eine neue, für größere Schiffe ausgelegte Verbindung von der Oder zur Havel herstellt. Der Hohenzollernkanal brachte auch neue technische Sehenswürdigkeiten: so etwa in unmittelbarer Nähe von Eberswalde eine der drei

»Wassertorbrücken«, den »Brückenkanal«, der die Bahnlinie Berlin – Stettin überquert, und den Ragöser Damm, der damals mit seiner Höhe von bis zu 28 Metern als höchster Kanaldamm der Welt galt. Bei Niederfinow entstand neben dem Hafen und der Schleusentreppe 1926–34 das berühmte Schiffshebewerk. Die von Kurt Plarre geplante Anlage ermöglicht die Überwindung eines Höhenunterschiedes von 36 Metern in nur fünf Minuten. Sie hielt den Rekord als höchster Schiffsfahrstuhl der Welt, bis 1976 in Lüneburg ein noch etwas höheres Hebewerk erbaut wurde.

Die Hoffnungen auf neue Industrieansiedlungen am Hohenzollernkanal wurden indessen enttäuscht. »Mit bedeutendem Kostenaufwand schuf die Stadt Eberswalde auf ihrem anliegenden Kanalgelände Liegestellen für die Industrie, doch ist bisher wenig davon Gebrauch gemacht worden.«[13] Dagegen vermittelte das Finowtal zur Zeit des Baues des neuen Großschiffahrtweges den Eindruck wirtschaftlicher Blüte. »Wer von der schwindelnden Höhe des Kaiser-Wilhelm-Gedächtnisturmes in Eberswalde seine Blicke über das liebliche Bild zu seinen Füssen schweifen lässt«, so Hermann Aurich 1906, »der wird mit Bewunderung die zahlreichen Fabrikschornsteine wahrnehmen, deren Wald sich bis in nebelgraue Ferne erstreckt und ein Bild gibt von der hochbedeutsamen Industrie, die ihren Ursprung, ihre Entwicklung und Blüte dem kleinen fliessenden Gewässer, der Finow mit ihren Nebenflüssen, verdankt.«[14]

Der wirtschaftliche Aufstieg war allerdings in hohem Maße der Rüstungsproduktion für das deutsche Militär geschuldet. »Deutschlands Kaiser ist bekannt, als einer, der ›Gott vertraut und feste um sich haut‹, das Schwert scharf, die Armee schlagfertig hält. Was das für unsere Finowindustrie zu sagen hat, davon können die Arbeiter in Messingwerk erzählen, die Draht zu Tressen, Messinghülsen für Gewehr-, Kanonengeschosse und Torpedos, Messingblech für Militärmusikinstrumente, Kupferbleche für Uniformknöpfe herstellen. Und dann die Kavallerie! Eisenspalterei versieht das Heer mit Hufeisen, die Firma Moeller & Schreiber liefert die Hufnägel dazu, die Seilereien von Bunzel und Dietrich spinnen die dazu nötigen Huftaue, in 6 Jahren soviel, dass man die Erde damit umspannen könnte. Aber weiter! ›Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser‹. Die Bedachungsarbeiten der Schiffswerft von Fr. Krupp in Kiel im Betrage von 400 000 Mk. hat die Dachpappenfabrik von W. Miersch hierselbst ausgeführt. Für die innere Wandung eines Kriegsschiffes walzt der Kupferhammer teppichgrosse Kupferplatten, giesst das Messingwerk Messingrohre, Stäbe, Drähte, Platten, liefert die Eberswalder Filzfabrik Filzplatten zur Isolierung der Dampfrohre.«[15]

Wenige Jahre später begann der Erste Weltkrieg. Insbesondere das Messingwerk nahm in jenen Jahren einen bedeutenden Aufschwung und erzielte mit der Rüstungsproduktion hohe Profite. So konnten die Hirsch Kupfer- und Messingwerke AG

[13] *R. Schmidt*, Geschichte der Stadt Eberswalde, Bd.2, Eberswalde 1941, S. 358.
[14] *H. Aurich* (s. A 12), S. 9.
[15] Ebda., S. 19f.

1917/18 unweit des Hohenzollernkanals das sogenannte Neuwerk errichten, das aber erst 1920 in Betrieb gehen konnte. Für diesen Komplex fanden Eisenkonstruktionen der neuen Waggonfabrik im nordfranzösischen Valenciennes Verwendung, die als Kriegsbeute demontiert worden waren. Für die architektonische Gestaltung des Neuwerks zeichnete der Berliner Architekt Paul Mebes verantwortlich, einer der bedeutendsten Reformer und Wegbereiter der Moderne in der Architektur der ausgehenden Kaiserzeit. Er war seit 1911 mit seinem Schwager Paul Emmerich assoziiert. Die zwischen 1913 und 1929 für die Firma Hirsch realisierten Projekte zählen zu den Hauptwerken des Büros Mebes & Emmerich. Während des Krieges wurde die Wohnsiedlung des Altwerks nach ihren Plänen ergänzt: durch das »Torbogenhaus« (Verwaltung und Laboratorium), die Villa der Familie Hirsch, das Wohnhaus des Werksdirektors Lewy, den Wasserturm und vor allem den Joseph-Hirsch-Platz (heute Roter Platz) mit seinem großartigen Ensemble von Wohngebäuden und einem verbindenden Wirtschaftstrakt.

Die Metallindustrie blieb auch nach 1918 der weitaus wichtigste Teil der Industrie im Finowtal. »An der Spitze steht das schon immer führende Messingwerk«, bemerkte Siegfried Ohm 1938.[16] Die Ardeltwerke expandierten und erlangten insbesondere durch den Bau von Kränen Weltruf. 1927 gingen die Werksanlagen des Kupferhammers in den Besitz des Unternehmens Hoffmann & Motz, des Eigentümers der Eisenspalterei, über. Das Hüttenwerk Kupferhammer wurde jedoch wie das Walzwerk in Eisenspalterei wenige Jahre später endgültig stillgelegt.

Auch die Papierindustrie prägte weiterhin das Wirtschaftsprofil des Finowtals: Die Fabrik in Spechthausen stellte – als einziger Betrieb in Deutschland – Papier für Banknoten her. Die Berliner Siemens-Schuckertwerke erwarben 1917 die Papierfabrik Wolfswinkel. Ein bedeutender Modernisierungsschub erfaßte die Anlagen. Die auffälligste Ergänzung war die langgestreckte Halle, die 1928/29 zur Unterbringung der damals modernsten »Spezial-Papiermaschine« Europas erbaut wurde. An diesem Bau, der als »Musteranlage« ausgestaltet werden sollte, war auch der Architekt Hans Hertlein – der besonders durch seine Entwürfe für die Berliner Siemensstadt bekannt gewordene Leiter der Siemens-Bauabteilung – beteiligt.

Nicht minder große Bedeutung erlangte die ehemalige Linoleumfabrik an der Eberswalder Straße, die 1921 von der Chemischen Fabrik auf Actien (vormals E. Schering), Berlin, erworben wurde. Zwei Jahre später wurde dort die Produktion von synthetischem Kampfer aufgenommen.

Am Rande der Messingwerksiedlung wurde unter Beteiligung von Walter Gropius 1931/32 eine Gruppe von »Kupferhäusern« als Musterversuchsbauten errichtet – noch heute verblüffende Zeugnisse der Experimentierfreudigkeit der Weimarer Repu-

[16] *S. Ohm* (s. A 5), S. 46.

blik auf dem Gebiet baulicher Innovation. Gropius entwickelte die »ursprünglich nach einem Patent von Förster und Krafft von den Hirsch Kupfer- und Messingwerken eingerichtete Fabrikation von Kupferhäusern am laufenden Band« zur Verkaufsreife: »Die von mir erstmalig in einer Broschüre über die Industrialisierung des Hausbaues im Jahre 1910 ausgesprochene, inzwischen vielfach befehdete Idee, Häuser in stationären Werkstätten in ihren Teilen serienmäßig herzustellen und daraus variable Typen wie aus einem Baukasten im großen zusammenzusetzen, wird heute endlich der Verwirklichung entgegengeführt.«[17] Tatsächlich wurden auch die Bauelemente der Kupferhäuser vorgefertigt. Sie »bestanden aus schmalen hochrechteckigen, mit einer Außenhaut aus geripptem Kupferblech belegten Eternitplatten; für die Isolierung verwendete man Aluminiumfolie. Das Haus entstand als Holzrahmenkonstruktion, die Bauelemente wurden verschraubt, die Ecken außen mit einem Kupferblechstreifen geschlossen.«[18]

Im »Dritten Reich« spielte das Finowtal wiederum eine unrühmliche Rolle bei der Aufrüstung des deutschen Militärs. 1935 wurde das jüdisch geprägte Unternehmen Hirsch Kupfer- und Messingwerke AG »arisiert«, 1941 in Finow Kupfer- und Messingwerke AG (FKM) umbenannt und 1942 dem AEG-Konzern zugeordnet. Das Messingwerk und die Ardeltwerke waren nunmehr – mit rund 3500 beziehungsweise 3200 Beschäftigten im Jahre 1936 – die größten Unternehmen. Die Produktionsanlagen der Eisenspalterei und des Kupferhammers wurden allerdings nicht wieder in Betrieb genommen.

1935 wurde Finow zur Stadt erhoben. Diese Gesamtgemeinde war bereits 1928 durch die Vereinigung des Dorfes Heegermühle, der Gutsbezirke Eisenspalterei und Wolfswinkel sowie der Gemeinde Messingwerk entstanden. 7838 Menschen lebten 1929 in Finow; bis 1936 nahm die Einwohnerzahl auf 9063 zu. »Ein in etwa 10 Kilometer Entfernung um Eberswalde gezogener Kreis würde ein Wirtschaftsgebiet von etwa 50 000 Menschen umfassen.«[19]

Wie in anderen Industrierevieren kamen viele Zwangsarbeiter aus dem Ausland in die Betriebe. Gegner des Regimes verschwanden in den Konzentrationslagern. Nebenlager des KZ Ravensbrück befanden sich am Bahnhof Eisenspalterei und im Rüstungsbetrieb Finower Industrie GmbH (»Waldeslust«), der bereits 1934/35 neben dem Messingwerk errichtet worden war. Der von den nationalsozialistischen Machthabern 1939 entfesselte Zweite Weltkrieg verschonte allerdings die Industrieanlagen im Finowtal weitgehend. Fast alle Kanalbrücken wurden aber gesprengt.

[17] *W. Gropius* in: *M. Wagner*, Das wachsende Haus. Ein Beitrag zur Lösung der städtischen Wohnungsfrage, Berlin/Leipzig 1932, S. 65.

[18] *R. R. Isaacs,* Walter Gropius. Der Mensch und sein Werk, Bd. 2, Berlin 1984, S. 558.

[19] Eberswalde und Finow, in: Wirtschaftsblatt für den Regierungsbezirk Potsdam 4/1936, S. 49–57, hier S. 50.

5. Wiederaufbau, Zusammenbruch und Ausblick

Wenige Monate nach Kriegsende leitete die sowjetische Besatzungsmacht die Demontage der Rüstungsbetriebe – neben den Ardeltwerken weitere Unternehmen der metallverarbeitenden Industrie – ein. Die großen privaten Unternehmen wurden verstaatlicht – so etwa das Schering-Werk Eberswalde 1947 und die Finow Kupfer- und Messingwerke AG 1949. Zu Zeiten der DDR wurde die seit 1970 vereinigte Stadt Eberswalde-Finow planmäßig zu einem überregional bedeutsamen Industriezentrum ausgebaut. Bereits 1948 wurde die Rekonstruktion auf dem Gelände der ehemaligen Ardeltwerke in Angriff genommen. Mit dem VEB Kranbau Eberswalde entstand dort der größte Betrieb der Stadt. Zum zweitgrößten Betrieb wurde der VEB Walzwerk Finow entwickelt. Im Juli 1950 stellte der III. Parteitag der SED die Weichen für den Aufbau einer eigenen metallurgischen Basis der DDR durch die Gründung des Eisenhüttenkombinates Ost (heute Eisenhüttenstadt) und die Errichtung eines Walzwerkes in Finow auf dem Gelände des Messingwerk-»Neuwerkes«. Zwei Jahre später begannen die Bauarbeiten für die neue Produktionshalle. Die erste Ausbaustufe der Warmbandstraße konnte 1956 in Betrieb genommen werden. Seit 1950 arbeiteten auch das Walzwerk und die Hufeisenfabrik in Eisenspalterei als Teilbetriebe des VEB Walzwerk Finow. Hingegen wurden die Anlagen des Kupferhammers nicht wiederhergestellt. Das Hammerwerk war seit 1945 »eine Trümmerstätte. Es ragt lediglich der große Schornstein noch empor«.[20] Die Bauten wurden später abgerissen.

Nach 1989 brach wie in anderen Industrierevieren der DDR auch im Finowtal die industrielle Produktion zusammen. Bis auf wenige Ausnahmen wurden die riesigen Werksanlagen aufgegeben, die Gebäude ausgeräumt und dem Verfall wie dem Vandalismus preisgegeben. Lediglich in Einzelfällen konnten die Anlagen saniert und neuen Zwecken zugeführt werden: So wurde etwa die ehemalige Schule der Messingwerksiedlung zum Eichamt, und der Treidelpfad am Kanal wurde zu einem Rad- und Wanderweg ausgebaut. Inzwischen war die Kenntnis der Bedeutung der ältesten Industrielandschaft der Mark Brandenburg zwar nicht vor Ort, aber in Berlin und jenseits von Brandenburg verlorengegangen. Eine Siedlungslandschaft von überregionalem Rang war damit ernsthaft gefährdet, mehr gefährdet als in der Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. Die wertvollen historischen Zeugnisse stellen sich heute weithin in kläglichem Zustand dar, aber immer noch in einem Zustand, der zumeist ihre Sicherung, Erhaltung und Nutzung für die Zukunft erlaubt.

Die Revitalisierung des Bereichs Eisenspalterei/Wolfswinkel wurde inzwischen zu einer Schwerpunktaufgabe der Eberswalder Stadtplanung erklärt – neben der Sanierung der Altstadt und dem Ausbau des Flugplatzes Finow. Seit 1996 liegt ein umfangreiches Planwerk vor, das neben einer ausführlichen Dokumentation des historisch wertvollen Gebäudebestandes Möglichkeiten für neue Nutzungen darstellt. Freizeit- und Erholungsangebote (zum Beispiel Pension, Gastronomie, Sportbootshafen, Mehrzweckhalle) sollen die Attraktivität des Finowkanals als »grünes Rückgrat« der Stadt erhöhen. Wohnungen, Ateliers, nicht störende Gewerbebetriebe und dergleichen können diese Nutzungsmischung bereichern. Weiter südlich ist auf dem Gelände der ehemaligen Chemiefabrik ein Ausstellungszentrum geplant.

Das Siedlungsband im Westen von Eberswalde (so heißt Eberswalde-Finow wieder seit 1993) gehört als Wiege der märkischen Industrie zu den erstrangigen und markantesten Kulturlandschaften Brandenburgs; seine erhaltende Erneuerung ist ein entscheidender Beitrag zur Entwicklung einer Landesidentität. Ein Projekt »Finowtal: Zentrum märkischer Industriekultur« sollte daher mit Fördermitteln der Landesregierung rechnen können. Damit wäre der Region um Eberswalde, einer Stadt im regionalpolitisch besonders beachteten »Städtekranz« um Berlin – zusammen mit dem Schiffshebewerk Niederfinow und der Klosterruine Chorin, dem Ursprungsort der Gewerbekultur in der Region – eine weitere kulturelle und ökonomische Perspektive gegeben.

[20] *Päd. Kreiskabinett Eberswalde, Fachkomm. Heimatkunde*, Stoffsammlung zum Heimatkundeunterricht für den Kreis Eberswalde, 1. Heft, Eberswalde 1955, S. 21.

Ildikó Szondi

Wohnen am Rande der Stadt

Wohnungen an der Peripherie ungarischer Städte

Die Wohnungsfrage ist in Ungarn eines der gesellschaftlich und wirtschaftlich dringendsten Probleme; ein Phänomen, das aber auch jenseits der Grenzen Ungarns von entscheidender Bedeutung ist. Tatsächlich ist das Wohnungsproblem über die ganze Welt verbreitet, trifft jedoch in verschiedenen Ländern auf unterschiedliche Grundvoraussetzungen. So bezieht sich die Unzufriedenheit eines Schweden, eines Inders oder eines Ungarn mit seiner Wohnung auf gänzlich unterschiedliche Wohnsituationen.

In den USA z. B. wird ein Stadtteil dann als Slum klassifiziert, wenn die Wohndichte pro Wohnraum sieben Personen erreicht, eine Zahl, die im heutigen Japan als Norm aufgefaßt wird. Japan überrascht tatsächlich hinsichtlich des Komforts und der geringen Größe der Wohnungen in den Großstädten, zieht man das sonst so hohe Lebensniveau des Landes in Betracht. Es handelt sich meist um Häuser mit nur einem Raum von ca. 30 m² Größe. Dies bedeutet jedoch nicht, daß unter den Japanern der Anspruch auf komfortable Häuser und Wohnungen nicht vorhanden wäre. Dementsprechend zieht man in zunehmendem Maße in die grünen Vororte hinaus.

Die Lebensverhältnisse der Familien werden grundsätzlich durch den Erhalt einer Wohnung und die dort vorgefundenen Wohnverhältnisse bestimmt, so daß hinter dem Wohnungsproblem zwei Faktoren stehen: Wohnungsmangel und Qualitätsverfall der Häuser. Diese Arbeit will sich vor allem mit der Frage der Wohnqualität beschäftigen und in diesem Zusammenhang auch den anderen Aspekt, den Wohnungsmangel, kurz diskutieren.

Was das Wohnen in Randsituationen anbelangt, so lohnt es sich hier einen kurzen, internationalen Ausblick zu geben, welche Wohnungen im Ausland zu dieser Kategorie gezählt werden können. In anderen Ländern, vor allem in den USA, entspricht dieser Bezeichnung das sogenannte »slum«. Ein »slum« ist ein großstädtisches Armenviertel, welches von der Bausubstanz verfallen, aber auch von der gesellschaftlichen und sozialen Situation her gesehen negativ zu bewerten ist und somit Schaden für Bewohner und die Gesamtheit der Stadt bedeutet. Einer der Gründe für die Entstehung und den Fortbestand der »slums« war die relative Schnelligkeit beim Wohnungsbau.

Die durch die Föderalistische Hypothekar-Versicherungsanstalt finanzierten, sich am Rande der Stadt befindenden neuen Wohnungen haben für die Mehrheit der Amerikaner das Wohnungsproblem gelöst. Die Menschen bevorzugten die neuen gegen-

über den alten Wohnungen. Dieses Verhalten begünstigte stark den Wohnungsbau am Rande der Städte, was gleichfalls zur relativen Wertminderung und zum Verfall der alten, zentral gelegenen Stadtteile führte.

1. Die geographische Bedeutung der Randsituation

Im Gegensatz zu den USA können in Ungarn die Plattenbausiedlungen und die mit verschiedenen Fabrikationstechnologien hergestellten riesigen Hochhauskomplexe zu den Häusern in Randsituation gezählt werden. Diese Wohnungssiedlungen sind nicht nur in qualitativer Hinsicht an den Rand des Wohnungsstandards geraten, sondern tatsächlich auch räumlich gesehen, hinsichtlich ihrer geographischen Lage.

Die grundlegende Form der Urbanisation der Städte des »Alföld« bestand darin, Wohnsiedlungen auf dem Gebiet der Garten- und Einfamilienhäuser zu bauen. Man findet sie gewöhnlich in zwei unterschiedlichen Lagen: entweder am Stadtrand, auf zuvor unbebautem Gebiet oder auf von der Bausubstanz her veralteten, zentral gelegenen Flächen im Stadtkern, die man durch Abriß und Sanierung gewonnen hat.

Letzteres war weniger typisch, denn die Sanierung der renovierungsbedürftigen Flächen hätte das Wohnungsproblem ja nicht gelöst, da man zum Aufbau von hundert neuen Häusern hundert alte hätte abreißen müssen. Eine weitere Ursache bestand darin, daß die Wohndichte in den zu sanierenden Stadtteilen hoch und die Zahl der zu sanierenden Wohnungen groß war, was die Sanierung des Gebietes weiter verteuert hätte. Weiterhin rechnete man in den Zeiten der großen staatlichen Bauvorhaben nicht mit den Kosten für den Baugrund, so daß kein Anlaß bestand, das nahe dem Stadtkern gelegene Bauland wirtschaftlicher zu nutzen und die inneren Stadtteile instand zu halten.

Vergleicht man die Situation in Ungarn mit der oben geschilderten Situation in Amerika, so kann man feststellen, daß das Schicksal von Wohnungen in peripherer Lage, also das Schicksal von »slum« und Wohnsiedlung, Ähnlichkeiten aufweist. Der Bau dieser Wohnsiedlungen förderte nämlich Verfall und Zerstörung in den Innenstädten.

Aber Plattenbausiedlungen und Hochhauskomplexe sind nicht unbedingt am Rande jeder ungarischen Stadt gebaut worden. In Kistelek etwa, einer in der Nähe Szegeds liegenden Kleinstadt in Südungarn, sind alle neueren Wohnungen – die bis 1975 gebauten, wie auch die 1987 übergebenen – genaugenommen im Stadtzentrum zu finden. Die Ursache hierfür liegt natürlich in der Struktur der Kleinstädte, vor allem darin, daß zur Befriedigung der Bedürfnisse vor Ort keine Wohnsiedlungen mit hunderten oder tausenden neuer Wohnungseinheiten gebraucht wurden, sondern einige dutzend Wohnungen das Problem bereits lösten.

Ein anderes eigenartiges, dörflich-städtisches Charakteristikum bestand darin, daß es zu Beginn der 70er Jahre praktisch keine lokalen Stadtzentren gab. Diese waren

lediglich durch einige kleinere Geschäfte, bis heute erhaltene Privathäuser und einer Anzahl leerstehender Grundstücke bestimmt. Im Gegensatz zu den Großstädten mußte in den Zentren der Kleinstädte nur eine unwesentliche Anzahl im Stadtzentrum gelegener Bauplätze bebaut werden.

Im Fall der 1987 übergebenen Gebäude gehörten die Grundstücke einerseits dem örtlichen ÁFÉSZ[1], andererseits waren sie in Privathand. Allerdings standen zuvor auf dem gesamten Gebiet lediglich zwei qualitativ minderwertige Häuser, in denen drei Wohnungen und zwei Geschäfte Platz fanden. Deshalb waren die Kosten der Enteignung besonders gering, und der ÁFÉSZ bekam wegen der Überlassung des Eigentumsrechtes Erbbaurecht auf die in die Häuser zusätzlich einzubauenden neuen Geschäfte. Zur Minderung der Kosten trug auch bei, daß das Gebiet von Kistelek infrastrukturell bereits gut erschlossen und bis auf eine Gasleitung bereits alles vorhanden war.

Für die 1975 gebauten Gebäude mußten keine Wohnhäuser abgerissen werden, da an der Stelle der heutigen Häuser sich lediglich ein sumpfiges, der Kirche gehörendes Gebiet befand, welches nur teilweise bebaut war. Zusammenfassend kann man sagen, daß die Situation, wie sie sich in Kistelek stellt, gerade entgegengesetzt der Situation ist, wie sie zur gleichen Zeit in den Großstädten anzutreffen war. Die Sanierung des zentral gelegenen Stadtteils zog lediglich geringe Kosten nach sich und auch die Gefahr, daß man genauso viele Häuser abreißt, wie später neu gebaut werden, bestand nicht. Vielmehr geschah das Gegenteil, denn mit dem Abriß der drei Gebäude, die vier Wohnungen und drei Geschäfte beheimatet hatten, konnte man an ihrer Stelle mehr als 60 neue Wohnungen bauen, die bei den Problemen des Wohnungsmangels Abhilfe schaffen konnten bzw. diese ganz lösten.

2. *Die Randsituation im qualitativen Sinne. Gründe und Vorgeschichte der Verwüstung*

Mit dem oben Gesagten sind die Gründe für die geographische Randsituation der Wohnsiedlungen deutlich geworden. Was aber sind die Ursachen für ihren Wertverlust, ihre qualitative Minderwertigkeit, ihre Marginalisierung?

Die negative Beurteilung der Wohnsiedlungen durch die Bevölkerung rührt vor allem daher, daß das schnelle Bauen mit Pfusch am Bau verbunden war. Um den Wohnungsmangel zu beheben, schrieb das Wohnungsbauprogramm im Zeitraum von 1961 bis 1975 den Bau von 1 Million Wohnungen vor. Bis Ende 1974 wurden 1 040 000 Wohnungen gebaut, d. h. das Plansoll wurde sogar übertroffen.[2] Aber die

[1] *Általános Fogyasztási és Értekesitési Szövetkezet* (Allgemeine Konsum- und Verwertungsgesellschaft).

[2] Quelle: Wohnungsbau, Wohnungsbaukosten, Investitionen in Wohnsiedlungen. *Zentrales Amt für Statistik,* 1976–1989. Bp., 1990.

Verwirklichung der Zielsetzung des neuen Wohnungsbauprogramms hatte erhöhte Anforderungen gestellt, die nach neuen Lösungen verlangten.

Um den Plan erfüllen zu können, mußte man Materialien und technische Methoden einsetzen, die eine schnelle und massenhafte Fertigung von Wohnungseinheiten zuließen. Die Wohnungsbaupolitik war also auf kurzfristige Ziele ausgelegt, qualitative Gesichtspunkte wurden vernachlässigt. Daher war die am weitesten verbreitete Bautechnologie in jener Zeit die sogenannte »Block«-Baumethode. 1963 wurden etwa 43% der fertiggestellten Häuser in dieser Technologie errichtet. Die Bauindustrie wurde durch die verlangte Steigerung von Quantität und Effizienz beim Wohnungsbau vor neue Aufgaben gestellt.

Da die Zahl der leicht zu erschließenden Grundstücke immer mehr abnahm, mußten die Häuser, der besseren Flächenausnutzung wegen, immer mehr in die Höhe wachsen. Aber die Blocktechnologie war für mittelhohe und Hochhäuser nicht mehr anwendbar, daher setzte sich in diesem Bereich die Plattenbauweise immer mehr durch. Diese, qualitative Gesichtspunkte unbeachtend lassende Bauweise zog eine Vergeudung von Baumaterialien nach sich, anstatt den Menschen des nächsten Jahrzehnts eine Lösung für ihre Wohnungsproblematik anzubieten. Die Verschwendung von Baumaterial zeigte sich nicht nur in der schlechten Qualität der Bauten. Deren Einwohner flohen am Wochenende in ihre Schrebergärten, wo sie Feld und Garten bebauten und später ein kleines Haus entstand, welches, entsprechend den wachsenden finanziellen Möglichkeiten, ausgebaut wurde und heute teilweise die Qualität eines Eigenheims erreicht.

Abgesehen davon, daß die Materialien zum Bau der Siedlungen zum Teil mehrfach verwendet wurden, muß auch noch eine andere Form sorglosen Umgangs mit den Ressourcen konstatiert werden, nämlich der wegen der Fahrten zwischen manchmal weit außerhalb liegenden Wohnungen und Arbeitsplatz bzw. Stadtzentrum eintretende Zeit- und Geldverlust.

Daher wäre es wohl die wirtschaftlichere und nicht zuletzt auch humanere Lösung gewesen, wenn die damalige Wirtschaftsleitung bereits erschlossene Grundstücke sowie Baumaterial zur Verfügung gestellt hätte, anstatt Mietskasernen bauen zu lassen. Auf diesen Grundstücken hätten die Familien komfortable Zweizimmer-Häuser bauen können, die später unbeschränkt hätten erweitert werden können. So hätte man den damaligen akuten Wohnungsmangel beseitigen können. Aber die politische Führung lehnte damals jede Selbständigkeit ab, so daß es dieser Ideologie nur allzu gut entsprach, Plattenbauten bauen zu lassen, um über die Zuteilung der Wohnungen dann selbst entscheiden zu können.

Neben dem Umstand, daß die wichtigsten Faktoren des damaligen Wohnungsbaus Schnelligkeit und Quantität darstellten, wirkte sich auch noch negativ auf die Beurteilung der Betroffenen aus, daß man die Probleme, die ein völlig identischer Bestand an Wohnungen mit sich brachte, bei der Planung nicht berücksichtigte. So wurden

keine hochwertigen, individuelle Ansprüche beachtende Dauerwohnungen gebaut. Familien mit Kindern etwa, die ein Leben in einem Einfamilienhaus bevorzugt hätten, konnten ein solches auch nicht in Form eines Reihenhauses bekommen, wie man es in vielen nordwest-europäischen Wohnsiedlungen finden kann. Weiterhin wurden auch keine Sozialwohnungen gebaut. Folgt man den Fachleuten, war dies nicht nur ein technologisches Problem, sondern auch offizielle Vorschrift. Auf zentrale Anweisung hin durfte die Grundfläche einer Wohnung nicht über 40–50 m² liegen, was nach der Geburt des ersten Kindes bereits nicht mehr ausreichte. So wurden mit den in Plattenbauweise gefertigten Häusern die Notwohnungen der Zukunft gebaut.

3. *Die Randsituation aus gesellschaftlicher Sicht: Die Probleme identischer Wohneinheiten und der Blockstellung*

Wie bereits erwähnt, sind in den Wohnsiedlungen die meisten Wohnungen praktisch identisch geschnitten, ein Problem, welches durch die Blockstellung der einzelnen Gebäude noch verstärkt wurde. Im Ergebnis wiesen dann die Bewohner dieser Plattenbausiedlungen – soziologisch gesehen – ein genauso einheitliches Bild auf, wie die Siedlung selbst. Diese Tatsache konnte unter den ersten Bewohnern genauso festgestellt werden, wie unter den gegenwärtigen, zum Teil bereits Nachgezogenen.

In den 70er Jahren gehörten die in Plattenbauweise gefertigten Häuser zur höheren Schicht des Wohnungsbestandes, weshalb sich unter den damaligen Mietern vor allem die höher stehenden Gesellschaftsschichten sowie Akademiker und aufstrebende Jugendliche befanden. Dementsprechend war hier das Bildungsniveau der Bewohner auch auffallend höher, als in der Stadt im ganzen. Verglichen mit dem Durchschnittswert entsprechender Städte wohnten hier dreimal soviele Akademiker.[3] Das höhere Bildungsniveau stand damit im Zusammenhang, daß die Bevölkerung der Wohnsiedlungen jünger als der Durchschnitt der städtischen Bevölkerung war, und die jüngere Altersgruppe über eine immer höhere Bildung verfügte.

Die Umzugsabsichten der Bewohner wurden nicht zuletzt dadurch unterstützt, daß die Wohnungen untereinander nicht differenziert waren. Von Iván Szelényi angestellte Forschungen über das Wohnen in Wohnsiedlungen haben nachgewiesen, daß 20–30% der Einwohner die Grundrisse ihrer Wohnung kritisierten. So hätte im Falle eines Intellektuellen etwa ein winziges Arbeitszimmer bereits ausgereicht, um den Bewohnern viel Verdruß und Unannehmlichkeiten zu ersparen.

Die Ansprüche der Bevölkerung, die Größe der Wohnungen betreffend, dokumentieren auch die Grundrisse heutiger Mehrfamilienhäuser, bei denen im selben Gebäude große Unterschiede zwischen den Grundflächen und im Innenausbau der verschiedenen Wohnungen konstatiert werden können. Gerade das Problem identisch geschnittener Wohnungen bestätigte, daß die Mehrheit der Bevölkerung damals mit der Wohnsiedlung an sich, als urbane Lösung des Wohnungsproblems, alles in allem zufrieden war. 71% der befragten Familien waren völlig, 24% größtenteils zufrieden, nur 5% lehnten die Wohnsiedlung ab. Diese günstige Beurteilung zeigt sich am besten in dem Umstand, daß 67% der Befragten der Ansicht waren, die Wohnsiedlung sei der beste Teil der Stadt.[4] Die Unzufriedenheit bezog sich hauptsächlich auf die Wohnungen selbst. So wollten 24% der Bewohner ihre Wohnung gegen eine günstigere eintauschen, jedoch in der Wohnsiedlung bleiben.[5]

Identisch geschnittene Wohnungen und Blockstellung sorgten daher schon von Beginn an für die später einsetzende »Verslumung« der Wohnsiedlungen. Wer die Möglichkeit dazu hatte, zog in eine seinen Ansprüchen entsprechende Wohnung um.

Die gesellschaftlichen Probleme, die sich aus den beiden oben genannten Faktoren ergeben, zeigen sich heute besonders deutlich am Beispiel der Guszev-Wohnsiedlung in Nyíregyháza. Da es sich um ein extremes Beispiel handelt, können an ihm sehr gut die Auswirkungen identisch geschnittener Wohnungen und der Blockbauweise überprüft werden. Außerdem erweist sich eine Gegenüberstellung von ungarischer Wohnsiedlung und amerikanischem »slum« hier als sinnvoll, da sich aus einer solchen konfrontierenden Darstellung Parallelen zwischen den beiden ergeben, die darauf hinweisen, daß »slums« auch in Ungarn existieren oder sich herausbilden.

Die in den 60er Jahren gebaute Wohnsiedlung Guszev war die erste in der Stadt. Hier einzuziehen, war damals die einzige Möglichkeit, eine Wohnung zu bekommen. Dementsprechend zogen hier vor allem leitende Angestellte und Intellektuelle ein. Aufgrund des Wohnungsmangels wurden auch später noch weitere Wohnsiedlungen gebaut, die näher zum Stadtzentrum lagen und daher eine günstigere Perspektive aufwiesen, was eine starke Fluktuation zur Folge hatte. Da die Menschen mit dem höchsten Einkommen sich immer zuerst das Bedürfnis nach einer guten Wohnung erfüllen konnten, gelang es nacheinander den leitenden Angestellten, den Intellektuellen und schließlich den Angestellten, die sich vom Wohnkomfort her permanent verschlechternden Siedlungen zu verlassen. Die heutigen Bewohner sind überwiegend kinderreiche Arbeiterfamilien, die einen ziemlich gleichartigen Bildungsstand aufweisen. Die Intellektuellen sind fortgezogen, und der Anteil derer, die bereits die vierte Schulklasse nicht beendet haben, ist sehr hoch. Obwohl die Unterschiede zwischen männlicher und weiblicher Bildung landesweit immer geringer werden, kann hier eine stagnierende Entwicklung in diesem Bereich beobachtet werden: 91,5% der Frauen, die in die Untersuchung einbezogen waren, hatten höchstens einen Grundschulabschluß.

[3] Quelle: *I. Szelényi / G. Konrád,* Die soziologischen Probleme der neuen Wohnsiedlungen, Akadémiai, Kiadó, Bp., 1969, S. 29.

[4] Ebda., S. 109.

[5] Ebda., S. 29.

Tab. 1: Anteil von Erwerbstätigen nach der Ausbildung in Prozent.[6]

Bildungsniveau (in Jahren)	*Anteil (%)*	*Verteilung*
0–4	11,5	13,4
5–7	24,8	22,0
8	54	51,9
Fachschule	7,1	9,4
Gymnasium	2,6	3,3

Tab. 2: Die Aufgliederung der Erwerbstätigen nach Art ihrer Beschäftigung zeigt die Homogenität der Bewohner.[7]

Beschäftigung	*Personen*	%
Hilfsarbeiter	98	48,5
Angelernte Arbeiter	71	34,7
Facharbeiter	31	13,8
Intellektuelle	6	2,7
Selbstständige	12	5,3

Die Mehrheit der Bewohner von Guszev sind also Hilfsarbeiter oder angelernte Arbeiter, was die Möglichkeiten ihrer Beschäftigung stark einschränkt. Arbeitslosigkeit ist unter ihnen ein brennendes Problem. Das bedeutet, daß unter den Bewohnern eine katastrophale Veränderung bezüglich ihrer Unterhaltsbelastung festgestellt werden kann. Auf einhundert Erwerbstätige kommen 219 inaktive und abhängige Personen, während es im Landesdurchschnitt nur 120 sind. Der Qualitätsverlust der Wohnungen, verbunden mit dem Komfort der neu erstellten Wohnungen, die die heutigen Ansprüche auf Bequemlichkeit besser zu erfüllen vermögen, hatte zum Ergebnis, daß die heutigen Bewohner aus den unteren sozialen Schichten kommen.

Durch das Beispiel dieser Wohnsiedlung von Nyírégyháza wollte ich auch auf ein anderes, gesellschaftliche Folgen nach sich ziehendes, technisches Problem hinweisen: die durch ihre Blockbauweise hervorgerufene Isolation der Wohnsiedlungen. In Bezug auf Guszev kann somit konstatiert werden, daß nicht zuletzt die Konzentration sozialen Elends auf ein Gebiet zur Ausbildung eines negativen Prestiges des ganzen Stadtteils führte.

Im Falle der Wohnsiedlungen können auch zwei Faktoren beobachtet werden, denen zufolge sich schlechte Wohnverhältnisse als ein realer gesellschaftlicher Nachteil zeigen, namentlich die Konzentration von Wohnungen schlechter Qualität sowie der

[6] In: *Szabolcs-Szatmári Szemle,* 1991, S. 456.
[7] Ebda.

Umstand, daß die Bewohner aus dieser Wohnungskategorie nicht mehr wegziehen können. Daher sagte wahrscheinlich auch Jane Jacobs, daß es eine naive Vorstellung sei, anzunehmen, man könne mit genug Geld alle Slums der USA verschwinden lassen.[8] In die gleiche Richtung gehen Überlegungen, das Problem der Armensiedlungen dadurch zu lösen, daß man für deren Bewohner neue Wohnsiedlungen baut. Dieser Versuch ist nicht gelungen, da die Wohnsiedlungen das Zentrum von Vandalismus und Kriminalität geworden sind, ebenso wie die Slums. Aus diesen Erfahrungen heraus muß bei der Lösung der Probleme mit Wohnsiedlungen der gesellschaftliche Hintergrund in Betracht gezogen werden. Eine mögliche Lösung könnte darin bestehen, wenn die Bewohner nach einer bestimmten Zeit die Siedlungen wieder verlassen müßten, so daß sie nicht in einer solchen Wohnsituation verharren können.

4. Die heutige Lage der Wohnsiedlungen in Westeuropa

Die Wohnsiedlungen haben ihrer Fehlplanung wegen, die sich inzwischen herausgestellt hat, ihr früheres Prestige verloren. Immer mehr Bewohner bemühen sich wegzuziehen und bevorzugen dabei die Gartenstadt. Dabei wird das Schicksal der Wohnsiedlungen davon beeinflußt, wo und in welchem Teil der Welt sie liegen. In Frankreich und Schweden ist es Ziel, die Plattenbausiedlungen menschlicher zu machen. In Ungarn dagegen ist die Erhaltung der Bausubstanz eine Sorge der Eigentümer der privatisierten »Würfelhäuser«. In Frankreich, in Mantes-La Jolie, in der Nähe von Paris wurden die veralteten und unerwünschten Turmhäuser einfach in die Luft gesprengt.

Mit einer Sanierung der Wohnsiedlungen begann man schon 1978. Diese wurden hauptsächlich am Rand der Städte, in die Vorstädte gebaut, um der Ausbildung von Gettos im Stadtzentrum vorzubeugen. In Frankreich kann man bei diesen Sozialwohnungen (abgekürzt »HLM«) zwischen zwei Typen unterscheiden: Den größeren Teil bilden Mietwohnungen, bei denen die Zuteilung an ein bestimmtes Einkommen gebunden ist, genau 100 000 Franc Jahreseinkommen.[9] Die zweite Gruppe der »HLM« bilden Genossenschaftshäuser, die als Privatbesitz erworben werden können und nur niedrige Abzahlungsraten beanspruchen. In Frankreich werden auch heutzutage noch Wohnsiedlungen gebaut, obwohl deren Instandhaltung sowie die Gefahr ihrer Gettoisierung zu den brennendsten Problemen der Regierung gehören. Ungefähr 13 Millionen Franzosen leben in solchen Wohnungen, 10 Millionen davon als Mieter. Deren Zusammensetzung hat sich, ähnlich wie in Ungarn, in der letzten Zeit stark verändert. Hauptsächlich Gastarbeiter und Farbige wohnen hier. Unter ihnen ist die Arbeitslosigkeit dreimal, fünfmal, zehnmal so hoch wie im Landesdurchschnitt, manch-

[8] Vgl. *J. Jacobs,* Leben und Tod der Großstädte in den USA.
[9] Quelle: *HVG,* 3. 10. 1996, S. 38–39. Ostblock-Westblock.

mal bereitet schon die Bezahlung der niedrigen Miete Schwierigkeiten. Das Ergebnis ist, daß die Selbstverwaltung und der Staat die Erhaltung der Bausubstanz dieser Wohnsiedlungen übernehmen müssen. Natürlich geht dies nicht ohne Privatinitiative, weshalb die Mieter die Möglichkeit haben, günstige Kredite aufzunehmen.[10]

In Frankreich besteht das Grundziel aller Bemühungen also darin, die Wohnsiedlungen zu modernisieren, wofür die Regierung 300 Millionen Franc im Jahre 1992 zur Verfügung gestellt hat. Bei der Weiterentwicklung des Konzepts wurde vor allem auf die Ergänzung der kommunalen Investitionen Wert gelegt, also auf das Verkehrsnetz, die Erweiterung von Einkaufsmöglichkeiten, auf den Bau von Schulen und Sportplätzen. Ein prototypisches Beispiel für eine solche Erneuerung stellt Vennissieux dar, eine Vorstadt von Lyon, in der ein Teil der veralteten Gebäude abgerissen, ein anderer modernisiert wurde. Neben dem für Erneuerungsmaßnahmen festgeschriebenen Betrag von 300 Millionen Franc standen 1,3 Milliarden Franc zur Verfügung, mit deren Hilfe die negativen Auswirkungen der alten »HLM« behoben und neue gebaut werden können.

Auch die Lage der Häuserblocks in Schweden unterscheidet sich von der Situation in Ungarn. Der Unterschied besteht vor allem darin, daß die in den 70er Jahren gebauten Häuser auch heute noch ein sehr hohes Niveau repräsentieren. Die Mehrzahl dieser Häuser ist im Besitz gemeinnütziger Organisationen, die die Wohnungen vermieten. Ein kleinerer Teil ist in Genossenschaftsbesitz übergegangen. Die Bewohner dieser Wohnungen müssen einmal eine kleinere Summe bezahlen, um Mitglied einer solchen Staatsgenossenschaft zu werden. Ein solcher Wohnungseigentümer hat mehr Mitbestimmungsrechte und muß niedrigere Nebenkosten bezahlen als ein einfacher Mieter. Auch kann er etwa seine Wohnung zum Marktpreis verkaufen. Der Qualitätserhaltung der Wohnungen und Häuser wegen hat der schwedische Vermieter diverse Pflichten zu erfüllen, z. B. muß er alle acht Jahre tapezieren und alle zehn Jahre Kühlschrank und Herd austauschen. Wenn der Mieter selbst eine derartige Renovierung vornimmt, vermindert dies die Miete. Dennoch leben auch hier, wie in Frankreich, die sozial tieferstehenden Gesellschaftsschichten in den Wohnsiedlungen, im besonderen ältere Leute, die ein eigenes Haus mit Garten nicht mehr versorgen könnten sowie Ausländer, also Menschen, die auf absehbare Zeit nicht aus einer solchen Wohnsiedlung wegziehen können.

5. Die Probleme bei der Erneuerung der Plattenbauwohnungen

Verglichen mit den oben genannten Beispielen sind die Plattenbauwohnungen Ungarns in einer viel schlechteren Lage. Das zeigt auch der Umstand, daß die bisherigen Eigentümer versuchen, die Verwaltung dieser Häuser abzugeben, also aus den Mie-

[10] Ebda.

tern Eigentümer machen wollen. Daraus ergeben sich Probleme bei Pflege und Erhaltung der Bauten, die jahrzehntelang ungelöst geblieben sind, denn die Renovierungs- und Instandhaltungskosten gehen nun auf die neuen Eigentümer der privatisierten Wohnungen über. Die sogenannte »Plattenbauphobie« zielt heute also nicht mehr so sehr auf die psychischen, als vielmehr auf die materiellen Probleme ab. Daher ist es kein Wunder, daß der Wunsch, die Wohnsiedlungen zu verlassen, inzwischen auch deren Spitzenbauten erreicht haben, da zweistöckige, mit Spitzdach versehene Häuser ein viel besseres Lebensniveau sichern.

Unter denen mit den Plattenbausiedlungen verbundenen zahlreichen Problemen ist das der Renovierungsarbeiten das akuteste. Zwischen 2001 und 2015 müssen 400 000 dieser Wohnungen renoviert werden. Dies Problem betrifft am meisten die Hauptstadt Budapest, weil 38% (191 221) der Plattenbauwohnungen hier zu finden sind. Das von der Problematik am wenigsten berührte Komitat ist Zala mit 517 Wohnungen.[11]

Stellt man den 30-jährigen Renovierungszyklus in Rechnung sowie den Umstand, daß die ersten in der Plattenbauweise errichteten Gebäude 1965 übergeben worden sind, so hätte mit den Arbeiten spätestens 1995 begonnen werden sollen. Aber vom nächsten Jahr an wird man in hunderttausenden von Wohnungen kleinere und größere Reparaturen vornehmen müssen. Der Höhepunkt dieser Renovierungsperiode wird in den ersten fünfzehn Jahren des nächsten Jahrhunderts liegen, wenn 100 000 Wohnungen erneuert werden müssen. Bis 2000 berühren diese Sorgen aber nur 34 000 Wohnungen.

Die Renovierungsfrage wirft verschiedene technische und materielle Probleme auf. Was das oben Gesagte betrifft, so hängt das Volumen der Reparaturen davon ab, inwieweit die in der Zwischenzeit notwendigen Arbeiten ausgeführt worden sind. Dort, wo bisher nichts geschehen ist – und das ist leider in der Mehrzahl der Objekte der Fall – sollten die sekundäre und tertiäre Konstruktion der Häuser komplett ausgetauscht werden. Die Primärkonstruktion der Häuser, also das Tragwerk, kann 80–100 Jahre stehenbleiben, aber die anderen Teile der Gebäude nutzen sich viel schneller ab. Daher muß in den meisten Fällen die Dachisolation, das Wasser- und Schmutzwassersystem und die Belüftungsanlage ausgetauscht werden, müssen Einzelzähler eingebaut und nachträglich Frontwände und Kellerdecke isoliert werden.

Ein weiteres technisches Problem bei der Durchführung der Renovierung besteht darin, daß diese gleichzeitig, praktisch in einem Arbeitsschritt vom Keller bis zur Decke durchgeführt werden muß. Dies bedeutet, daß in Einzelfällen mit Dutzenden von Besitzern die Arbeiten abgestimmt werden müssen, was zu Schwierigkeiten und Zeitverlust führt. Hinzu kommt, daß während der Renovierung keine Möglichkeit

[11] Quelle: Die in Fertigbauweise hergestellten Plattenbausiedlungen bedürfen einer Erneuerung. *HVG*, 17. 9. 1994, S. 115.

besteht, die Bewohner kurzfristig woanders wohnen zu lassen. Demzufolge braucht die Renovierung spezielle Arbeits- und Vermögensschutzmaßnahmen, was die ohnehin schon hohen Kosten weiter steigen lassen wird.

Die Uniformität der Wohnsiedlungen und die Art ihrer Anlage hat aber nicht nur Nachteile, sondern auch einige Vorteile. So hat man z. B. wegen der gleichartigen zugrunde liegenden Architektur die Möglichkeit, überall dieselben technischen Lösungen anzuwenden und vieles im voraus zu planen.

Eine Eigenart der Erneuerung der Plattenbauwohnungen besteht darin, daß es sich lohnt, sie mit wertsteigernden Investitionen zu verbinden. Dies hängt mit den beiden wichtigsten wertmindernden Faktoren zusammen, mit dem Flachdach und dem Heizungssystem. Zur Lösung der die Erneuerung des Dachbaus betreffenden Fragen gehört der Bau von Spitz- und Zeltdächern, für deren technische Realisierung sich verschiedene, spezialisierte Vorstellungen herausgebildet haben. Nur wenige Betroffene sind in der Lage, die Finanzierungskosten für ein neues Dach selber zu tragen, weshalb viele nach Methoden suchen, die ihnen, wenn möglich, kostenlos ihre Ruhe sichern. Eine in Szeged entwickelte Vorstellung hierzu ist, daß die Bewohner ihre Dächer und damit einen Teil ihres Eigentums einem Investor überlassen, damit dort Spitzdächer und neue Wohnungen gebaut werden können. Dadurch könnte der Wohnungsbestand der Stadt um ungefähr 2500 neue Wohnungen vermehrt werden. Doch der Plan hat einige Nachteile. Der erste ist, daß damit bereits 43% des Wohnungsbestandes von Szeged zum Plattenbautypus gerechnet werden müßten, verbunden mit der Tendenz, daß das Zuhause der heranwachsenden Generation verstärkt in Wohnsiedlungen liegen wird. Das andere Problem bestände darin, daß Wert und Komfort der Mansardenwohnung vom Qualitätsniveau des ganzen Hauses bestimmt wären, welches schon jetzt sehr niedrig ist. Diese Lösung erscheint also nicht so vielversprechend, da die Plattenbauwohnung keine besondere Anziehungskraft ausübt – und schon gar nicht eine winzige Wohnung im obersten Teil dieses Gebäudes.

Mit den oben beschriebenen Arbeiten könnte man immerhin eine Energieeinsparung von 15–30% erreichen, worüber sich die Investitionskosten innerhalb von 2,5–5 Jahren armortisieren würden.[12] Dennoch, diese Investitionen lassen sich nur in der Theorie gut an, in der Praxis gibt es keine ausreichende materielle Deckung. Dies zeigt sich auch daran, daß die Firma Csõszerelõ RT (Rohrleger AG), die sich mit der Erneuerung der Plattenbauhäuser beschäftigt, in den letzten vier Jahren keine einzige Anfrage zu beantworten hatte. Die Wohnungsgenossenschaften und die gemeinsamen Vertreter der Wohnungsbesitzer versuchen ihre Probleme alleine zu lösen – eben so, wie sie es vermögen. Hinzu kommt der Geldmangel. Die Renovierung stellt für die Betroffenen eine große Geldausgabe dar, die durch den Kauf ihrer Mietwohnungen jetzt oder früher bereits finanziell ausgeblutet waren. Zur Zeit sind 65–70% der

[12] Ebda.

Wohnungen der Plattenbauhäuser in Privatbesitz, ein Anstieg auf 95% scheint möglich.[13] Bei einer weiteren Privatisierung der Wohnungen muß man damit rechnen, daß die Mehrheit der neuen Eigentümer die Renovierungskosten nicht tragen werden können. Daher ist dringend notwendig, günstige Kredite zur Verfügung zu stellen, wofür es zahlreiche Beispiele im Ausland gibt. Die Wirtschaftspolitik der Regierung hat erkannt, daß günstige Bankkredite und ein eigens hierfür entwickeltes Unterstützungssystem nötig wären. Tatsächlich arbeitet die OTP aber gar nicht auf Kreditbasis, sie vergibt vielmehr eine Art vergünstigter Kredite, wobei die Bank monatlich 50% der Rate übernimmt. Aber diese Kredite bekommen nur die Hausgenossenschaften, die, entsprechend den Vorschriften der Rechtsnorm, mindestens fünf Jahre lang einen Renovierungsfonds bilden. Da die Rechtsnorm die Bildung eines solchen Renovierungsfonds innerhalb von 30 Tagen nach Gründung einer solchen Hausgenossenschaft vorschreibt, gelangen viele erst gar nicht in den Genuß dieser Kredite.

Die neuen Eigentümer dürfen also kaum hoffen, daß ihnen für die Renovierung Hunderttausende von Forint (Ft.) zur Verfügung stehen. Im Falle der im gemischten Besitz befindlichen Gebäude ist dies nicht anders. Die für Renovierungskosten vorgesehenen Beträge hätte die Selbstverwaltung der Wohnsiedlungen nach der Vermietung an einen Betrieb zahlen sollen, der für den Unterhalt der Gebäude zuständig gewesen wäre. Diese Kosten wurden aber durch die Wohnungsmiete nicht gedeckt, die nur für 40% der laufenden Kosten und kaum 20% der Instandhaltungskosten ausreicht.[14] Daher kommt es nicht selten vor, daß die Selbstverwaltung nur unregelmäßig zahlt. In vielen anderen Fällen werden alle notwendigen Arbeiten von den Bewohnern selbst ausgeführt, da hier von einer Bezahlung der Instandhaltungs- und Renovierungskosten durch die Kommunalbetriebe nicht die Rede sein kann. In den Fällen, wo der Anteil der privaten Wohnungsbesitzer unter 50% geblieben ist, wurden keine Wohnungsgesellschaften gegründet, so daß anstehende Probleme hier durch den Beauftragten der Selbstverwaltung erledigt werden, was zu teilweise chaotischen Verhältnissen führt. Hinzu kommt noch, daß für die Häuser keine getrennten Abrechnungen existieren, die den Anteil bei gemeinsamen Ausgaben bestimmen, weshalb auch der Privatbesitzer oft die frühere Miete zahlt. Dies alles zeigt, daß manchmal weder der Bewohner noch die zuständigen amtlichen Stellen die wirtschaftliche Lage des Hauses wirklich kennen. Unter solchen Umständen kann von geplanten größeren Investitionen wie z. B. einer Renovierung keine Rede sein.

Eine Lösung, die zur Renovierung der Häuser führt, könnte sein, daß die OTP-Bank den Bewohnern mehr als 100 Millionen Ft. für Schäden auszahlt, für die die Bank aus Garantiegründen haftbar ist. Diese Garantiepflicht belastet die OTP-Bank als ersten Besitzer, der die Siedlungen technisch übernommen hat. Daneben muß die

[13] Quelle: Napi Gazdaság, 30. 7. 1994, S. 1.
[14] *G. Ernst,* Wie ein Tropfen auf den heißen Stein, in: *Társadalmi Szemle,* 1992/5, S. 3–12.

Bank als Besitzer ihren Verpflichtungen bei der Renovierung der Hauptelemente der Gebäude nachkommen. So überwies die OTP Immobilien AG im vorigen Jahr 287,7 Millionen Ft. für garantiepflichtige Fehler.[15] Angesichts der schwierigen Rechtslage ist sie um ihre Situation nicht zu beneiden. Ihre Garantieansprüche sollten gegen die verantwortliche Bauindustrie durchgesetzt werden, die sich aber größtenteils bereits aufgelöst hat. Daher ist die OTP in einer ungünstigen Lage, wenn sie ihr Geld bei den Verantwortlichen einzutreiben versucht. Von 259 Betrieben der Bauindustrie befanden sich im vorigen Jahr 116 in einem Konkursverfahren oder wurden aufgelöst.[16] Dementsprechend drohen sowohl Wirtschafts- als auch Zivilklagen.

Bei einer Anklage auf Grundlage des Wirtschaftsrechts verklagt die OTP die ausführenden Firmen, bei Anklagen auf der Grundlage des Zivilrechts verklagen die Bewohner den Investor OTP. Im April 1994 waren 132 Zivilprozesse vor dem zuständigen Gericht der Hauptstadt anhängig, wobei die Bewohner 1,247 Millionen Ft. eintreiben wollten.[17] Aus der gegenwärtigen, die Renovierungsarbeiten betreffenden Situation könnte man die Konsequenz ziehen, erst dann mit der Renovierung zu beginnen, wenn die Besitzer die notwendigen finanziellen Rücklagen gebildet haben. Die Frage ist nur, wie dies geschehen soll.

Die mit den Renovierungsarbeiten verbundene hoffnungslose Lage hat sich nicht nur bei den Bewohnern herumgesprochen, sondern auch bei Ingenieuren und weiteren an der Ausführung der Arbeiten Beteiligten, was nicht zuletzt durch das fehlende Interesse der Fachleute deutlich wird. Ein Beispiel hierfür ist der gescheiterte Versuch des Instituts zur Fortbildung von Ingenieuren der Technischen Universität Budapest, hinsichtlich der bevorstehenden Renovierungswelle einen Kurs einzurichten mit dem Titel »Die Instandhaltung von Plattenbauten, ihr Ausbau und ihre Renovierung«. Drei Ingenieure meldeten sich. Offensichtlich wußten auch sie, daß Fachwissen ohne Geld nicht genug ist.

Im Zusammenhang mit der Renovierung und Erneuerung ist die Situation im Ausland günstiger, als hier zu Hause. Als Beispiel kann das neben Paris gelegene Vennissieux genannt werden, aber auch die Stadt Metz hat ihre Probleme erfolgreich gelöst. Die Ausstattung der Wohnsiedlungen richtet sich hier in Folge der Erneuerung nach den modernsten Ansprüchen. In den einzelnen Wohnungen wurden Wasser- und Stromzähler angebracht, die nicht zuletzt dadurch interessant sind, weil sie den Verbrauch nicht in Einheiten, sondern in französischen Franc anzeigen. Metz hat also genügend Geld für die Erneuerung der Wohnblöcke, und die Unternehmen, die sich mit der Instandhaltung der Siedlungen beschäftigen, scheinen Gewinn zu machen.

[15] Quelle: *Magyar Hírlap,* 5. 4. 1994, S. 3. Die Verantwortung der Garantie für Plattenbauwohnungen lastet auf der OTP.
[16] Ebda.
[17] Ebda.

6. *Lösungsvorschläge*

6.1 *Prävention, also Zurückdrängung der Plattenbauweise*

Plattenbauten und Wohnsiedlungen haben übermäßig viele Probleme auf wirtschaftlichem wie gesellschaftlichem Gebiet mit sich gebracht, deren Lösung mit der Zeit immer drängender und schwieriger wird. Die beste Lösung ist die Vorbeugung, also bei Neubauten sich nicht mehr der Plattenbauweise zu bedienen. Eine dementsprechende Tendenz ist in den vergangenen Jahren sehr zur Geltung gekommen. Ein gutes Beispiel hierfür ist der Umstand, daß im Jahre 1992 lediglich 1500 Wohnungen noch in der Plattenbauweise gebaut wurden, so daß von 13 mit dieser Technik arbeitenden Firmen 10 schließen mußten. Allerdings war diese Tendenz bereits in den 80er Jahren wahrnehmbar. Damals war der Bau von Eigentumswohnungen sehr verbreitet, und das Wirtschaftsministerium hat die Verbreitung handgemauerter Häuser unterstützt. Deshalb wurden zwischen 1986 und 1990 doppelt so viele Häuser mit traditioneller Technik gefertigt wie mit der Plattenbauweise. 1992 erreichte der Anteil der industriell gefertigten Häuser kaum noch 10%. Dementsprechend spielen in Plattenbauweise hergestellte Gebäude eine immer kleinere Rolle. 90% der neugebauten Häuser sind Einfamilienhäuser mit herkömmlicher Technologie.

Diese Form der Prävention funktioniert also wirksam und gut, die eigentliche Sorge stellen die vorhandenen Bestände an Plattenbausiedlungen dar.

Tab. 3: Hausbau nach Ausführungsart 1990–1992 (in %).[18]

Ausführung	*1990*	*1991*	*1992*
Industr. Fertigung (Plattenbau)	21,3	19,2	9,5
Gesellschaft	23,3	21,7	25,1
Eigenbau	55,4	59,1	65,4

6.2 *Gartenstadt anstelle der Wohnsiedlungen*

Die beste Lösung in Verbindung mit den Problemen der vorhandenen Wohnsiedlungen wäre Sanierung oder Abriß. Dies kann aber nicht innerhalb weniger Jahre geschehen, sondern nur als Ergebnis eines langsamen, vielschichtigen Prozesses. Tibor Kovács hat hierzu einige Vorstellungen herausgearbeitet.[19] Grundsätzlich sieht er den Schlüssel zur Lösung in der Subvention des Hausbaus, deren finanzielle Ausstattung durch die geringfügige aber wiederholte Inanspruchnahme zentraler Geldquellen des

[18] Quelle: *Társadalmi Szemle,* 1994/8–9, S. 140.
[19] Experte für Rechtsfragen, war 1994 Kandidat der Landwirtschaftspartei für Ujpest.

Staates gesichert sein würde. Allerdings ist diese Quelle ziemlich unsicher, genauer gesagt eröffnet sie keine langfristigen Investitionsmöglichkeiten.

Die heutige Situation kann man mit einem Ereignis aus der antiken ägyptischen Geschichte gut illustrieren. Damals stand den Bauern lediglich jeder zehnte Tag als Ruhetag zur Verfügung, weshalb Pharao Amenthotep IV. die siebentägige Arbeitswoche einführen lassen wollte. Der Ausfall von Einkünften durch Einschränkung der Arbeitszeit schien der damaligen »Finanzlobby«, dem Klerus, zu gewagt, obwohl der Verlust durch die gestiegene Arbeitsproduktivität innerhalb von zwei Jahren sich wieder ausgeglichen hätte. So scheiterte der Plan des Pharao, er wurde getötet und das Volk weiter ausgebeutet. Aus der heutigen Lage, die eine gewisse Ähnlichkeit zu den damaligen Geschehnissen aufweist, könnte der folgende Gedanke einen Ausweg bedeuten.

Demnach würden die Bewohner, die aus ihrer Plattenbauwohnung ausziehen möchten, den Wert ihrer Wohnung in Form von Baumaterialien bekommen unter der Voraussetzung, daß sie vorerst nicht ausziehen. Weiterhin gäbe der Staat einen auf sieben Jahre befristeten Kredit in Höhe des Werts der Baustoffe, mit dessen Hilfe sowohl private als auch geschäftliche Bauvorhaben begonnen werden könnten. Nach dieser Konzeption würden die so frei werdenden Wohnungen Eigentum von Familien und jungen Eheleuten werden, für die gleichfalls günstige Kredite und soziale Unterstützung gesichert wären. Dadurch würden auch sie Teil dieses Kreislaufs werden und könnten nach 10–15 Jahren gleichfalls daran denken, ein eigenes Bauvorhaben im Bereich der Gartenstädte zu realisieren. Diese Aktion würde solange andauern, wie noch Ansprüche auf die Plattenbauwohnungen erhoben werden, beziehungsweise bis diese unbewohnbar werden. Nach Tibor Kovács sollte diese sozialpolitische Begünstigung nicht nur für Häuslebauer gelten, sondern auch für diejenigen zugänglich sein, die eine alte Wohnung kaufen. Der erhoffte Nebeneffekt bestände darin, daß so vielleicht auch die kleinen Dörfer wieder bevölkert werden könnten.

Für den Bau neuer Häuser sind aber Grundstücke erforderlich, Grundstücke, mit denen man nicht so verschwenderisch umgehen darf wie in den letzten Jahren. Die Theorie schlägt diesbezüglich die Ausbildung von Grundstücken mit einer Fläche von ca. 700–1000 m^2 vor, deren Kosten minimal wären. Mit dem Aufkauf landwirtschaftlicher Flächen könnte man eine Fläche von einem Hektar für 200 000 Ft. erwerben, so daß ein Grundstück von ca. 850 m^2 lediglich 41 000 Ft. kosten würde.[20] Die Erschließung eines Grundstücks wäre Sache der Selbstverwaltung und beliefe sich auf etwa 200 000 Ft. je Grundstück. Gegen diesen Vorschlag könnte der Einwand erhoben werden, daß damit wertvolles Ackerland verloren ginge. Meiner Meinung nach ist dieser Einwand unbegründet, weil bei der Verwendung dieser Fläche als

[20] *K. Tibor,* Gartenstadt statt schlafende Stadt in: *Kapu,* 1994/1–2–3, S. 92.

Agrarlandschaft ein Ergebnis von lediglich 400–700 Ft. zu erwarten wäre.[21] Nutzte man die gleiche Fläche jedoch in Form von Hausgärten, könnte dieser Wert hundertmal höher liegen und auch die Arbeitslosigkeit würde gemindert. Der – verglichen mit Deutschland – weniger intensiven Flächenausnutzung wegen stellt sich dieses Problem in Ungarn noch ganz anders dar (Stichwort Flächenversiegelung).

Für jede Wohnung müßte der Staat also 1,5 Millionen Ft. als Kredit finanzieren, was bei jährlich angenommenen 10 000 Antragsstellern 15 Milliarden Ft. ausmachen würde. Dies sind aber nicht mal 0,5% des Bruttosozialprodukts, d. h. es übersteigt damit nicht die Fehlplanungsrate des Staatshaushaltes. Zur Verwirklichung dieser Vorstellungen wäre eine Änderung des Systems der sozialen Unterstützung nötig, die, statt des gegenwärtigen unüberschaubaren Systems, die Einführung der normativen Belastung enthalten würde. Um die oben skizzierten Vorstellungen zu verwirklichen, wäre außerdem noch eine Änderung der Zinspolitik notwendig. Die Wohnungskredite würden eine weitere Deckung der Immobilien über Hypotheken überflüssig machen, da die Absicherung der Kredite über den Staat sichergestellt wäre. Nach dieser Konzeption bräuchten Risiko- und Reservefonds gar nicht erst gebildet werden, unabhängig von der Höhe der Verwaltungskosten oder der Zinsen, die durch die Wohnungskredite entstehen.

Tibor Kovács hält staatliche Leitung und Eingriffe bei der Wohnungsfrage für unerläßlich. In diesem Punkt stimmen seine Vorstellungen mit einem anderen sich mit der Wohnungsfrage befassenden Vorschlag überein. Genaugenommen beschäftigt dieser sich nur in einem Teilbereich mit der Frage der Plattenbauten. Der staatliche Eingriff geschähe hier in Form eines Büros für Investitionen, welches sich im wesentlichen darum kümmern würde, die mit dem Wohnungssystem zusammenhängenden Aufgaben wahrzunehmen. Zum Tätigkeitsbereich dieses Büros würde z. B. die Aufsicht über das Wohnungsvermögen und das nationale Vermögen gehören. Die Inanspruchnahme, Verwaltung und Verwertung dieses Vermögens verlangt nämlich zentrale Aufmerksamkeit, bzw. dessen systematische Erfassung. Ein Register dieser Vermögensmasse setzt allerdings die Realisierung einer zentralen Datenbank voraus. Die zweite Aufgabe dieses Büros könnte in der erfolgreichen Ausführung der vielen Investitionsprogramme bestehen, wodurch eine vernünftige Koordination der Kapazitäten des Bauwesens erreicht werden könnte. Dies bedeutet nichts anderes, als eine Annäherung zwischen Wohnungsangebot und Wohnungsnachfrage. Der Wohnungsbau selber würde gleichfalls zum Entstehen eines solchen Gleichgewichts ursächlich beitragen. Hierzu sind die Selbstverwaltungsorgane nämlich nicht in der Lage, erwarten aber zur Verwirklichung ihrer Bauabsichten Staatsgelder.

[21] Ebda.

Eine weitere Aufgabe dieses Büros wäre die Beschaffung ausländischen Kapitals sowie die Bereitstellung dieses Kapitals zur Renovierung aller gleichzeitig gebauten, vom technischen Standpunkt her minderwertigen Wohnsiedlungen. Dieser Aspekt hat eine sehr große Bedeutung, da für die Renovierung der Plattenbausiedlungen – wie im ersten Teil der Arbeit bereits deutlich gemacht – keine gesonderten Mittel zur Kostendeckung zur Verfügung stehen. Ein zentrales Büro, beauftragt mit der Lösung dieser Probleme, könnte eine weitere Verschlechterung dieser Situation verhindern, wie etwa den Umstand, daß Personen mit einem niedrigen Einkommen ihre Wohnungen aufgeben und in Häuser mit schlechterem, d. h. billigerem Standard umziehen. Dieses könnte nämlich, neben den gesellschaftlichen Schwierigkeiten, eine weitere Verschlechterung der Situation der Plattenbausiedlungen nach sich ziehen.

7. *Zusammenfassung*

Die Errichtung von Plattenbausiedlungen kann lediglich eine provisorische Lösung der Wohnungsprobleme bedeuten, eine dauerhafte Lösung steht noch aus. Die negativen Auswirkungen dieser Bauweise sind sowohl auf wirtschaftlichem wie auf gesellschaftlichem Gebiet zu spüren, was Soziologen, Ingenieure und Fachleute aus der Wirtschaft vor quasi unlösbare Aufgaben stellt. Allerdings werden die Plattenbausiedlungen noch lange benötigt werden, da sich viele Menschen aufgrund ihrer finanziell schwierigen Lage eine bessere Wohnung nicht erlauben können. Ihren Fortbestand fördert weiterhin die Tatsache, daß sie in gewisser Hinsicht sogar auch heute noch eine gute Anlage darstellen. Hierbei sei etwa auf die Wohnsituation der Studenten hingewiesen. In Szeged z. B. kommen auf 5100 Studenten der JATE[22] nur 980 Plätze in Studentenwohnheimen. Daher besteht unter den Studenten eine sehr große Nachfrage nach billigen Wohnungen, die sie direkt anmieten können (also kein Untermietverhältnis). In 60–70% der Fälle handelt es sich dabei um Wohnungen in Plattenbausiedlungen.[23] Handelt es sich etwa um eine Zweizimmerwohnung, so kann der Wohnungsbesitzer monatlich von 15 000–20 000 Ft. regelmäßiger Mieteinnahmen ausgehen.

Unter den Studenten finden sich aber nicht nur viele der Mieter von Plattenbauwohnungen, sondern auch ihre Besitzer. Grund hierfür sind die immer höheren Wohnungsmieten,[24] die Eltern dazu bewegen, ihr Geld lieber in Eigentum in Form von Immobilien zu investieren. Nach dem Studium wird die Wohnung weiter vermietet oder kann verkauft werden. Dies zeigt, wie unentbehrlich die Plattenbauwohnung für die

[22] József Áttila Tudomány Egyetem, die größte Universität von Szeged.
[23] Quelle: *Délmagyarország* (Lokalblatt von Szeged) vom 15. 1. 1995, Wirtschaftsbeilage.
[24] Zur Illustrierung der hohen Mieten in Ungarn kann man z. B. das Verhältnis Miete/Kaufpreis heranziehen (in Ungarn ca. 1 : 100, in Deutschland 1 : 200).

jetzige Generation der Zwanzigjährigen ist und sogar noch für die nächste sein wird. Was die Situation der Plattenbausiedlungen im allgemeinen betrifft, so gibt es hier natürlich auch Optimisten, die z. B. auf die Stadt Vennissieux verweisen, wo eines der veralteten Hochhäuser in ein Museum verwandelt wurde. Wann aber werden in Ungarn die riesigen Plattenbausiedlungen soweit verschwunden sein, daß die Ungarn, um sich die »guten alten Zeiten« in Erinnerung zu rufen, ein Museum errichten müssen?

Autoren

HARALD BODENSCHATZ (1946) ist Stadtsoziologe und Stadtplaner. Hochschultätigkeiten an der RWTH Aachen und an der TU Berlin. Seit 1995 Professor für Planungs- und Architektursoziologie an der TU Berlin. Wichtigste Veröffentlichung: »Platz frei für das neue Berlin«, 1987.

BERTHOLD GRZYWATZ (1949), Studium der Geschichte, Politologie und des Staatsrechts in Berlin und Hamburg. 1982 Promotion zum Dr. phil. 1988–1990 im Büro des Bezirksbürgermeisters von Berlin-Charlottenburg. Seit 1991 Mitarbeiter bei der Historischen Kommission zu Berlin und Bearbeiter des DFG-Projekts »Kommunale Selbstverwaltung und Stadtentwicklung im Spannungsfeld der Metropole«. Seit 1995 wiss. Mitarbeiter bei der Forschungsstelle Widerstandsgeschichte der FU Berlin/Gedenkstätte Deutscher Widerstand. 1996 Zulassung zur Habilitation am Fachbereich Geschichtswissenschaften der FU Berlin mit der Schrift: Stadt, Staat und Bürgertum in Berlin. Selbstverwaltung, Partizipation und Repräsentation 1806–1918.

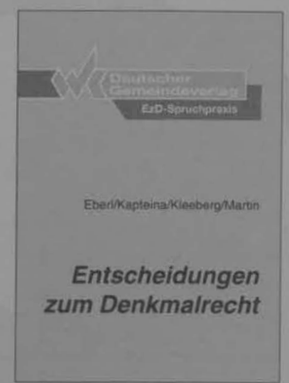
ALENA JANATKOVÁ (1960); Studium der Kunstgeschichte, Psychologie, Philosophie und Denkmalpflege an den Universitäten Bochum, Bamberg, Berlin und Zürich. 1996 Promotion an der ETH Zürich. Seit 1988 als wissenschaftliche Angestellte in verschiedenen Forschungsprojekten tätig, z. Zt. Bearbeitung eines DFG-Projektes an der Hochschule der Künste Berlin. Forschungsschwerpunkte: Baugeschichte und Theorie der Denkmalpflege in Mittel- und Osteuropa.

CARSTEN SEIFERT (1962); Studium der Stadt- und Regionalplanung an der TU Berlin und an der Glasgow School of Arts in Glasgow. Zur Zeit Mitarbeit in einem Planungsbüro mit den Schwerpunkten Stadterneuerung und städtebauliche Denkmalpflege.

ILDIKÓ SZONDI promovierte 1980 in den Bereichen Staatsrecht und Jura an der József Attila Universität Jate in Szeged/Ungarn. Seitdem arbeitet sie dort als Dozentin am Lehrstuhl für Statistik und Demographie und beschäftigt sich mit Wohnrechtsfragen und den Auswirkungen der Wohnsituation im Sozialbereich. 1987 erhielt sie einen Preis des südungarischen Regionalkommitees der ungarischen Wissenschaftsvereinigung. In den 80er Jahren besuchte Frau Szondi als Stipendiatin die entsprechenden Institute der Partneruniversitäten in neun verschiedenen Ländern.

FACHVERLAG FÜR DIE ÖFFENTLICHE VERWALTUNG

Neuerscheinung



Eberl/Kapteina/Kleeberg/Martin

Entscheidungen zum Denkmalrecht – EzD

Nach Sachgruppen gegliederte, länderübergreifende Spruchpraxis unter besonderer Berücksichtigung finanz- und steuerrechtlicher Aspekte

Loseblattausgabe. 1. Lieferung Mai 1997. 224 Seiten. 9-teiliges Trennregister. Ringbuchordner. DM 98,–.

ISBN 3-555-01108-1

Vorschriften zur Erhaltung der Kulturdenkmäler Deutschlands enthalten nicht nur die Denkmalschutzgesetze, sondern auch die Gesetze des Planungs-, Bau- und Steuerrechts; Kommunal-, Stiftungs- und Abwanderungsschutzrecht spielen ebenso eine Rolle wie Daten- und Umweltschutzrecht, Flurbereinigungs-, Post- und Eisenbahnrecht sowie das Recht der Enteignung.

Dementsprechend sind nicht nur Verwaltungs-, sondern auch Zivil- und Finanzgerichte mit der Entscheidung von Streitfällen befaßt. Ihre Urteile sind, soweit sie veröffentlicht werden, auf viele Fundstellen verstreut.

Die Entscheidungssammlung will allen, die mit Problemen der Erhaltung von Denkmälern zu tun haben, durch eine Zusammenfassung wichtiger, zum Teil unveröffentlichter Urteile, Arbeit und Überblick erleichtern.

Die Herausgeber:

Dr. Wolfgang Eberl, Ltd. Ministerialrat a. D., Vorsitzender der Arbeitsgruppe Recht und Steuerfragen des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz;

Dr. Gerd-Ulrich Kapteina, Richter am Verwaltungsgericht Düsseldorf;

Dr. Rudolf Kleeberg, Dipl.-Kaufm., Wirtschaftsprüfer, Steuerberater in München;

Dr. Dieter Martin, Ltd. Akademischer Direktor an der Universität Bamberg.

Deutscher Gemeindeverlag Kohlhammer

Buchversandservice · 70549 Stuttgart · Tel. 07 11/78 63-2 80

052.0897A